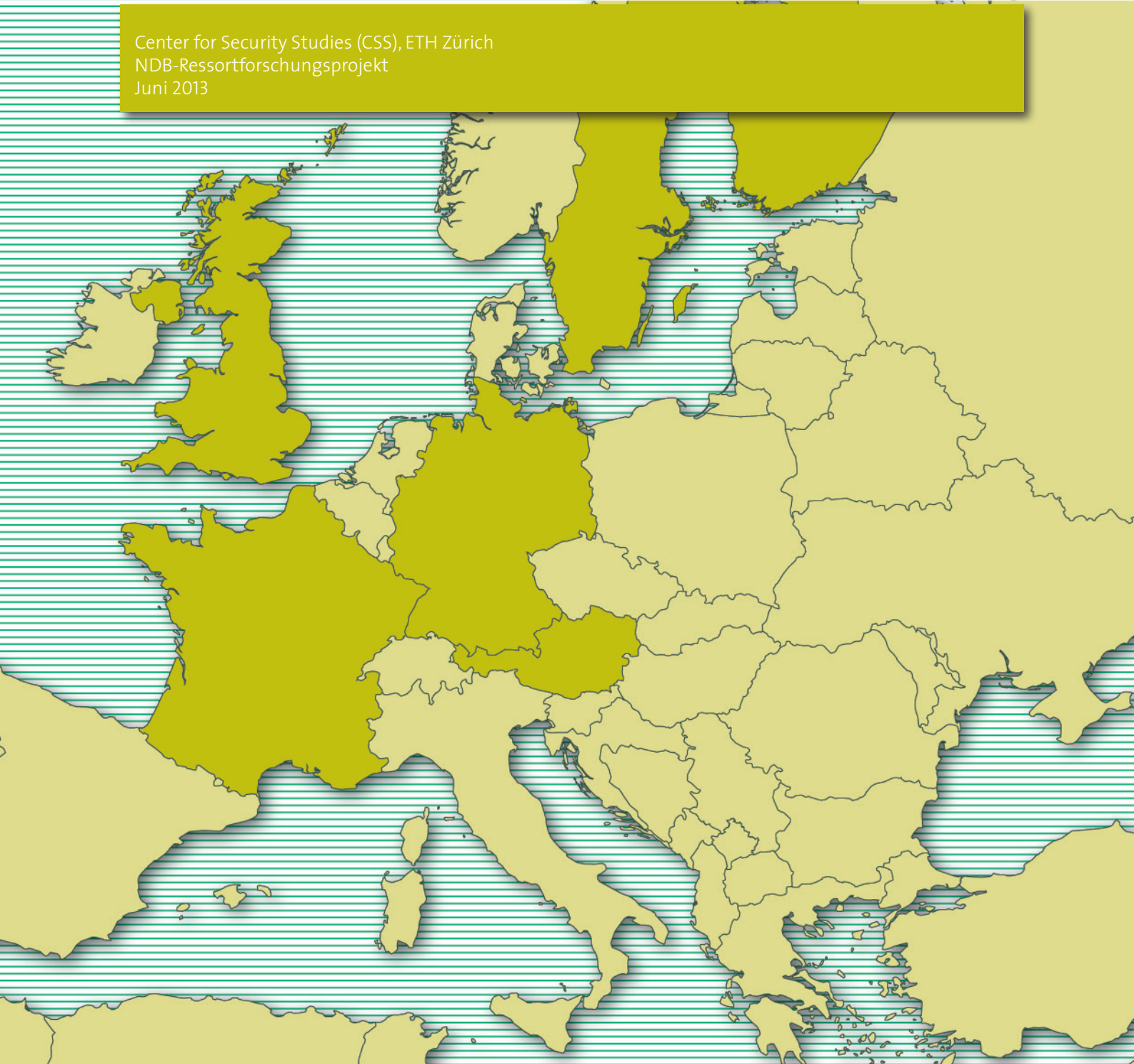


Entwicklung der Verteidigungsausgaben ausgewählter europäischer Staaten seit 1990: Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Finnland, Österreich und Schweden

Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
NDB-Ressortforschungsprojekt
Juni 2013



Center for Security Studies (CSS)
ETH Zürich
NDB-Ressortforschungsprojekt

© 2013 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

Projektleiter: Andreas Wenger
Autor: Marco Wyss
Forschungsassistent: Fredrik Nordin

Redaktion: Sarah Schumacher
Layout: Miriam Dahinden

Kontakt:
Center for Security Studies (CSS)
ETH Zürich
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich / Schweiz
Tel.: +41 (0)44 632 40 25
Fax: +41 (0)44 632 19 41

css@sipo.gess.ethz.ch
www.css.ethz.ch

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung	2
Die Welt und Europa.....	2
Sicherheits- und verteidigungspolitische Reformen.....	3
Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben.....	3
Gesamte Verteidigungsausgaben.....	3
Aufgeschlüsselte Verteidigungsausgaben.....	4
Schlussfolgerung.....	5
2. Einführung	6
3. Die Welt und Europa	11
4. Sicherheits- und verteidigungspolitische Reformen	19
4.1. Die Regionalmächte.....	20
4.2. Die Neutralen respektive Allianzfreien.....	24
5. Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben seit 1990	31
5.1. Gesamte Verteidigungsausgaben.....	31
5.2. Aufgeschlüsselte Verteidigungsausgaben	42
6. Schlussfolgerung	57
7. Bibliographie	59
Übersichtswerke.....	59
Methode	59
Sekundärliteratur	60

1. Zusammenfassung

Die militärpolitische Situation in Europa hatte sich durch den Zerfall der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Pakts entspannt. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Welt und Europa frei von sicherheitspolitischen Gefahren waren. Ab den 1990er Jahren rückten durch die Dominanz innerstaatlicher und regionaler Konflikte sowie durch transnationale Risiken neue sicherheitspolitische Herausforderungen in den Vordergrund. Bis vor kurzem lag der Fokus der westlichen Sicherheitspolitik auf jenen Bedrohungen und Gefahren. Doch mit dem derzeitigen Übergang zu einer multipolaren Mächtekonstellation infolge der Machtverschiebung Richtung Asien gewinnt die Möglichkeit der konventionellen Kriegsführung erneut an Bedeutung.

Weltweit versuchten Staaten, sich dem sicherheitspolitischen Wandel seit dem Fall der Berliner Mauer anzupassen, und reformierten ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie ihre Streitkräfte. Dieser Transformationsprozess wurde jedoch nicht nur durch den veränderten strategischen Kontext beeinflusst, sondern speziell in Europa auch durch die Entwicklung der Verteidigungsausgaben. Die absolute oder proportionale Reduktion der Verteidigungsbudgets und die gleichzeitig steigenden militärischen Betriebs- und Investitionskosten machten militärische Reformen unausweichlich. Zusätzliche Kosten verursachte die fortschreitende Professionalisierung der Streitkräfte und deren Transformation.

Die Welt und Europa

Die weltweiten Verteidigungsausgaben gingen mit dem Ende des Kalten Kriegs deutlich zurück. Während sie sich 1990 noch auf 1450 Milliarden (konstante) US\$ beliefen, fielen sie bis 1996 auf einen Tiefpunkt von 992 Milliarden US\$. Nach drei Jahren auf diesem Niveau stiegen sie ab der Jahrtausendwende wieder an und erreichten 2011 den Stand von 1625 Milliarden US\$. Die Vereinigten Staaten waren massgebend an dieser Entwicklung beteiligt, da sie mit Abstand am meisten Geld für Verteidigung ausgaben.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten veränderten sich die Verteidigungsausgaben je nach Region unterschiedlich. Die afrikanischen Verteidigungsausgaben haben sich seit 1990 mehr als verdoppelt. Wegen des regionalen und internationalen Übergewichts der Vereinigten Staaten entwickelten sich die Militärausgaben auf dem amerikanischen Kontinent nach einem ähnlichen Muster wie die weltweiten Verteidigungsausgaben. Asien und Ozeanien bildeten als Region eine Ausnahme: Nach dem Ende des Kalten Kriegs gingen die Verteidigungsausgaben gar nicht erst zurück, sondern stiegen seither kontinuierlich an. Im Nahen Osten sind die Verteidigungsausgaben trotz eines kurzen Rückgangs nach 1990 ebenfalls stark gewachsen.

Europa scheint auf den ersten Blick eine Ausnahme zu bilden, waren die europäischen Militärausgaben 2011 doch deutlich tiefer als noch 1990. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass die Ausgaben überdurchschnittlich hoch waren und Europa mit 23,4% noch immer für einen bedeutenden Anteil der weltweiten Verteidigungsausgaben verantwortlich ist. In Europa gibt es ausserdem regionale Unterschiede. Zwar waren die Verteidigungsausgaben 2011 in allen drei europäischen Subregionen niedriger als noch 1990, jedoch fielen die Reduktionen in Zentral- und Osteuropa drastischer aus als in Westeuropa. Seit der Jahrtausendwende verzeichnete Osteuropa aber wieder ein starkes Wachstum der Militärausgaben, grösstenteils wegen Russland.

Die Verteidigungsausgaben in Europa und insbesondere in Westeuropa sind nicht nur in absoluten Zahlen niedriger als noch zum Ende des Kalten Kriegs, sondern auch im Verhält-

nis zum jeweiligen Bruttoinlandprodukt (BIP) und zu den Staatsausgaben. Im Allgemeinen dominieren die Personalkosten die europäischen Verteidigungsbudgets. Die Ausrüstung konnte gegen Ende des letzten Jahrzehnts ihren durchschnittlichen Anteil an den europäischen Verteidigungsbudgets vergrössern, da sie weniger von Budgetkürzungen betroffen war als das Personal, die Infrastruktur oder die Forschung und Entwicklung. Obwohl die Veränderungen seit 1990 zu einer Spezialisierung und Professionalisierung gewisser militärischer Kapazitäten geführt haben, wird es für europäische Regierungen immer schwieriger, trotz schwindender Mittel schlagkräftige und multifunktionale Streitkräfte aufzustellen.

Sicherheits- und verteidigungspolitische Reformen

Die neuen strategischen Anforderungen und die reduzierten Verteidigungsbudgets haben seit 1990 zu einer drastischen Verkleinerung der europäischen Streitkräfte geführt. Doch trotz bedeutender Kapazitätseinbussen in bestimmten Bereichen wurde vermehrt in Spezial- und Interventionskräften investiert. Der Konzentrationsprozess ging mit einem Transnationalisierungsprozess einher, das heisst, europäische Staaten gingen sicherheitsrelevante Probleme vermehrt kollektiv an.

Die in dieser Studie untersuchten Staaten waren alle in verschiedenem Ausmass Teil dieser Transformationsprozesse. Mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts verlor die Territorialverteidigung in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich an Bedeutung. Der Fokus richtete sich zunehmend auf Krisenmanagementoperationen im Ausland. Diese strategische Neuausrichtung führte zu Reformen bei den Streitkräften – weg von Massenarmeen, hin zu schnellen Eingreiftruppen für Auslands- und Friedensmissionen. In Frankreich und dem Vereinigten Königreich ist diese Entwicklung bereits weiter vorangeschritten als in Deutschland.

Die geostrategischen Veränderungen in Europa infolge des Mauerfalls führten auch bei den neutralen respektive allianzfreien Staaten zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen. Finnland, Österreich und Schweden halten bis heute an der militärischen Allianzfreiheit fest und richten ihre Streitkräfte vermehrt auf eine internationale Kooperation aus, weg von der Territorialverteidigung. Ihre jeweilige Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist jedoch auch von Unterschieden geprägt – nicht zuletzt wegen ihrer geostrategischen Lage und ihrem Neutralitätserbe.

Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben

In den sechs untersuchten Staaten wurden die sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen seit dem Ende des Kalten Kriegs einerseits von finanziellen Regierungsvorgaben beeinflusst, andererseits wirkten sie sich wiederum auf die künftige Entwicklung der Verteidigungsausgaben aus.

Gesamte Verteidigungsausgaben

In konstanten US\$ (2010) nahmen die Verteidigungsausgaben zwischen 1990 und 2011 im Vereinigten Königreich, in Finnland und in Österreich zu, während sie sich in Deutschland, Frankreich und Schweden reduzierten. Auch wenn die Verteidigungsausgaben als solche bei einigen der untersuchten Staaten nicht etwa niedriger, sondern höher sind als 1990, hat der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP seit dem Ende des Kalten Kriegs sowohl bei den

Regionalmächten als auch bei den drei neutralen respektive allianzfreien Staaten abgenommen. Dies trifft auch auf den Anteil der Verteidigungsetats an den Staatsausgaben zu. Insbesondere bei den Regionalmächten nahm dieser Anteil dramatisch ab, während der Rückgang bei den neutralen und allianzfreien Staaten weniger drastisch war.

Im Gegensatz zu den Verteidigungsausgaben als Anteil des BIPs oder der Staatsausgaben lässt sich jedoch bei den Verteidigungsausgaben pro Kopf kein generalisierbarer Trend feststellen. In den 1990er Jahren gingen in allen der untersuchten Staaten die Verteidigungsausgaben pro Kopf zurück. Zwischen 1995 und 2005 nahmen die Militärausgaben pro Einwohner aber nur in Deutschland, Frankreich und Schweden ab, während sie im Vereinigten Königreich sowie in Frankreich und Österreich zunahmen.

Anders als bei den Verteidigungsausgaben pro Kopf lässt sich bei den Ausgaben pro Armeeingehörig für alle untersuchten Staaten zwischen 1990 und 2005 eine eindeutige Tendenz feststellen. Diese zeigt klar nach oben: Die Kosten für den einzelnen Soldaten sind sowohl bei den Regionalmächten als auch bei den neutralen respektive allianzfreien Staaten gestiegen.

Aufgeschlüsselte Verteidigungsausgaben

Die vorliegende Studie zeigt auf, dass in der untersuchten Zeitperiode alle drei Regionalmächte den Grossteil ihrer Verteidigungsausgaben für das Personal aufwendeten. In Deutschland und im Vereinigten Königreich bildeten die sogenannten anderen Ausgaben den zweitgrössten Budgetposten. In Frankreich hingegen folgten die Ausrüstungsausgaben an zweiter Stelle. Die anderen Ausgaben nahmen in Frankreich Platz drei ein, in Deutschland und im Vereinigten Königreich war es die Ausrüstung. Die Infrastrukturkosten kamen bei allen drei Staaten eindeutig an vierter und letzter Stelle.

Der Anteil der Personal- an den gesamten Verteidigungsausgaben blieb in allen drei Staaten trotz kontinuierlich sinkender Streitkräftebestände relativ konstant. Dabei wendeten Deutschland und Frankreich einen grösseren Teil ihrer Verteidigungsausgaben – meist mehr als die Hälfte – für Personal auf als das Vereinigte Königreich. Im Gegensatz zu den Personalausgaben war der Anteil der Ausrüstungsausgaben zwischen 1990 und 2011 in allen drei Staaten einer grösseren Fluktuation ausgesetzt. Ihr Anteil war im Vereinigten Königreich am höchsten, in Deutschland am niedrigsten. Auch wenn Frankreichs Anteil für die Ausrüstung der Streitkräfte zur Jahrtausendwende noch kleiner war als der des Vereinigten Königreichs, so wuchs er gegen Ende des letzten Jahrzehnts an und übertraf jenen des Vereinigten Königreichs schliesslich. Der Anteil der Infrastrukturausgaben nahm innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte bei allen drei Staaten ab. Der Anteil der sogenannten anderen Ausgaben blieb hingegen relativ stabil.

Zwischen 2001 und 2009 wendeten sowohl die Regionalmächte als auch die Neutralen respektive Allianzfreien den grössten Teil ihrer Verteidigungsausgaben für die Operationskosten auf. Es folgten in allen sechs Staaten die Beschaffungs- und Baukosten. Die Forschung und Entwicklung machte in allen untersuchten Ländern den bei weitem kleinsten Anteil an den Verteidigungsausgaben aus.

In Deutschland blieben die Anteile der Forschungs- und Entwicklungskosten, der Beschaffungs- und Baukosten sowie der Operationskosten während des letzten Jahrzehnts äusserst konstant. Auch in Frankreich waren die Anteile der verschiedenen Ressourcenkosten innerhalb des letzten Jahrzehnts ziemlich stabil. Im Vereinigten Königreich blieb diese Verteilung ebenfalls relativ konstant. Dennoch fand hier eine moderate Umverteilung von den Beschaffungs- und Konstruktionskosten hin zu den Operationskosten statt. Eine solche Umverteilung gab es auch in Finnland. In Österreich hingegen fand eine Umverteilung von den Operations- zu den Beschaffungs- und Baukosten statt. In Schweden verlief die Umverteilung

nach demselben Muster wie im Vereinigten Königreich und in Finnland. Gleichzeitig verzeichnete der Forschungs- und Entwicklungsanteil am schwedischen Verteidigungsbudget eine leichte Zunahme.

Sowohl bei den Regionalmächten als auch bei den Neutralen und Allianzfreien – mit Ausnahme von Finnland, wo die Tendenz nach oben zeigt – haben die Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit dem Ende des Kalten Kriegs abgenommen. Das Vereinigte Königreich und Frankreich wendeten eindeutig am meisten finanzielle Mittel für die militärische Forschung und Entwicklung auf. Demgegenüber waren die deutschen Forschungs- und Entwicklungsausgaben relativ bescheiden. In den kleinen neutralen respektive allianzfreien Staaten fielen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung niedrig bis verschwindend klein aus. Schweden bildete wegen seiner umfangreichen Rüstungsindustrie und insbesondere wegen des fortlaufenden Kampfflugzeugprogramms eine Ausnahme.

In allen Staaten ausser Österreich nahm der Anteil der Armee an den gesamten Verteidigungsausgaben innerhalb des letzten Jahrzehnts ab. Im länderübergreifenden Vergleich hatte die österreichische Armee über die Jahre hinweg sogar den mit Abstand grössten Anteil. Jener der Marine nahm zwischen 2001 und 2009 in Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Finnland ab. In Frankreich und Schweden nahm er hingegen zu. Der Anteil der Luftwaffe am Verteidigungsetat nahm innerhalb des letzten Jahrzehnts mit Ausnahme von Frankreich in allen Staaten – ausser Österreich, das die Luftwaffe in die Armee einberechnet – ab.

Schlussfolgerung

Seit dem Ende des Kalten Kriegs sahen sich die untersuchten Staaten damit konfrontiert, ein stetig wachsendes Aufgabenspektrum mit proportional und kontinuierlich schwindenden finanziellen Mitteln abzudecken. Dies wird, wie die jüngere Vergangenheit zeigt, auch in Zukunft zu bedeutenden Kapazitätseinbussen führen. Die Streitkräfte werden weiter schrumpfen, kostenintensive Einheiten werden verkleinert oder gar ausgemustert und Anschaffungen neuer Waffensysteme und -plattformen werden aufgeschoben, in der Stückzahl nach unten korrigiert oder gar gestrichen. Diese Entwicklung betrifft nicht nur die hier untersuchten, sondern die Mehrheit der europäischen Staaten. Eine Schwächung der militärischen Verteidigungs- und Expeditionsfähigkeit Europas scheint unausweichlich, denn die Bemühungen der EU, die Kräfte unter den Schlagwörtern «pooling» und «sharing» im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu vereinen, drohen an den nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten zu scheitern.

2. Einführung

Mit dem Ende des Kalten Kriegs veränderte sich die sicherheitspolitische Lage stark. Insbesondere in Europa entspannte sich die militärpolitische Situation durch den Zerfall der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Pakts bedeutend. Auch wenn Russland seither wieder erstarkt ist und grosse rüstungstechnische Anstrengungen unternommen hat, ist sowohl ein konventioneller als auch ein nuklearer zwischenstaatlicher Konflikt in Europa kurz- bis mittelfristig unwahrscheinlich. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Welt und Europa frei von sicherheitspolitischen Gefahren sind. Seit den 1990er Jahren rückten durch die Dominanz innerstaatlicher und regionaler Konflikte sowie infolge transnationaler Risiken wie organisierte Kriminalität, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Extremismus und Terrorismus neue sicherheitspolitische Herausforderungen in den Vordergrund. Die Gefahren und Bedrohungen – mögen sie noch so entfernt sein – sind in den letzten beiden Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Globalisierung auch für Europa relevant geworden. Gleichzeitig entwickelten sich die Konflikttypen weg von konventionellen und staatlich geführten, hin zu asymmetrischen Kriegen.¹

Bis vor kurzem befasste sich westliche Sicherheitspolitik hauptsächlich mit der Eindämmung von Terrorismus, der Kontrolle von Massenvernichtungswaffen, dem Wiederaufbau sogenannter gescheiterter Staaten sowie mit Massnahmen zur Bekämpfung aufständischer Gruppen, d.h. asymmetrischer Kriegsführung. Doch mit dem derzeitigen Übergang hin zu einer multipolaren Mächtekonstellation infolge der Machtverschiebung Richtung Asien rückt die Möglichkeit konventioneller Kriege zwischen Gross- und Regionalmächten sowie Militärbündnissen erneut in den Fokus. Seit dem Fall der Berliner Mauer haben Staaten weltweit versucht, sich diesem kontinuierlichen sicherheitspolitischen Wandel anzupassen, und reformierten daher ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie ihre Streitkräfte.² Dieser Transformationsprozess wurde jedoch nicht nur durch den veränderten strategischen Kontext beeinflusst, sondern speziell in Europa auch von den staatlichen Verteidigungsausgaben. Die Finanzen wurden dabei zu einer stark limitierenden Rahmenbedingung für europäische Streitkräfte.³

Mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts kamen die Verteidigungsetats weltweit und besonders in Europa unter Druck. Ab den frühen 1990er Jahren bis um die Jahrtausendwende und teilweise noch darüber hinaus wurden unter dem Schlagwort «Friedensdividende» die Ausgaben für Verteidigung reduziert. In der Nordatlantischen Allianz (NATO) fielen die durchschnittlichen Verteidigungsausgaben als Prozentsatz des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 4,5% in den 1980er Jahren auf 2,5% im Jahr 2000. Häufig fand eine Umverteilung in den zivilen Sektor, insbesondere für soziale Ausgaben, statt. Die kontinuierliche Kürzung der Verteidigungsbudgets bei gleichzeitig steigenden militärischen Betriebs- und Investitionskosten (z.B. durch steigende Stückpreise bei Rüstungsgütern und die verstärkte technologische Entwicklung der Streitkräfte im Rahmen der sogenannten *Revolution in Military Affairs*) zwang die politischen Entscheidungsträger zu militärischen Reformen. Um den neuen Gefahren gewach-

1 Hartley, Keith; Sandler, Todd, «Defense in a Globalized World: An Introduction», in Hartley, Keith; Sandler Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 2*, Amsterdam etc.: Elsevier, 2007, S. 609, 612. Siehe auch Kaldor, Mary, *New & Old Wars: Organized Violence in a Global Era*, Stanford CA: Stanford University Press, 2001.

2 McGuire, Martin C., «Economics of Defense in a Globalized World», in Hartley, Keith; Sandler Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 2*, Amsterdam etc.: Elsevier, 2007, S. 625, 632.

3 King, Anthony, *The Transformation of Europe's Armed Forces: From the Rhine to Afghanistan*, Cambridge: Cambridge University Press, 2011, S. 28.

sen zu sein, fanden eine Professionalisierung der Streitkräfte und eine fortschreitende Transformation statt, was zusätzliche Kosten erzeugte.⁴ In verschiedenen Fällen führte dieser Prozess jedoch zu mehr Effizienz und einem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis.⁵ Ab der Jahrtausendwende stabilisierten sich die Verteidigungsausgaben oder stiegen sogar wieder an – nicht zuletzt als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 und der Kriege in Afghanistan und im Irak. Die globale Finanzkrise setzte diesem «Aufwärtstrend» jedoch ein abruptes Ende. Im Bereich der Verteidigung wurden für viele europäische Staaten teils drastische Sparmassnahmen geplant oder verabschiedet.⁶

Aber auch wenn die Verteidigungsausgaben in Europa nicht mehr mit jenen zu Zeiten des Kalten Kriegs verglichen werden können, so handelt es sich noch immer um bedeutende, für einen Staatshaushalt und eine Volkswirtschaft relevante finanzielle Ressourcen. Die vorliegende Studie kann unter anderem aufzeigen, wie Staaten ihre Verteidigung gegenüber sozialen und anderen nicht-militärischen Ausgaben gewichten.⁷ Denn obwohl Staaten ihr Verteidigungsbudget idealerweise in Anbetracht ihrer strategischen und wirtschaftlichen Situation festlegen, so nehmen in der Praxis auch industrielle und politische Interessen, Rivalitäten zwischen den Teilstreitkräften und verschiedene bürokratische Kräfte bedeutenden Einfluss auf den Verteidigungsetat. Die Verteidigungsausgaben resultieren demnach aus der Zusammenwirkung finanzieller Ressourcen und der strategischen Wahrnehmung und Positionierung innerhalb verschiedener Interessengruppen. Unvorhergesehene Kostenexplosionen bei Rüstungsprojekten, Transformationskosten infolge Professionalisierung oder Opportunitätskosten der Wehrpflicht können die Planung der Verteidigungsausgaben noch zusätzlich erschweren.⁸

Vor dem Hintergrund dieser globalen und europäischen strategischen und finanziellen Rahmenbedingungen befasst sich diese Studie mit der Entwicklung der Verteidigungsausgaben von Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Finnland, Österreich und Schweden seit dem Ende des Kalten Kriegs. Die Auswahl fiel auf diese Staaten, da sie einerseits Aussagekraft für die Entwicklung der Verteidigungsetats in Europa haben und andererseits für die Schweiz von sicherheitspolitischer Relevanz sind. Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich sind, abgesehen von Russland, nicht nur die grössten Volkswirtschaften, sondern auch die führenden Militär- und NATO-Mächte in Europa. Dabei unterscheiden sich Frankreich und das Vereinigte Königreich von Deutschland durch ihre teils globale Strategie, höhere Verteidigungsausgaben und ihren permanenten Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Die drei genannten Staaten dominieren das europäische sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz. Finnland, Österreich und Schweden hingegen eignen sich für einen direkten sicherheitspolitischen Vergleich mit der Schweiz. Ebenso wie die Schweiz zählten sie während des Ost-West-Konflikts zu den «klassischen» Neutralen in Westeuropa und beriefen sich auf die bewaffnete Neutralität. Seither haben sich die Wege teilweise getrennt. Als einziger der neutralen respektive allianzfreien Staaten zählt die Schweiz heute nicht zu den Mitgliedern der Europäischen Union (EU). Dennoch bleiben Finnland, Österreich und Schweden aufgrund ihrer Nichtzugehörigkeit zur NATO eine wichtige Vergleichsgrösse für die Schweiz.

4 Hartley, Keith; Sandler, Todd, «Introduction», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 3; Hartley; Sandler, «Defense in a Globalized World», *op. cit.*, S. 609, 614.

5 Sandler, Todd; Hartley, Keith, *The Economics of Defense*, Cambridge: Cambridge University Press, 1995, S. 2.

6 Mölling, Christian; Brune, Sophie-Charlotte; Dickow, Marcel, *Finanzkrise und Verteidigungskooperation: Materialien zu acht europäischen Ländern*, Arbeitspapier, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2010. Siehe auch Mölling, Christian; Brune, Sophie-Charlotte, *The Impact of the Financial Crisis on European Defence*, Directorate-General for External Policies of the Union, Policy Department, Brüssel: Europäisches Parlament, 2011.

7 Sandler; Hartley, *The Economics of Defense, op. cit.*, S. 1, 52. Für die Beziehung zwischen Verteidigungsausgaben und Wirtschaftswachstum siehe Ram, Rati, «Defense Expenditure and Economic Growth», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 251–273.

8 Smith, Ron, *Military Economics: The Interaction of Power and Money*, Basingstoke etc.: Palgrave Macmillan, 2009, S. 24, 27, 88–89, 95–99, 122, 159.

Die Untersuchung der Verteidigungsausgaben dieser sechs Staaten ist jedoch nicht unproblematisch. Auf den ersten Blick erscheinen Verteidigungsausgaben als eine einfache Masseneinheit, welche die jährlichen Kosten für Truppen und anderes Personal, Infrastruktur sowie den Unterhalt von bestehenden und den Kauf von neuen Waffensystemen aufzeigt.⁹ Bei näherer Betrachtung weisen die Daten jedoch verschiedene konzeptuelle Probleme auf und sind ausserdem von unterschiedlicher Qualität und Verfügbarkeit. Da keine einfachen Indikatoren für militärische Stärke verfügbar sind, werden oft die Verteidigungsausgaben dafür verwendet. Dies ist problematisch, denn wichtige Faktoren wie bspw. die Strategie oder die Qualität der operativen Leistung werden dabei ausgeklammert.

Die Verwendung von Verteidigungsausgaben als Masseinheit für militärische Stärke ist besonders beliebt für den internationalen Vergleich oder um den Verteidigungsbeitrag von individuellen Mitgliedern in militärischen Allianzen zu messen. Dabei tritt bei der Vergleichbarkeit der Daten ein zusätzliches Problem auf. Generell liegt es nämlich im Ermessen der jeweiligen Regierung, militärische Ausgaben zu definieren.¹⁰ Oft «verfälschen» Regierungen ihre Zahlen aus politischen oder strategischen Gründen. Aber auch bei einer transparenten Rechnungslegung bleiben bedeutende Unklarheiten bestehen. Obwohl für Verteidigungsausgaben weiträumig die NATO-Definitionen angewendet werden, gibt es keine buchhalterische Übereinstimmung zu Wehrpflichtigen, paramilitärischen Kräften wie bspw. die französische Gendarmerie, zu Renten, Nuklear- oder Weltraumprogrammen mit doppeltem Verwendungszweck etc.¹¹

Verteidigungsbudgets gliedern sich normalerweise in verschiedene Budgetposten wie die Löhne für militärisches und ziviles Personal, Betriebs- und Unterhaltskosten für Waffensysteme, Beschaffungsprogramme für neue Waffensysteme, Forschung und Entwicklung sowie den Bau und Unterhalt von Militärstützpunkten und Truppenunterkünften. Die internationale Datenlage zu diesen einzelnen Budgetposten ist sehr lückenhaft. Dennoch lassen sich zwischen Staaten frappante Unterschiede in der Gliederung der Budgetposten erkennen. In der Analyse der Verteidigungsausgaben kommt die Inflation der militärischen Kosten erschwerend hinzu. Das Problem der Inflation stellt sich nicht nur im Zusammenhang mit dem Gesamtbudget, sondern auch mit den durch den Generationswechsel von Waffensystemen und Rüstungsprogrammen verursachten Kostenexplosionen.¹²

Die Grunddaten in nationalen Verteidigungsbudgets werden in der jeweiligen Landeswährung aufgeführt. Dies erschwert internationale Vergleiche und macht Währungsumrechnungen notwendig. Eine Möglichkeit, dieses Problem und jenes der allgemeinen Inflation zu umgehen und sowohl nationale als auch internationale Vergleiche zu ermöglichen, besteht darin, die Verteidigungsausgaben im Verhältnis zu anderen Finanzaggregaten, wie zum Beispiel das BIP, das Bruttosozialprodukt (BSP) oder die gesamten Staatsausgaben, darzustellen.¹³ Andererseits kann man der Inflation Rechnung tragen, indem die Zahlen in konstante Preise oder Realwerte konvertiert werden. Um dann länderübergreifende Vergleiche zu ermöglichen, werden die in nationalen Währungen aufgeführten Zahlen in eine gemeinsame vergleichbare Währung, normalerweise in US-Dollar (US\$), konvertiert. Dies kann mittels Markt- oder Kaufkraftparitätswechselkursen erfolgen. Da Staaten ausserdem über verschiedentlich grosse

9 *Ibid.*, S. 113.

10 Brzoska, Michael, «World Military Expenditures», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 47–51.

11 Smith, Ron, «The Demand for Military Expenditure», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 78.

12 Smith, *Military Economics, op. cit.*, S. 106, 111–113; Smith, «The Demand for Military Expenditure», S. 79.

13 Brzoska, *op. cit.*, S. 54, 57.

Bevölkerungen und Streitkräfte verfügen, kann auch die Berechnung der Verteidigungsausgaben pro Kopf oder pro Soldat Sinn machen.¹⁴

Es gibt verschiedene Institutionen, die methodisch mehr oder weniger verlässliche Daten zu Verteidigungsausgaben sammeln und publizieren.¹⁵ Die wohl wichtigste Quelle für internationale Vergleiche zu Verteidigungsausgaben ist das *Military-Expenditure*-Projekt und die dazugehörige Datenbank des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI).¹⁶ Die Informationen werden aus einer Vielzahl öffentlich zugänglicher Quellen, wie Zeitungen, spezialisierte Militärzeitschriften sowie staatliche Veröffentlichungen und Budgetdaten, zusammengetragen. SIPRI hat jedoch nur beschränkte Mittel zur Verfügung, um die nationalen Daten zu korrigieren. Die gesammelten Daten werden kontinuierlich im *SIPRI Yearbook* und in der *Military Expenditure Database* veröffentlicht und bestehen hauptsächlich aus den nationalen Verteidigungsbudgets in US\$ in konstanten Preisen und Wechselkursen auf ein Bezugsjahr sowie als Anteil des BIPs.¹⁷ Das *International Institute for Strategic Studies* (IISS), ein anderer Think-Tank, publiziert in seiner jährlich erscheinenden Publikation *Military Balance* auch Daten zu Verteidigungsbudgets.¹⁸ Bei den Zahlen handelt es sich normalerweise um prognostizierte Verteidigungsbudgets für das laufende Haushaltsjahr, wie sie von den jeweiligen nationalen Regierungen gemeldet werden. Die Zahlen sind nur schwer vergleichbar, da sie der Inflation nicht Rechnung tragen.

Auch die UNO bemüht sich, Daten zu den weltweiten Verteidigungsausgaben zu sammeln. Das *United Nations Office for Disarmament Affairs* (UNODA) publiziert die Informationen auf seiner Website, welche die Mitgliedstaaten aufgrund eines Fragebogens freiwillig einreichen.¹⁹ Die Daten werden jedoch nicht vom UNODA kontrolliert, und die Datenlage, auch für die hier untersuchten Staaten, ist lückenhaft – wahrscheinlich, weil die Berichterstattung auf freiwilliger Basis erfolgt. Ausserdem werden die Daten in den jeweiligen nationalen Währungen ohne Anpassung an die Inflation veröffentlicht. Dennoch ist es eine der wenigen Quellen, die spezifische Zahlen zu den Verteidigungsausgaben nach Kategorie – wie zum Beispiel Infrastruktur und Personal – und Teilstreitkräften enthält.

Eine weitere wichtige Datenquelle sind die Berichte von *World Military Expenditures and Arms Transfers* (hiernach ACDA WMEAT), die bis 1999 von der *US Arms Control and Disarmament Agency* und danach vom *Bureau of Arms Control, Verification and Compliance* herausgegeben wurde.²⁰ Die darin enthaltenen Daten stammen hauptsächlich aus Quellen innerhalb der amerikanischen Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Zahlen basieren sowohl auf laufenden als auch konstanten US\$. Für die Zeit nach dem Kalten Krieg gibt es zwei Datensätze: 1989–1999 und 1995–2005. Da beide sich auf verschiedene konstante Preise beziehen und gewisse methodische Unterschiede aufweisen, werden sie in dieser Studie nicht zusammengeführt. Obwohl für die Zeit nach 2005 bisher noch keine neuen Daten veröffentlicht wurden, sind die Datensätze hilfreich, da sie die Verteidigungsausgaben unter anderem in Bezug auf die Armeeangehörigen, die Bevölkerung und die Staatsausgaben darstellen.

14 Smith, *Military Economics*, op. cit., S. 90–93.

15 Für eine Diskussion der Daten zu Verteidigungsausgaben siehe Brzoska, op. cit., S. 59–63.

16 «Military Expenditure», *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI), <http://www.sipri.org/research/armaments/milex>.

17 SIPRI, *SIPRI Yearbook 1990–2011: Armaments, Disarmament and International Security*. Oxford: Oxford University Press, 1968/69–; «The SIPRI Military Expenditure Database», SIPRI, <http://milexdata.sipri.org/>.

18 International Institute for Strategic Studies (IISS), *Military Balance 1990–2012*, Abingdon: Routledge, 1959–.

19 «United Nations Report on Military Expenditures», *United Nations Office for Disarmament Affairs* (UNODA), <http://www.un.org/disarmament/convarms/Milex/>.

20 US Arms Control and Disarmament Agency / Bureau of Arms Control, Verification and Compliance, «World Military Expenditures and Arms Transfers», *U.S. Department of State*, <http://www.state.gov/t/avc/rls/rpt/wmeat/index.htm>.

Bereits seit 1963 publiziert auch die NATO in Form eines jährlichen Kompendiums verteidigungsrelevante finanzielle, personelle und wirtschaftliche Daten zu ihren Mitgliedstaaten.²¹ Diese Publikation dient als Basis für den Vergleich der Verteidigungsanstrengungen der Allianzmitglieder und basiert auf einer gemeinsamen Definition für Verteidigungsausgaben. Die Daten decken die Zeit von der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags (1949) bis heute ab und umfassen die gesamten Verteidigungsausgaben, deren Anteil am BIP, jährliche Schwankungen und die Verteilung nach Kategorie (Infrastruktur, Ausrüstung, Personal und andere Ausgaben). Die Daten zu den Verteidigungsausgaben an sich sind jedoch von beschränktem Nutzen, da sie entweder auf laufenden Preisen beruhen oder die konstanten Preise sich auf verschiedene Referenzjahre beziehen. Ausserdem beschränkt sich diese Publikation – wie bereits erwähnt – auf die Mitgliedstaaten der Allianz und enthält somit keine Daten zu den neutralen und allianzfreien Staaten; in unserem Fall Finnland, Österreich und Schweden. Ein weiterer Nachteil ist das Fehlen von Daten für Frankreich für den Grossteil der 1990er Jahre.

Das umfängliche statistische Material der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) enthält auch verteidigungsrelevante Zahlen, wovon die Daten zu den Forschungs- und Entwicklungskosten in dieser Studie Verwendung gefunden haben.²² Dabei handelt es sich um die staatlichen Haushaltsbewilligungen für Forschung und Entwicklung im Bereich Verteidigung, die von laufenden Preisen ausgehend nach Kaufkraftparität in US\$ berechnet sind. Eine weitere Datenquelle ist die Europäische Verteidigungsagentur (*European Defence Agency*, EDA), die auf ihrer Website umfängliche Daten zu den Verteidigungsausgaben ihrer Mitglieder veröffentlicht.²³ Da diese Dokumentation jedoch nur bis 2005 zurückreicht und das Zahlenmaterial nicht durchgehend vergleichbar ist, eignen sich die EDA-Daten nur beschränkt für diese Studie, die bemüht ist, die Entwicklungen von über zwei Jahrzehnten zu erfassen. Demnach wurde auf die Verwendung dieses Materials verzichtet. Schliesslich sind noch die vom IWF zusammengestellten Daten zu Verteidigungsausgaben zu erwähnen. Da diese sich jedoch mit den Daten anderer Quellen decken, finden sie hier keine Verwendung.

Mit Hilfe der oben aufgeführten Daten untersucht diese Studie die Entwicklung der Verteidigungsausgaben seit 1990 in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Finnland, Österreich und Schweden. Als Hintergrund werden in einem ersten Teil (Kapitel 3) die Verteidigungsausgaben in der Welt und Europa, auch im Vergleich zu anderen Kontinenten, seit dem Ende des Kalten Kriegs skizziert. Das darauffolgende Kapitel 4 geht kurz auf die wichtigsten sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen in den untersuchten Staaten innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte ein, um Erklärungsansätze für die Entwicklung der Verteidigungsausgaben zu ermöglichen. Der eigentliche Hauptteil, Kapitel 5, untersucht dann die Entwicklung der Verteidigungsausgaben der sechs untersuchten Staaten seit 1990 anhand von Grafiken und Datensätzen. Dabei werden die Verteidigungsausgaben nicht nur im Gesamten, sondern auch – insofern es die Daten erlauben – aufgeschlüsselt betrachtet und länderübergreifend verglichen. Die daraus hervorgehenden Erkenntnisse werden schliesslich in der Schlussfolgerung vor dem Hintergrund des globalen und europäischen Kontexts und den nationalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen analysiert. Bereits jetzt kann vorweggenommen werden, dass den Streitkräften der untersuchten Staaten immer weniger Mittel für komplexere Aufgaben bei steigenden personellen und materiellen Kosten zur Verfügung stehen.

21 «Information on Defence Expenditure», *North Atlantic Treaty Organization* (NATO), http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_49198.htm.

22 «OECD.Stat», *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD), <http://stats.oecd.org/index.aspx?r=324937>.

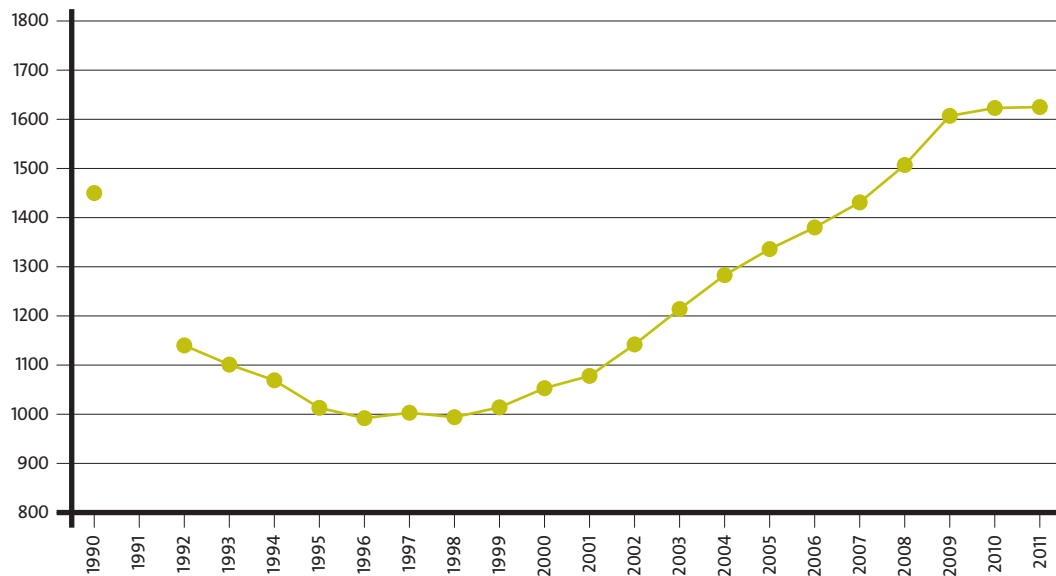
23 «Defence Data Portal», *European Defence Agency* (EDA), <http://www.eda.europa.eu/defencedata>.

3. Die Welt und Europa²⁴

Grafik 1

Weltweite Verteidigungsausgaben 1990–2011

Konstante US\$ (2010) in Milliarden



Quelle: SIPRI²⁵

Die weltweiten Verteidigungsausgaben sind, wie aus Grafik 1 hervorgeht, mit dem Ende des Kalten Kriegs bedeutend zurückgegangen. Während sich die Ausgaben 1990 noch auf 1450 Milliarden konstante US\$ (2010) beliefen, erreichten sie bis 1996 einen Tiefstwert von 992 Milliarden US\$. Dieses Niveau hielt sich bis zur Jahrtausendwende, danach stiegen die Ausgaben wieder an, bis sie 2011 den Stand von 1625 Milliarden US\$ erreichten – 175 Milliarden US\$ mehr als noch zum Ende des Ost-West-Konflikts. Verglichen mit dem Tiefstwert von 1996 beträgt der Unterschied zu 2011 633 Milliarden US\$.

Nachdem die weltweiten Verteidigungsausgaben bereits gegen Ende des Kalten Kriegs leicht zurückgegangen waren, hatte sich der Rückwärtstrend 1990 beschleunigt. Grund dafür waren hauptsächlich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die zusammen 60% des Welttotals ausmachten.²⁶ 1991 hielt sich dieser Trend, auch wenn sich die westeuropäischen Staaten – sowohl NATO-Mitglieder als auch allianzfreie Staaten – eher zurückhielten.²⁷ 1992 reduzierten sich die weltweiten Verteidigungsausgaben weiter, was vor allem auf die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zurückzuführen war. Ihre Verteidigungsausgaben hatten sich um die Hälfte verringert. NATO- und OECD-Staaten trugen nur geringfügig zu einer Senkung der Ausgaben bei.²⁸ In den darauffolgenden drei Jahren verringerten sich die

24 Für eine Übersicht zu den weltweiten Verteidigungsausgaben seit dem Ende des Kalten Kriegs und insbesondere des letzten Jahrzehnts siehe Mampey, Luc, *Dépenses militaires, production et transferts d'armes: Compendium 2012*, Brüssel: Groupe de recherche et d'information sur la paix et la sécurité (GRIP), 2012.

25 Für 1991 gibt es aufgrund lückenhafter Datenlage keine Zahl.

26 *SIPRI Yearbook 1990*, S. 143; 1991, S. 115.

27 *SIPRI Yearbook 1992*, S. 189.

28 *SIPRI Yearbook 1993*, S. 337.

Verteidigungsausgaben in Russland und in den westlichen Demokratien weiter, womit auch die weltweiten Militärausgaben weiter zurückgingen; dies, obwohl die Verteidigungsausgaben im Nahen Osten und in Südostasien anstiegen.²⁹ Der Rückgang der weltweiten Verteidigungsausgaben, der 1988 seinen Anfang genommen hatte, endete im oben erwähnten Tief von 1996, das abgesehen von leichten Fluktuationen bis 1998 anhielt. Zwischen 1989 und 1998 gingen die weltweiten Verteidigungsausgaben um ein Drittel zurück. In Westeuropa betrug die Reduktion jedoch nur 14%.³⁰

Ab 1999 begann ein erneuter Anstieg der weltweiten Militärausgaben. Jedoch waren die Verteidigungsausgaben im Jahr 2000 noch immer 40% niedriger als 1987.³¹ Infolge der Anschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 beschleunigte sich 2002 die Zunahme der weltweiten Verteidigungsausgaben von 3% im Vorjahr auf 6%. Dies ist hauptsächlich auf die Vereinigten Staaten zurückzuführen, die für drei Viertel des Anstiegs verantwortlich waren. Ebenfalls daran beteiligt waren China mit 11% sowie Russland, Brasilien und Indien mit je 2–3%.³² Ein noch dramatischerer Anstieg konnte 2003 mit 11% verzeichnet werden, wiederum stark von den Vereinigten Staaten geprägt.³³ Auch wenn die Militärausgaben in Europa langsam wieder zunahmen, blieben die Vereinigten Staaten weiterhin ausschlaggebend für den rasanten Anstieg der weltweiten Verteidigungsausgaben.³⁴ Dies führte in der Zehnjahresperiode von 1998 bis 2007 zu einem Zuwachs der weltweiten Militärausgaben von 45%.³⁵ Trotz der globalen Finanzkrise, die 2008 einsetzte und vielerorts eine Rezession verursachte, stiegen die weltweiten Verteidigungsausgaben weiterhin an und waren 2010 um 50% höher als noch 2001.³⁶ Zwischen 2001 und 2009 wuchsen die Verteidigungsausgaben jährlich um 5%. Das Wachstum ebte erst 2011 ab; die Militärausgaben stiegen im Verhältnis zu 2010 um nur 0,3%. Diese Trendwende ist wahrscheinlich auf den Rückgang der US-amerikanischen Verteidigungsausgaben um 1,2% zurückzuführen.³⁷

Die Vereinigten Staaten waren 2011 für 41% der weltweiten Militärausgaben verantwortlich und gaben mit Abstand am meisten Geld für Verteidigung aus. 2011 beliefen sich die Verteidigungsausgaben auf 690 Milliarden US\$. Weit abgeschlagen folgten China mit 129 Milliarden US\$, Russland mit 64,1 Milliarden US\$, Frankreich mit 58,2 Milliarden US\$ und das Vereinigte Königreich mit 57,9 Milliarden US\$. Die Top Ten wurden vervollständigt durch Japan (54,5 Milliarden US\$), Saudi-Arabien (46,2 Milliarden US\$), Indien (44,3 Milliarden US\$), Deutschland (43,5 Milliarden US\$) und Brasilien (31,6 Milliarden US\$).³⁸

29 *SIPRI Yearbook 1994*, S. 389; 1995, S. 389; 1996, S. 325; 1997, S. 163.

30 *SIPRI Yearbook 1998*, S. 188; 1999, S. 269; 2000, S. 231.

31 *SIPRI Yearbook 2001*, S. 224.

32 *SIPRI Yearbook 2002*, S. 253; 2003, S. 301.

33 *SIPRI Yearbook 2004*, S. 305.

34 *SIPRI Yearbook 2005*, S. 307; 2006, S. 295.

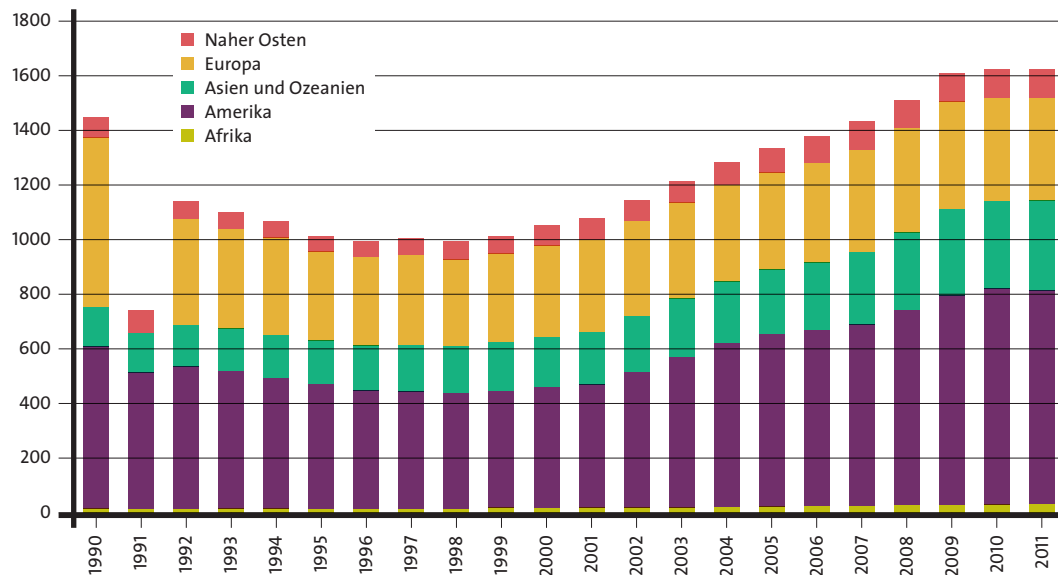
35 *SIPRI Yearbook 2008*, S. 176.

36 *SIPRI Yearbook 2010*, S. 178; 2011, S. 158.

37 *SIPRI Yearbook 2012*, S. 149.

38 «Top Ten Share», SIPRI, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/resultoutput/trends/Top%2010%20share.jpg/view> (Zugriff am 13.11.2012); «The top 10 military spenders: increase from 2002 to 2011», SIPRI, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/resultoutput/trendgraphs/Top10bubble> (Zugriff am 13.11.2011).

Grafik 2
Verteidigungsausgaben nach Regionen 1990–2011
 Konstante US\$ (2010) in Milliarden



Quelle: SIPRI³⁹

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich die Verteidigungsausgaben, wie dies aus Grafik 2 hervorgeht, je nach Region unterschiedlich verändert. In Afrika, der nicht nur in genereller, sondern auch in militärischer Hinsicht ärmsten Region, fielen die Verteidigungsausgaben zwischen 1990 und 1992 von 16 auf 13 Milliarden konstante US\$ (2010) und erreichten damit ihren Tiefstand in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Mit Ausnahme leichter Schwankungen in den 1990er Jahren stiegen die Militärausgaben auf dem afrikanischen Kontinent seither kontinuierlich an und erreichten 2011 einen vorläufigen Höchststand von 32,2 Milliarden US\$. Somit haben sich die afrikanischen Verteidigungsausgaben seit 1990 mehr als verdoppelt. In den letzten zehn Jahren betrug das reale Wachstum 65%, allein 2011 erreichte Afrika ein reales Wachstum seiner Militärausgaben von 8,6%. Insbesondere Nordafrika⁴⁰ verzeichnete einen überdurchschnittlichen Anstieg der Verteidigungsausgaben. In der Zeitspanne zwischen 2002 und 2011 war es mit einem realen Wachstum von 110% die Subregion mit den am schnellsten wachsenden Verteidigungsausgaben weltweit.⁴¹

Wegen des regionalen und internationalen Übergewichts der Vereinigten Staaten entwickelten sich die Militärausgaben auf dem amerikanischen Kontinent ähnlich wie die weltweiten Verteidigungsausgaben. Während sie sich 1990 noch auf 594 Milliarden US\$ beliefen, fielen sie während der 1990er Jahre kontinuierlich und erreichten 1998 einen Tiefstwert von 424 Milliarden US\$. Danach verzeichneten die Verteidigungsausgaben auf dem amerikanischen Kontinent jedoch einen rasanten und bedeutenden Anstieg, der 2010 mit 791 Milliarden US\$ einen vorläufigen Höchststand erreichte. Im darauffolgenden Jahr reduzierten sich die Ausgaben jedoch auf 780 Milliarden US\$. Somit haben die amerikanischen Verteidigungsausgaben gegenüber 1990 um 186 Milliarden US\$ und gegenüber dem Tiefstand von 1998 um 356 Milliarden US\$ zugenommen. Obwohl die Verteidigungsausgaben 2011 real um 1,4% zurückgingen, betrug das reale Wachstum der letzten zehn Jahre 57%. Damit gehört Nordamerika⁴² zu den

³⁹ Für Europa gibt es zu 1991 aufgrund lückenhafter Datenlage keine Zahl.

⁴⁰ Nordafrika: Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien.

⁴¹ *SIPRI Yearbook 2012*, S. 153.

⁴² Nordamerika: Kanada, Vereinigte Staaten.

Subregionen mit den am schnellsten wachsenden Verteidigungsausgaben weltweit. Doch auch Zentralamerika und die Karibik⁴³ sowie Südamerika⁴⁴ waren mit je 36% an diesem Wachstum beteiligt.⁴⁵

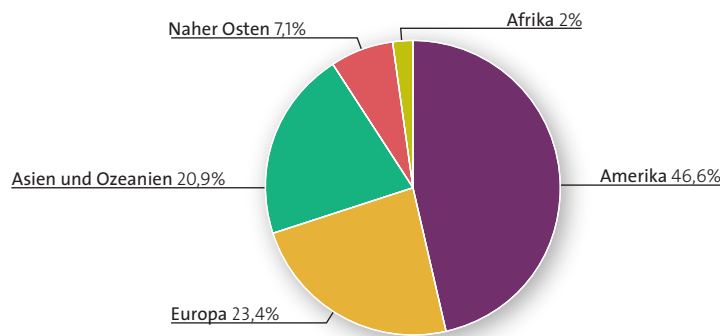
Asien und Ozeanien bilden als Region eine Ausnahme. Ihre Verteidigungsausgaben gingen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gar nicht erst zurück, sondern stiegen seither kontinuierlich an. Während sich die Ausgaben 1990 noch auf 143 Milliarden US\$ beliefen, erreichten sie bis 2011 330 Milliarden US\$. Mit diesem Zuwachs von 187 Milliarden US\$ haben sich die Verteidigungsausgaben mehr als verdoppelt. 2011 nahmen die Militärausgaben um weitere 2,2% zu, so dass das reale Wachstum innerhalb des letzten Jahrzehnts 61% betrug. Den grössten Anstieg der Verteidigungsausgaben verzeichnete Ostasien⁴⁶ – nicht zuletzt wegen China – mit 69%. Doch auch in den anderen Subregionen lässt sich zwischen 2002 und 2011 ein rasanter Anstieg der Militärausgaben feststellen: 62% für Zentral- und Südasien,⁴⁷ 42% für Südostasien⁴⁸ und 36% für Ozeanien^{49, 50}.

Anders als in Asien wurden die Verteidigungsausgaben im Nahen Osten⁵¹ nach dem Kalten Krieg zuerst reduziert. Nachdem sie sich 1990 noch auf 74,6 Milliarden US\$ beliefen, fielen sie bis 1996 auf 55,7 Milliarden US\$. Seither sind die Militärausgaben in dieser Region jedoch wieder bedeutend und stetig gewachsen und bezifferten sich 2011 auf 106 Milliarden US\$. Das sind 31,4 Milliarden US\$ mehr als zum Ende des Ost-West-Konflikts und 50,3 Milliarden US\$ mehr gegenüber dem Tiefststand von 1996, was einer Verdoppelung der Verteidigungsausgaben gleichkommt. In den letzten zehn Jahren wuchsen die Militärausgaben real um 49%, 2011 betrug das Wachstum 4,6%.⁵²

Grafik 3

Regionale Anteile an den weltweiten Verteidigungsausgaben 2011

In Prozent



Quelle: SIPRI⁵³

43 Zentralamerika und Karibik: Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama sowie Trinidad und Tobago.

44 Südamerika: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela.

45 *SIPRI Yearbook 2012*, S. 153.

46 Ostasien: China, Japan, Mongolei, Nordkorea, Südkorea, Taiwan.

47 Zentral- und Südasien: Afghanistan, Bangladesch, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Nepal, Pakistan, Sri Lanka, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan.

48 Südostasien: Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Osttimor, Vietnam.

49 Ozeanien: Australien, Fidschi, Neuseeland, Papua-Neuguinea.

50 *SIPRI Yearbook 2012*, S. 153.

51 Naher Osten: Ägypten, Bahrain, Iran, Irak, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate.

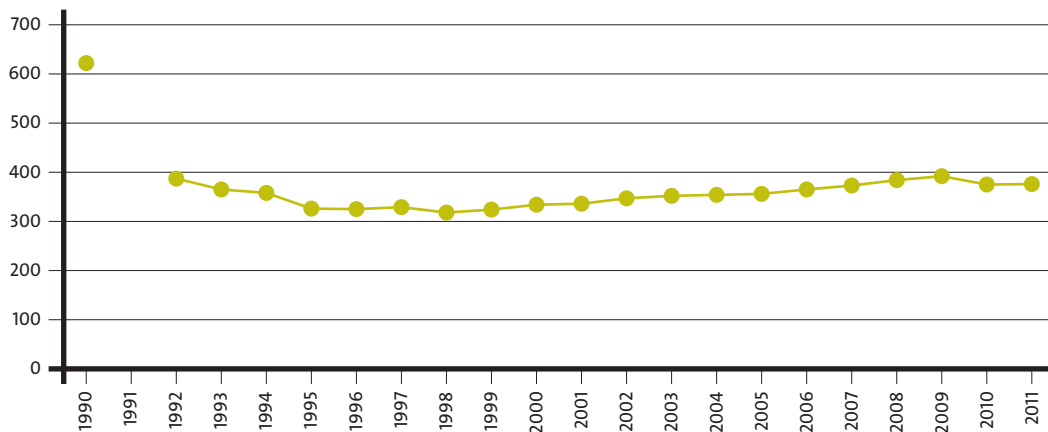
52 *SIPRI Yearbook 2012*, S. 153.

53 «Regional Shares», SIPRI, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/resultoutput/trends/Regional%20shares.jpg/view> (Zugriff am 14.11.2012).

Vor diesem Hintergrund und anhand von Grafik 2 zu den Verteidigungsausgaben nach Regionen lässt sich erkennen, dass Europa eine Ausnahme bildet. So waren die europäischen Militärausgaben 2011 deutlich tiefer als noch 1990. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Ausgaben überdurchschnittlich hoch waren und Europa, wie aus Grafik 3 ersichtlich ist, noch immer für einen bedeutenden Anteil der weltweiten Verteidigungsausgaben verantwortlich ist. Mit 23,4% folgt Europa auf Amerika, das hauptsächlich wegen der Vereinigten Staaten mit 46,6% unangefochten an der Spitze liegt. Knapp hinter Europa folgen Asien und Ozeanien mit 20,9%. Der Nahe Osten kommt an vierter Stelle mit – für seine geografische Grösse nicht unbedeutenden – 7,1%. Weit abgeschlagen und an letzter Stelle liegt Afrika mit 2%.

Grafik 4 Verteidigungsausgaben Europa 1990–2011

Konstante US\$ (2010) in Milliarden



Quelle: SIPRI⁵⁴

1990 wurden in Europa 622 Milliarden konstante US\$ (2010) für Verteidigung ausgegeben. Wie aus Grafik 4 hervorgeht, verzeichneten die darauffolgenden zwei Jahre jedoch eine drastische Reduktion der Verteidigungsausgaben auf 387 Milliarden US\$. Danach nahmen die Militärausgaben kontinuierlich ab, bis sie 1998 mit 318 Milliarden US\$ den tiefsten Stand seit dem Ende des Kalten Kriegs erreichten. 1999 folgte mit einem Anstieg auf 324 Milliarden US\$ die Trendwende, welche die Verteidigungsausgaben bis 2011 auf 376 Milliarden US\$ ansteigen liess. Das sind 246 Milliarden US\$ – also mehr als ein Drittel – weniger als noch zum Ende des Ost-West-Konflikts. Dennoch stiegen die Militärausgaben seit dem Tiefststand von 1998 wieder um 58 Milliarden US\$. Dabei verzeichnete das letzte Jahrzehnt ein reales Wachstum von immerhin 8,3%. 2011 betrug das Wachstum hingegen nur noch magere 0,2%. Der Prozess unterschied sich jedoch je nach Subregion stark. Während die Verteidigungsausgaben in Osteuropa⁵⁵ in den letzten zehn Jahren real um 86% anstiegen und diese Subregion auch 2011 noch ein Wachstum von 10% vorweisen konnte, gingen die Militärausgaben in West-⁵⁶ und Zentraleuropa⁵⁷ seit 2002 um 1,5% zurück, 2011 waren es sogar –1,9%.⁵⁸

54 Für 1991 gibt es aufgrund lückenhafter Datenlage keine Zahl.

55 Osteuropa: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, UdSSR/Russland, Ukraine, Weissrussland.

56 Westeuropa: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich, Zypern.

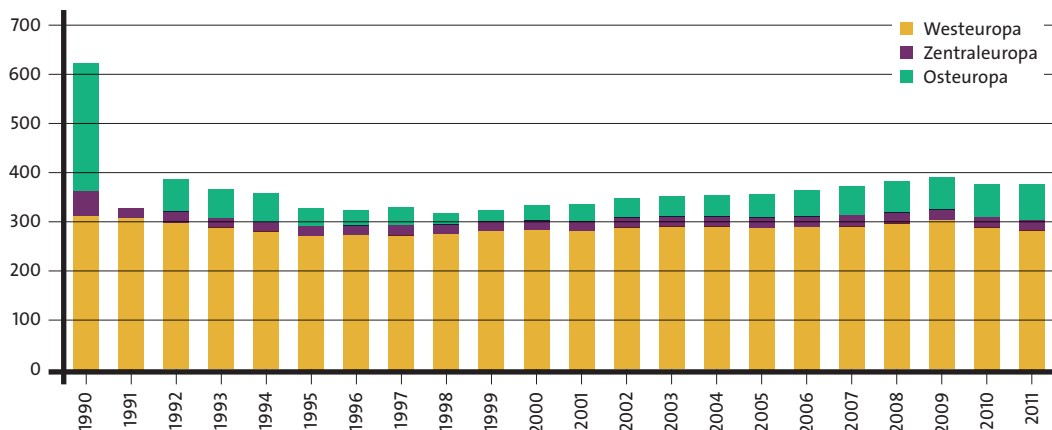
57 Zentraleuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutsche Demokratische Republik (–1990), Estland, Jugoslawien (–1991), Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Tschechoslowakei (–1992), Ungarn.

58 SIPRI Yearbook 2012, S. 153.

Grafik 5

Verteidigungsausgaben Europa nach Subregionen 1990–2011

Konstante US\$ (2010) in Milliarden

Quelle: SIPRI⁵⁹

Diese regionalen Unterschiede werden auch bei genauerer Betrachtung (siehe Grafik 5) bestätigt. Nachdem sich die Verteidigungsausgaben in Westeuropa 1990 noch auf 312 Milliarden konstante US\$ (2010) beliefen, fielen sie bis 1995 auf 271 Milliarden US\$ und verharrten bis 1998 auf diesem Niveau. Ab 1999 begann ein moderater Anstieg der Militärausgaben, der jedoch bereits 2009 auf einem Stand von 303 Milliarden US\$ endete. In den folgenden zwei Jahren wurden die Verteidigungsausgaben erneut reduziert, und 2011 bezifferten sie sich auf 283 Milliarden US\$. Demnach verzeichnete Westeuropa seit 1990 einen Rückgang seiner Verteidigungsausgaben um 29 Milliarden US\$. Anders als in Westeuropa brachte das Ende des Kalten Kriegs in Zentral- und Osteuropa bedeutend drastischere Kürzungen mit sich. Nachdem 1990 in Zentraleuropa noch 50,2 Milliarden US\$ für die Verteidigung ausgegeben wurden, waren es drei Jahre später nur noch 19,2 Milliarden US\$ – weniger als die Hälfte. Acht Jahre stagnierten die Verteidigungsausgaben in dieser Grössenordnung, bevor es ab 2001 wieder aufwärtsging. Das moderate Wachstum war jedoch nur von kurzer Dauer und endete 2007 auf einem Höchststand von 23,7 Milliarden US\$. Danach wurden die Militärausgaben erneut reduziert, und 2011 erreichten sie einen Stand von 20,5 Milliarden – 29,7 Milliarden US\$ weniger als 1990. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Pakts hatten einerseits eine drastische Reduktion der Verteidigungsausgaben in Osteuropa zur Folge, andererseits aber auch ein starkes Wachstum seit der Jahrtausendwende. Nach ersten Korrekturen nach unten gegen Ende der 1980er Jahre, beliefen sich die Militärausgaben 1990 noch auf 260 Milliarden US\$. Darauf folgte eine drastische Reduktion der Ausgaben für Verteidigung, die 1998 mit 23,2 Milliarden US\$ ihren Tiefpunkt erreichte. Nach einem weiteren Jahr auf diesem Niveau begann 2000 ein bisher ununterbrochenes Wachstum, das 2011 zu Verteidigungsausgaben von 72,1 Milliarden US\$ führte. Dies sind jedoch noch immer 187,9 Milliarden US\$, also über zwei Drittel, weniger als 1990.

Für den Anstieg der Verteidigungsausgaben in Osteuropa war und ist Russland verantwortlich. Trotz einer schweren Rezession 2009 hat Moskau seit 2008 die Militärausgaben real um 16,3% angehoben. Darin enthalten sind die 9,3% Wachstum von 2011. Auch in Zukunft sollen die russischen Verteidigungsausgaben weiterhin steigen – bis 2014 um 53%. In vielen anderen Teilen Europas haben die globale Finanzkrise und die darauffolgende Rezession ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Mehrheit der Staaten hat seither die Verteidigungsausgaben gekürzt. Das Muster und das Ausmass der Kürzungen waren jedoch unterschiedlich. In den meis-

59 Zu Osteuropa gibt es für 1991 keine Zahl.

ten westeuropäischen Staaten wurden die Verteidigungsbudgets erst 2010 reduziert, da man 2009 noch versucht hatte, der Krise mit Konjunkturprogrammen entgegenzuwirken, die auch den Verteidigungssektor berührten. Die meisten zentral- und osteuropäischen Staaten senkten die Verteidigungsausgaben jedoch bereits 2009, da diese wirtschaftlich generell schwächeren Staaten nicht in der Lage waren, dermassen hohe Budgetdefizite zu finanzieren.⁶⁰

Die grössten Budgetkürzungen von über 20% wurden in den kleineren EU-Staaten vorgenommen: Lettland reduzierte die Verteidigungsausgaben 2009 um 21% und Litauen 2010 sogar um 36%. Die Mehrheit der mittelgrossen Staaten führte Kürzungen von durchschnittlich 10–15% durch. Irland und Tschechien reduzierten ihre Verteidigungsbudgets 2010 respektive 2011 um 10% und Portugal 2010 um 11%. In Griechenland fielen die Militärausgaben 2010 um 18% und 2011 um weitere 19%. In grösseren EU-Staaten wie Deutschland und dem Vereinigten Königreich wurden für die Periode von 2011 bis 2015 Kürzungen von 8% verabschiedet. In Staaten wie Finnland und Dänemark, die weniger vom Ausmass der Finanzkrise betroffen waren, blieben die Militärausgaben stabil. Staaten wie Polen und Schweden haben ihre Verteidigungsbudgets sogar erhöht. Im Rahmen ihrer Sparanstrengungen haben Regierungen nicht nur die Anschaffung neuer Ausrüstungen vertagt und teilweise sogar ganze Militärkapazitäten und Rüstungsprogramme gestrichen, sondern auch die Streitkräftebestände reduziert. Dennoch nehmen die Personalkosten in vielen europäischen Staaten noch immer über 50% des Verteidigungsbudgets in Anspruch.⁶¹

Nach einer Studie des *Center for Strategic and International Studies* (CSIS), die Russland nicht einbezieht, stiegen die europäischen Verteidigungsausgaben pro Soldat zwischen 2001 und 2009 von 73'000 € auf 91'000 €. Als Ursache für diesen Trend werden die Truppenreduktionen in den europäischen Streitkräften identifiziert.⁶² Ein weiterer Grund, der unter anderem auch die Reduktion der Bestände zur Folge hatte, ist die fortschreitende Professionalisierung und die damit einhergehende verstärkte technologische Entwicklung der Streitkräfte in Europa. Während Professionalisierung in Anbetracht eines zunehmend komplexeren Aufgabenspektrums eine militärische Notwendigkeit zu sein scheint, führte sie entgegen optimistischer Erwartungen nicht zu Einsparungen. Professionelle Streitkräfte sind trotz kleinerer Bestände kapitalintensiver als jene, in denen das Gros der Truppen aus Wehrpflichtigen besteht.⁶³ Im Allgemeinen dominieren die Personalkosten die europäischen Verteidigungsbudgets. Gemäss CSIS-Studie belief sich der durchschnittliche Anteil der Personalkosten an den Militärausgaben 2009 auf 52,5%. Gleichzeitig entfielen nur 20,1% auf die Ausrüstung. Dennoch konnte diese gegen Ende des letzten Jahrzehnts ihren durchschnittlichen Anteil in den europäischen Verteidigungsbudgets vergrössern, denn im Gegensatz zu Personal und Infrastruktur war sie weniger von Budgetkürzungen betroffen. Dies hatte bei gesamthaft stagnierenden, sinkenden oder nur leicht steigenden Verteidigungsbudgets jedoch kaum eine Steigerung der Rüstungsausgaben zur Folge. Ausserdem fielen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Europa zwischen 2001 und 2008 von 12,3 auf 10,3 Milliarden konstante € (2009). Demnach reduzierte sich von 2001 bis 2008 der Anteil der Forschung und Entwicklung an den Verteidigungsausgaben von 6,3 auf 5,4%.⁶⁴

60 «Background Paper on SIPRI Military Expenditure Data, 2011», SIPRI, <http://www.sipri.org/media/pressreleases/press-release-translations-2012/milexbgeng.pdf> (Zugriff am 15.11.2012).

61 Mölling, Christian, «I. Trends within the European Union», in O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 6–7.

62 Hofbauer, Joachim; Levy, Roy; Sanders Gregory, *European Defense Trends: Budgets, Regulatory Frameworks, and the Industrial Base: A Report of the CSIS Defense-Industrial Initiatives Group*, Washington DC: Center for Strategic and International Studies, 2010, S. 1.

63 Bove, Vincenzo; Cavatorta, Elisa, «From Conscription to Volunteers: Budget Shares in NATO Defence Spending», *Defence and Peace Economics*, Bd. 23, Nr. 3, 2012, S. 273–288.

64 Hofbauer, Levy, Sanders, *op. cit.*, S. 4–9.

Die Verteidigungsausgaben in Europa und insbesondere in Westeuropa sind nicht nur in absoluten Zahlen niedriger als noch zum Ende des Kalten Kriegs, sondern auch im Verhältnis zum jeweiligen BIP und den Staatsausgaben. Im Rahmen der Friedensdividende der 1990er Jahre büssten die Militärausgaben im Staatshaushalt ihre Priorität ein. Auch der moderate Anstieg seit der Jahrtausendwende vermochte dies nicht zu ändern, und durch die Finanzkrise hat sich dieser Trend erneut verstärkt. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die europäischen Streitkräfte gestiegen. Stand früher die Territorialverteidigung im Vordergrund, müssen die Streitkräfte heute auch in der Lage sein, im Rahmen von Friedens- und Stabilisierungsmissionen sowie anderen Kriseneinsätzen im Ausland zu operieren. Das breitere Aufgabenspektrum verlangt jedoch nach einer erhöhten Professionalisierung und neuer Ausrüstung, die – wie eingangs erwähnt – immer höhere Beschaffungskosten mit sich bringt.

Auch wenn europäische Verteidigungsministerien versucht haben, diesen Herausforderungen mit Truppenreduktionen und Spezialisierungen zu begegnen, haben die Budgetkürzungen infolge der Finanzkrise dieses Problem dramatisiert. Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma wäre eine erhöhte Kooperation zwischen den europäischen Streitkräften und Rüstungsindustrien. Trotz bedeutender Anstrengungen in diese Richtung, insbesondere im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU, gerät die militärische Kooperation in Europa immer wieder in Konflikt mit nationalen Interessen. Obwohl die Veränderungen seit 1990 zu einer Spezialisierung und Professionalisierung gewisser militärischer Kapazitäten geführt haben, wird es für europäische Regierungen mit schwindenden Mitteln immer schwieriger, schlagkräftige und multifunktionale Streitkräfte aufzustellen.⁶⁵ Auch Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Finnland, Österreich und Schweden sind in diesem Dilemma gefangen.

65 Alexander, Michael; Garden, Timothy, «The Arithmetic of Defence Policy», *International Affairs*, Bd. 77, Nr. 3, 2001, S. 509; Giegerich, Bastian, «Budget Crunch: Implications for European Defence», *Survival*, Bd. 52, Nr. 4, 2010, S. 87, 97; King, *op. cit.*, S. 28–33, 39.

4. Sicherheits- und verteidigungspolitische Reformen

Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben sowie sicherheits- und verteidigungspolitische Reformen stehen in Wechselwirkung zueinander. Mit dem Ende des Kalten Kriegs veränderte sich die sicherheitspolitische Lage in Europa, und in den meisten europäischen Staaten begann ein sicherheits- und verteidigungspolitischer Reformprozess, der bis heute anhält. Dabei wirkte sich die stark verbesserte geostrategische Situation nicht nur direkt, sondern auch indirekt auf die europäischen Streitkräfte aus. Einerseits verlangte sie in Zusammenarbeit mit einem ausgedehnten Sicherheitsbegriff und neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen auf dem Balkan und am Rand Europas nach einer Abkehr von der Territorialverteidigung in Richtung Krisenmanagement. Andererseits führte die Abwesenheit einer konventionellen militärischen Bedrohung zu einem Spardruck auf die europäischen Verteidigungsministerien. Somit fanden Reformen – wie bereits erwähnt – nicht nur unter sicherheits-, sondern auch unter finanzpolitischen Gesichtspunkten statt. Auch wenn diese Reformen nach finanziellen Vorgaben erfolgten, hatten sie je nach Inhalt und Umsetzung verschiedentliche Auswirkungen auf die Verteidigungsausgaben und führten nicht zwingend zu bedeutenden Einsparungen. Ausserdem stellte sich verschiedentlich heraus, dass der vorgegebene finanzielle Rahmen auch von veränderten und verkleinerten Streitkräften gesprengt wurde. Dies hat bis heute Reformen und damit einhergehende militärische Kapazitätsreduktionen zur Folge.⁶⁶

Die neuen strategischen Anforderungen und die reduzierten Verteidigungsbudgets haben seit 1990 zu einer drastischen Verkleinerung der europäischen Streitkräfte geführt. Gleichzeitig fanden jedoch auch qualitative Veränderungen statt. Obwohl die Streitkräfte als solche kleiner sind und einzelne Elemente bedeutende Kapazitätseinbussen hinnehmen mussten, wurde mehr in andere Elemente wie zum Beispiel in Spezial- und Interventionskräfte investiert. Dieser Konzentrationsprozess ging mit einem Transnationalisierungsprozess einher. Mit den neuen und oft transnationalen Bedrohungen und Gefahren hat die sicherheitspolitische Interdependenz in Europa zugenommen. Europäische Staaten gingen sicherheitsrelevante Probleme vermehrt kollektiv an. Dabei wurden auf dem Balkan, in Afrika und in Afghanistan militärische Mittel eingesetzt – nicht zuletzt, um sicherheits- und verteidigungspolitische Partnerschaften wie die der NATO und der GSVP aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.⁶⁷

Die in dieser Studie untersuchten Staaten waren alle in verschiedenem Ausmass Teil solcher Transformationsprozesse. Deshalb und um die Entwicklung der Verteidigungsausgaben dieser Staaten verständlicher zu machen, skizziert dieses Kapitel die sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Finnland, Österreich und Schweden. Dabei werden diese sechs Staaten in zwei «sicherheitspolitische Gruppen» gegliedert. Das Kapitel beginnt mit den militärischen Transformationsprozessen innerhalb der europäischen Regionalmächte und NATO-Mitglieder Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Anschliessend werden die sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen innerhalb der neutralen respektive allianzfreien EU-Mitglieder Finnland, Österreich und Schweden beleuchtet.

⁶⁶ Vgl. Alexander, Garden, *op. cit.*, S. 510–513.

⁶⁷ King, *op. cit.*, S. 11, 14, 23–27, 39.

4.1. Die Regionalmächte

Während des Kalten Kriegs verfolgten Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich in Europa weitgehend dieselben strategischen Ziele. In allen drei Staaten standen die militärische Abschreckung und die Territorialverteidigung im Vordergrund. Diese Verteidigungspolitik stützte sich auf Streitkräfte, die als Massenarmeen für den Widerstand gegen einen Vorstoss des Warschauer Pakts über die deutsche Ebene gedacht waren. Der Unterschied bestand auf der institutionellen Ebene. Während für Deutschland und das Vereinigte Königreich die NATO Priorität hatte, strebte Frankreich seit de Gaulles Rückkehr an die Macht 1958 und insbesondere seit dem Rückzug aus den integrierten Militärstrukturen der NATO 1966 nach nationaler Autonomie.

Mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts verlor die Territorialverteidigung in allen drei Staaten an Bedeutung. Um den neuen Bedrohungen der internationalen Stabilität an ihrem Ursprung zu begegnen, richtete sich der Fokus zunehmend auf Krisenmanagementoperationen im Ausland. Diese strategische Neuausrichtung führte zu Reformen bei den Streitkräften – weg von den Massenarmeen, hin zu schnellen Eingreiftruppen für Auslands- und Friedensmissionen. In Frankreich und Grossbritannien ist diese Entwicklung bereits weiter vorangeschritten als in Deutschland. Aber auch auf institutioneller Ebene bestehen Unterschiede. Während Deutschland eine Brückenfunktion zwischen der GSVP und der NATO wahrnimmt, bevorzugt Frankreich trotz seiner Reintegration in die NATO die GSVP, und für das Vereinigte Königreich hat trotz einer gewissen Europäisierung seit der Vereinbarung von St. Malo 1998 weiterhin die transatlantische Beziehung zur NATO Priorität.⁶⁸

Nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung war Deutschland zuerst mit der Integration der Nationalen Volksarmee (NVA) in die Bundeswehr beschäftigt und begann nur zaghaft mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen. Infolge der Lehren aus dem Golfkrieg und der Jugoslawienkriege weiteten Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Volker Rühe jedoch die Aufgaben der Bundeswehr von der Territorialverteidigung auf das Krisenmanagement aus. Dies führte unter anderem zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994, das deutschen Truppen den Einsatz ausserhalb der Grenzen der atlantischen Allianz erlaubte. Auf das Urteil folgte Rühe mit der «Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr», die neben minimalen Restrukturierungen eine 50'000 Mann starke Eingreiftruppe für das Ausland sowie eine Reduktion der Streitkräfte von 370'000 Soldaten einschliesslich 170'000 Wehrpflichtigen auf 340'000 Soldaten mit 140'000 Wehrpflichtigen vorsah. Die Territorialverteidigung blieb jedoch weiterhin die Hauptaufgabe der Bundeswehr, und der Grossteil des Verteidigungsbudgets wurde für Personal- und Betriebskosten verwendet. Investitionen in Ausrüstung fanden nur sehr begrenzt statt. Dabei ist jedoch zu bemerken, dass die Daten zur Bundeswehr in den frühen 1990er Jahren durch die Integration der NVA bedeutend «verfälscht» wurden.⁶⁹

Der Kosovokrieg steigerte den Reformdruck auf die Bundeswehr und führte zu vermehrtem Hinterfragen der Wehrpflicht und der Territorialverteidigung sowie der Forderung nach professionellen und auf das Krisenmanagement ausgerichteten Streitkräften. Verteidigungsminister Rudolf Scharping reagierte darauf mit seinen «Eckpfeilern für eine Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf», die im Juni 2000 vom Kabinett verabschiedet wurden. Obwohl sich diese Reform zum Ziel setzte, die Bundeswehr möglichst schnell in die Ära der Krisenprävention und des Krisenmanagements zu überführen, fiel sie moderat aus. Die Bundeswehr

68 Dyson, Tom, «Convergence and Divergence in Post-Cold War British, French, and German Military Reforms: Between International Structure and Executive Autonomy», *Security Studies*, Bd. 17, Nr. 4, 2008, S. 729–734.

69 Peters, Susanne, «Germany's Security Policy after Unification: Taking the Wrong Models», *European Security*, Bd. 6, Nr. 1, 1997, S. 20–22; Longhurst, Kerry, «The Reform of the German Armed Forces», *European Security*, Bd. 9, Nr. 4, 2000, S. 32–34.

wurde von mittlerweile 338'000 Soldaten mit 112'000 Wehrpflichtigen auf 282'000 Soldaten reduziert, wovon 150'000 einsatzfähige Truppen und 80'000 Wehrpflichtige sein sollten. Ausserdem wurde ein Einsatzführungskommando für multinationale Operationen ins Leben gerufen. Unter Beibehaltung der Wehrpflicht behielt jedoch die Territorialverteidigung gegenüber dem Krisenmanagement den Vorrang.⁷⁰

Kaum war Scharpings Reform verabschiedet, erhöhte sich der Reformdruck auf die Bundeswehr infolge der Anschläge vom 11. September 2001, welche die asymmetrischen Gefahren stärker ins Bewusstsein rückten, erneut. Dies führte zur «Weisung zur Weiterentwicklung der Bundeswehr», die Verteidigungsminister Peter Struck im Oktober 2003 vorlegte und die im Januar 2004 vom Kabinett verabschiedet wurde. Erst mit dieser Reform gab man die Territorialverteidigung zugunsten von Krisenmanagement und -prävention im Ausland auf. Gleichzeitig wurde die Truppenstärke auf 250'000 Soldaten einschliesslich 50'000 Wehrpflichtigen reduziert. Dies hatte auch die Schliessung einer Vielzahl von Militärbasen zur Folge. Die Restrukturierung sah ausserdem 35'000 Soldaten für den Fronteinsatz in besonders risikoreichen Operationen, 70'000 Mann starke Stabilisierungstruppen für Postkonfliktmissionen von niedriger und mittlerer Intensität sowie 147'500 Soldaten für Unterstützung und Logistik vor. Auch führte Struck ein Auswahlverfahren für Wehrpflichtige ein, das die Eignungskriterien zum Wehrdienst einschränkte. Schliesslich sah die Reform dank bedeutender Einsparungen in der Territorialverteidigung wichtige Rüstungsinvestitionen für Krisenmanagementoperationen vor. Obwohl das Weissbuch von 2006 diese strategische Neuausrichtung stärkte, bremsten die Beibehaltung der Wehrpflicht und der finanzielle Rahmen die Entwicklung der Bundeswehr zur sogenannten «Armee im Einsatz».⁷¹

Ende 2009 wurde deshalb der Anstoss zu einem neuen Reformprozess gegeben. Im Frühjahr 2011 schliesslich legte Verteidigungsminister Thomas de Maizière neue «Verteidigungspolitische Richtlinien» und seine «Eckpunkte zur Neuausrichtung der Bundeswehr» vor. Mit dieser tiefgreifenden Reform wird die Bundeswehr nicht nur erneut verkleinert, sondern infolge der Aussetzung der Wehrpflicht auch endgültig professionalisiert – nicht zuletzt, um für Auslandseinsätze besser gewappnet zu sein. Die Streitkräfte werden auf 185'000 Soldaten reduziert, wovon 170'000 Berufs- und Zeitsoldaten und 5000 bis 15'000 freiwillige Wehrdienstleistende sind. Anstelle von 7000 sollen nunmehr 10'000 Soldaten zeitgleich «durchhaltefähig» sein. Im Verteidigungsministerium werden die Mitarbeiter von 3500 auf 2000 reduziert, und gesamthaft fallen die zivilen Stellen von 76'000 auf 55'000. Diese Reform, die auch zur erneuten Schliessung von Militärbasen führt, wird zurzeit von der Bundesregierung implementiert.⁷²

Auch in Frankreich führte das Ende des Kalten Kriegs nicht umgehend zu grundlegenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen. Bis 1994 hielten die französischen Entscheidungsträger an den Prinzipien der Territorialverteidigung und der nationalen strategischen Autonomie fest. Unter Präsident François Mitterrand gab es zuerst nur kleine punktuelle Reformen wie zum Beispiel die Reduktion des Militärdienstes von einem Jahr auf zehn Monate, den Rückzug der französischen Streitkräfte aus Deutschland, die Reduktion der Streitkräftebestände oder die Professionalisierung der entsendbaren Einheiten, die nicht Teil eines

70 Agüera, Martin, «Reform of the Bundeswehr: Defense Policy Choices for the Next German Administration», *Comparative Strategy*, Bd. 21, Nr. 3, 2002, *passim*; Longhurst, *op. cit.*, *passim*; Meiers, Franz-Josef, «The Reform of the Bundeswehr: Adaptation or Fundamental Renewal?», *European Security*, Bd. 10, Nr. 2, 2001, S. 2–4; Dyson, Tom, «German Military Reform 1998–2004: Leadership and the Triumph of Domestic Constraint over International Opportunity», *European Security*, Bd. 14, Nr. 3, 2005, S. 365.

71 Lange, Sascha, *Neue Bundeswehr auf altem Sockel*, SWP-Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005; Meiers, Franz-Josef, «Germany's Defence Choices», *Survival*, Bd. 47, Nr. 1, 2005, S. 153–165; Dyson, «German Military Reform», *op. cit.*, S. 380; Dyson, «Convergence and Divergence», *op. cit.*, S. 750–751.

72 *Die Neuausrichtung der Bundeswehr: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten*, Berlin: Bundesministerium der Verteidigung, März 2012, *passim*; Fischer, Sebastian, «De Maizière schrumpft die Armee», *Spiegel Online*, 18.05.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrreform-de-maiziere-schrumpft-die-armee-a-763273.html> (Zugriff am 12.10.2012).

umfassenden politischen Prozesses waren. Die strategische Neuausrichtung wurde erst mit dem Weissbuch der Regierung von Premierminister Edouard Balladur von 1994 initiiert. Aufgrund der neuen und komplexen Sicherheitsbedrohungen befürwortete das Weissbuch einen Paradigmenwechsel, weg von der strategischen Autonomie, hin zur Kooperation im Rahmen der NATO und insbesondere der EU. Gleichzeitig löste sich das Weissbuch jedoch nicht von den gaullistischen Prinzipien der französischen Verteidigungspolitik, und die eigentliche Militärreform begann erst mit der Wahl von Jacques Chirac zum Präsidenten der Republik.⁷³

Eine grundlegende Reform erschien als zunehmend unumgänglich. Insbesondere die Erfahrungen aus der Teilnahme Frankreichs am Golfkrieg und an der Friedensförderung während der Jugoslawienkriege bestätigten die Unzulänglichkeit einer Wehrpflichtarmee und einer auf nuklearer Abschreckung basierten Verteidigungspolitik zur Bewältigung der globalen und regionalen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Nach seinem Amtsantritt 1995 kündete Chirac rasch richtungsweisende Entscheide an. Zuerst wirkte die Wiedereinführung der Nukleartests eher wie ein Rückschritt. Doch schon kurz darauf verkündete Chirac das baldige Ende der Wehrpflicht, die Reduktion der Streitkräftebestände, eine Senkung der militärischen Kredite, die Revision des Nukleararsenals und die Restrukturierung der Rüstungsindustrie. Ausserdem führte er Frankreich ins Militärkomitee der NATO zurück. Im Frühjahr 1996 verabschiedeten der Ministerrat und das Parlament schliesslich das «Militärische Planungsgesetz 1997–2002» für die Schaffung eines neuen Streitkräftenmodells. Neben der Abschaffung der Wehrpflicht wurden die Bestände von 400'000 auf 250'000 Soldaten reduziert. Die verfügbaren Kräfte für globale Einsätze wurden dabei von 12'000 auf 60'000 Soldaten erhöht. Ausserdem wurden die Streitkräfte nach dem Modularitätsprinzip umstrukturiert, um sich den wechselnden Sicherheits herausforderungen anpassen zu können.⁷⁴ Während die Verhandlungen für die vollständige Rückkehr Frankreichs in die NATO scheiterten und dadurch der europäische sicherheitspolitische Rahmen zusätzlich an Bedeutung gewann, verliefen die Abschaffung der Wehrpflicht und die Restrukturierung der Streitkräfte relativ problemlos.⁷⁵

Doch die Professionalisierung der Streitkräfte stellte sich bald teurer heraus als erwartet, und trotz der Erhöhung der Militärkredite zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde die Aufrechterhaltung des neuen Streitkräftenmodells zunehmend infrage gestellt. Nach seinem Einzug ins Elysée 2007 initiierte Nicolas Sarkozy deshalb eine erneute Reform – nicht zuletzt auch als Reaktion auf die sicherheitspolitischen Veränderungen seit den Anschlägen des 11. September 2001. Auch wenn Sarkozy an der nuklearen Abschreckung festhielt, kündete er schon sehr früh die komplette Reintegration in die NATO, die Verstärkung der französischen Truppen in Afghanistan, die Reduktion der französischen Militärpräsenz in Afrika und die Eröffnung einer Militärbasis in Abu Dhabi an. Ausserdem ernannte er den Kampf gegen den Terrorismus zu einer Priorität. Im Sommer 2008 gab die französische Regierung schliesslich ein neues Weissbuch heraus, das nicht nur diese sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen ausführlicher behandelte, sondern auch eine erneute Reform für die Streitkräfte beinhaltete. Nebst der Modernisierung der militärischen Fähigkeiten sollte der Bestand durch einen Rationalisierungsprozess auf 225'000 Soldaten reduziert werden. Die Reform war ausserdem dazu gedacht, die Projektionskapazitäten der französischen Streitkräfte zu erhöhen und zu verbessern.⁷⁶ Mit der Wahl François Hollandes zum Präsidenten steht die nächste Reform jedoch bereits vor

73 Gautier, Louis, *La défense de la France après la Guerre froide: Politique militaire et forces armées depuis 1989*, Paris: Presses Universitaires de France, 2009, S. 47–51; Dyson, «Convergence and Divergence», *op. cit.*, S. 758.

74 Dyson, «Convergence and Divergence», *op. cit.*, S. 758–759; Rynning, Sten, «French Defence Reforms after Kosovo: On Track or Derailed?», *European Security*, Bd. 9, Nr. 2, 2000, *passim*.

75 Gautier, *op. cit.*, S. 51–55.

76 *Ibid.*, S. 58–62.

der Tür. Im Juli 2012 kündigte er ein neues Weissbuch an, das zurzeit von einer Kommission erarbeitet wird.⁷⁷

Das Vereinigte Königreich sah im Ende des Kalten Kriegs bereits früh die Möglichkeit, seine Verteidigungspolitik der verminderten internationalen Rolle und der wirtschaftlichen Schwäche des Landes anzupassen. Doch anstelle tiefgreifender Reformen entschied sich die konservative Regierung mit *Options for Change*, dem Reformpapier, das Verteidigungssekretär Tom King im Juli 1990 vorlegte, für schrittweise Anpassungen des Status Quo. Das Vereinigte Königreich hielt an seinen strategischen nuklearen Kräften fest. Doch eine verbesserte nukleare Abschreckung sollte die Reduktion des Streitkräftebestands von 310'000 auf 255'000 bis zur Mitte des Jahrzehnts ermöglichen. So gesehen war diese Reform hauptsächlich eine Sparübung, die alle Teilstreitkräfte betraf. Mit 25% war es jedoch die höchste Budgetkürzung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, und der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP fiel von 5 auf 3%.

Unter John Major wurde die Verteidigungspolitik der Regierung von Margaret Thatcher weitergeführt. In seinem ersten Weissbuch als Verteidigungssekretär 1992 unterstrich Malcolm Rifkind, dass sich das Vereinigte Königreich in militärischer Hinsicht nicht alles leisten könne und deshalb weitere Einsparungen notwendig seien. 1994 wurde mit *Frontline First: The Defence Costs Study* die nächste Sparübung angekündigt. Die Jahre der Regierung Major von 1990 bis 1997 waren weitgehend von einem Rückgang der militärischen Fähigkeiten geprägt. Der Anteil des Verteidigungsbudgets am BIP erreichte einen weiteren Jahrhunderttiefpunkt und der Personalbestand fiel auf 215'000, das tiefste Niveau seit den 1930er Jahren. Dies führte zu einer Überbeanspruchung der britischen Streitkräfte, insbesondere da sie in dieser Zeit neben Nordirland auch in den Irak und auf den Balkan zu anspruchsvollen Einsätzen entsandt wurden.⁷⁸

1997 kam Tony Blairs Labour-Regierung an die Macht mit dem Vorsatz, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik grundlegend zu überarbeiten. Das Resultat war die im Juli 1998 publizierte *Strategic Defence Review* (SDR). Mit der Betonung der Nuklearwaffen, der NATO, der Wichtigkeit der anglo-amerikanischen Beziehungen und der Suche nach Einsparungen wies diese Reform einerseits eine gewisse Kontinuität zur Vergangenheit auf. Andererseits wurde aber betont, dass die Reform, anders als jene der Konservativen in den 1990er Jahren, nicht unter finanziellen, sondern unter aussenpolitischen Gesichtspunkten erarbeitet wurde. Die SDR ging davon aus, dass eine bedeutende Reduktion der Verteidigungskapazitäten nicht möglich wäre, da das internationale Umfeld trotz der Beendigung des Kalten Kriegs nicht friedlicher oder harmonischer geworden wäre. Im Gegenteil unterstrich die Reform die fundamental veränderten und neuen Gefahren für die nationale Sicherheit, die von ethnischen Konflikten, Drogen und Umweltproblemen ausgingen. Zentral war jedoch, dass sich das Vereinigte Königreich als Mitglied des UNO-Sicherheitsrats, der NATO und der EU sowie als bedeutende Handelsnation nicht aus internationalen Problemen heraushalten konnte. Deshalb fokussierte die Reform auf die Verwendung der Streitkräfte, deren Aufgabenspektrum sich von kriegerischen bis zu friedensunterstützenden Überseeoperationen erstreckte. Diese strategische Neuausrichtung benötigte zwar weniger schwere Waffen, Kampfflugzeuge und Fregatten, doch war sie auf eine stark verbesserte Expeditionskapazität angewiesen. Dies führte unter anderem zu einer aus Marine-, Luftwaffen- und Armeeelementen zusammengesetzten Schnelleingreiftruppe.⁷⁹

77 Premier Ministre, «Livres blancs sur la défense et la sécurité nationale», *Portail du Gouvernement*, <http://www.gouvernement.fr/gouvernement/livre-blanc-sur-la-defense-et-la-securite-nationale-0> (Zugriff am 03.12.2012).

78 Self, Robert, *British Foreign and Defence Policy since 1945: Challenges and Dilemmas in a Changing World*, Basingstoke etc.: Palgrave Macmillan, 2010, S. 171–173. Vgl. Hartley, Keith, «The Cold War, Great-Power Traditions and Military Posture: Determinants of British Defence Expenditure after 1945», *Defence and Peace Economics*, Bd. 8, Nr. 1, 1997, *passim*.

79 Dyson, «Convergence and Divergence», *op. cit.*, S. 765–766; Self, *op. cit.*, S. 173–174.

Die auf die SDR folgenden Weissbücher waren gewissermassen Erweiterungen und Verbesserungen. Infolge der Anschläge auf das World Trade Center gab die britische Regierung im Juli 2002 die *Strategic Defence Review: A New Chapter* heraus, um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik den vom internationalen Terrorismus ausgehenden Gefahren und der asymmetrischen Kriegsführung anzupassen. Dabei wurde nicht nur der Expeditionscharakter der Streitkräfte unterstrichen, sondern auch das geografische Einsatzgebiet ausgeweitet. Diese verteidigungspolitischen Aspekte wurden im Weissbuch *Delivering Security in a Changing World* von 2003 zusätzlich und verstärkt dargelegt. Die britischen Streitkräfte sollten in der Lage sein, gleichzeitig verschiedene kleine bis mittlere Operationen von der Konfliktprävention und Friedensunterstützung bis hin zur Terrorismus- und Proliferationsbekämpfung durchzuführen. Dies bedingte erneut einen Ausbau der Expeditionskapazität mit leichteren, mobileren und technisch hoch entwickelten Waffen, während Bomber, Kampfflugzeuge und Panzer nur noch in reduzierter Anzahl als notwendig erachtet wurden. Es wurde davon ausgegangen, dass die potentiellen asymmetrischen Gegner kaum über solch schwere Waffensysteme verfügen würden. So erschien im Juli 2004 ein zusätzliches Kapitel im Weissbuch, das unter anderem Staffeln und Basen der Royal Air Force (RAF) aufhob, die Kampfpanzertruppen der Armee um ein Viertel und die Flotte der Marine um ein Fünftel verkleinerte.⁸⁰

Die nächste und bisher letzte tiefgreifende Reform erfolgte mit der Ablösung der Labour- durch die konservativ-liberale Koalitionsregierung unter Premierminister David Cameron. Die im Oktober 2010 veröffentlichte *Strategic Defence and Security Review* (SDSR) wurde jedoch von den Folgen der Finanzkrise überschattet. Ausserdem hatten die Kontroversen um die britische Teilnahme am Irakkrieg und den Afghanistaneinsatz den politischen Konsens in der Verteidigungspolitik in Mitleidenschaft gezogen. Gemäss der SDSR sollen bis 2015 der Streitkräftebestand um 20'000 auf 158'000 und die zivilen Stellen um 25'000 auf 60'000 reduziert werden. Die Anzahl grosser Schiffe in der Marine wird von 39 auf 32 fallen und die RAF muss mit weniger Kampfflugzeugen als geplant auskommen. Die Armee hingegen muss, nicht zuletzt wegen des andauernden Einsatzes in Afghanistan, am wenigsten Kürzungen hinnehmen. Für die SDSR hat, wenn auch in abgeschwächter Form, weiterhin die Landkriegsführung in Auslandseinsätzen Priorität.⁸¹

4.2. Die Neutralen respektive Allianzfreien

Finnland, Österreich und Schweden gehörten im Kalten Krieg keiner Militärallianz an und bildeten auf dem europäischen Kontinent zusammen mit der Schweiz die Gruppe der neutralen und allianzfreien Staaten. Ihre Verteidigungspolitik war geprägt von der bewaffneten Neutralität, deren Ziel es war, einen potentiellen Angreifer abzuschrecken oder, wenn nötig, das nationale Territorium zu verteidigen. Deshalb verfügten diese drei Staaten über hauptsächlich aus Wehrpflichtigen zusammengestellte und oft gut ausgerüstete Massenarmeen. Diese Verteidigungshaltung entwickelte sich grösstenteils als Reaktion auf den Kalten Krieg in Europa, in dem die Sowjetunion als die wahrscheinlichste Gefahr angesehen wurde.⁸²

Die geostrategischen Veränderungen in Europa infolge des Mauerfalls führten bei den neutralen Staaten zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen. Alle der drei hier untersuchten Staaten halten bis heute an der militärischen Allianzfreiheit fest und haben

80 Self, *op. cit.*, S. 174–176. Vgl. Hartley, Keith; MacDonald, Peter, «Country Survey XXI: The United Kingdom», *Defence and Peace Economics*, Bd. 21, Nr. 1, 2010, S. 45–47.

81 Chalmers, Malcolm, «The Lean Years: Defence Consequences of the Fiscal Crisis», in Codner, Michael; Clarke, Michael (Hrsg.), *A Question of Security: The British Defence Review in an Age of Austerity*, New York: I.B. Tauris, 2011, S. 33, 49–54.

82 Rickli, Jean-Marc, «European Small States' Military Policies after the Cold War: From Territorial to Niche Strategies», *Cambridge Review of International Affairs*, Bd. 21, Nr. 3, 2008, S. 311–312.

ihre Streitkräfte vermehrt weg von der Territorialverteidigung in Richtung internationale Kooperation ausgerichtet. Ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Ausrichtung ist jedoch auch von Unterschieden geprägt – nicht zuletzt wegen ihrer geostrategischen Lage und ihres Neutralitätserbes. Da Finnland eine 1340 Kilometer lange Grenze mit Russland teilt, hält es nach wie vor an einer starken Territorialverteidigung und der militärischen Neutralität als Mittel zum Schutz seiner territorialen Integrität fest. Doch da die finnische Neutralität ein Artefakt des Ost-West-Konflikts war, wurde sie seither entpolitisiert und auf ihren militärischen Kern reduziert. Dies erlaubt Finnland, sich aktiv in der GSVP einzubringen. Ausserdem kooperiert Helsinki mit der NATO und diskutiert öffentlich die Möglichkeit einer zukünftigen Mitgliedschaft mit dem Ziel, den östlichen Nachbar in Schach zu halten. Österreich wurde mit der Überwindung des Kalten Kriegs von seiner obligatorischen Neutralität befreit und entschied sich für die Teilnahme an der GSVP. Dennoch sieht Wien die militärische Neutralität als Garantie für den Frieden und hält deshalb daran fest. Wegen der geografischen Distanz zu Russland erscheinen ausserdem weder eine NATO-Mitgliedschaft noch eine starke nationale Verteidigung notwendig. Auch aus schwedischer Sicht hat die von Russland ausgehende Gefahr trotz Georgienkrieg generell bedeutend abgenommen. Eine starke nationale Verteidigungsfähigkeit wird deshalb nicht mehr als notwendig erachtet. Dennoch hält Stockholm zum Schutz der nationalen Autonomie an der militärischen Neutralität fest. Gleichzeitig beteiligt sich Schweden jedoch aktiv an der GSVP und nimmt an internationalen Missionen sowie an Krisenmanagementeinsätzen teil.⁸³

Mit dem Zusammenfall des Ostblocks und der Sowjetunion eröffnete sich der finnischen Regierung ein grosser aussen- und sicherheitspolitischer Handlungsspielraum, der während des Ost-West-Konflikts, speziell durch den finnisch-sowjetischen Vertrag von 1948, sehr begrenzt war. 1992 sprach Finnland erstmals von einer militärischen Bündnisfreiheit statt von Neutralität. Im Weissbuch desselben Jahres reduzierte die Regierung die Neutralität konzeptionell auf ihren «harten Kern»: eine unabhängige Verteidigung und Allianzfreiheit. Dies ebnete Finnland den Weg zum EU-Beitritt 1995. Ebenfalls in der ersten Hälfte der 1990er Jahre trat Finnland ohne NATO-Beitrittsabsichten der Partnerschaft für den Frieden (*Partnership for Peace*, PfP) bei. Obwohl die finnische Regierung durch die PfP-Teilnahme auf Unterstützung in einem Krisenfall hoffte, lag ihr viel daran, die eigene Leistung als Sicherheitsproduzentin zu demonstrieren. Bestrebt nach einer selbständigen Verteidigung, blieben die finnischen Streitkräfte in den ersten Jahren nach dem Mauerfall weitgehend unverändert und weiterhin auf die Territorialverteidigung ausgerichtet. Zu den wenigen Änderungen gehörte die Herabsetzung des Bestandes von ungefähr 730'000 auf 540'000 unter Beibehaltung der Wehrpflicht und eine Umstrukturierung des Oberkommandos.⁸⁴

Eine eigentliche verteidigungspolitische Neueinschätzung erfolgte erst mit dem Weissbuch von 1997. Dieses stellte fest, dass Finnlands sicherheitspolitische Lage nicht nur direkt von Russland beeinflusst werden konnte, sondern auch von der Situation in Nordeuropa und im Ostseeraum sowie den Beziehungen zwischen der NATO und Russland. In Anbetracht dessen wurden die militärische Bündnisfreiheit, eine unabhängige Verteidigung und die EU-Mitgliedschaft als beste Sicherheitsgarantien gesehen. Was die Streitkräfte selbst betraf, wurde in Übereinstimmung mit der Befürwortung der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der PfP-Teilnahme eine Erhöhung der Interoperabilität zugunsten des interna-

83 Möller, Ulrika; Bjereld, Ulf, «From Nordic Neutrals to Post-Neutral Europeans: Differences in Finnish and Swedish Policy Transformation», *Cooperation and Conflict*, Bd. 45, Nr. 4, 2010, *passim*; Pleiner, Horst; Stupka, Andreas W., «Einsam und doch gemeinsam», *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Nr. 1, 2011, *passim*.

84 Himanen, Hannu, «Finland», in Ojanen, Hanna (Hrsg.), *Neutrality and Non-Alignment in Europe Today*, FIIA Report Nr. 6, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003, S. 19–23; Locher, Anna, «EU-Mitgliedschaft, Krisenmanagement und Territorialverteidigung: Die finnische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wandel», in Wenger, Andreas et al. (Hrsg.), *Bulletin 2010 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, Zürich: Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, 2010, *passim*.

tionalen Krisenmanagements angestrebt. Strukturell sah das Verteidigungsprogramm für die Zeitspanne von 1998 bis 2008 eine Reduktion des Sollbestands von 540'000 auf 430'000 vor. Davon waren drei Brigaden als sogenannte *Rapid Deployment Brigades* für Aufgaben im internationalen Krisenmanagement vorgesehen.⁸⁵

Im Juni 2001 erschien mit *Finnish Security and Defence Policy* ein neues Weissbuch, das die Gefahr eines grossen militärischen Konflikts in Europa als niedrig einstufte. Jedoch hielt es fest, dass von regionalen und lokalen Konflikten, humanitären Krisen und Gefahren wie Terrorismus eine Bedrohung ausgehen konnte. Deshalb und unter der Feststellung, dass trotz der verbesserten Sicherheitslage in Europa die Sicherheit Finnlands nicht garantiert war, sollten die Streitkräfte sowohl zur Verteidigung des gesamten Territoriums als auch zur erhöhten internationalen Kooperation im Rahmen der EU, der PfP und der nordischen Kooperation fähig sein. Die Grundlagen der Verteidigungspolitik bildeten weiterhin die Territorialverteidigung und die Wehrpflicht. Der Grossteil des Verteidigungsbudgets, das bis 2008 kontinuierlich erhöht werden sollte, war für die Stärkung der Armee gegen einen potentiellen strategischen Angriff vorgesehen. Gleichzeitig waren jedoch eine Reduktion des Bestandes auf 350'000 und die Entwicklung der Streitkräfte für das militärische Krisenmanagement geplant. Um die friedensfördernden Aufgaben wahrnehmen zu können, sah der Bericht weiterhin ein Maximum von 2000 Soldaten für UNO- und OSZE-Missionen sowie 1500 für die Schnelle Eingreiftruppe der EU vor.⁸⁶

Die finnische Regierung bestätigte diesen Kurs drei Jahre später mit der *Finnish Security and Defence Policy 2004*. Die einzige Novität war, dass trotz der Priorität der Territorialverteidigung die internationale Kooperation mehr Beachtung fand. Obwohl die internationale Kooperation im Rahmen der UNO, der EU und der PfP besonders betont wurde, hatte die Sicherheitskooperation mit den nordischen und den baltischen Staaten Priorität. Trotz dieser zunehmend internationalen Ausrichtung wurden die Allianzfreiheit, die Wehrpflicht und die Territorialverteidigung jedoch keineswegs infrage gestellt. Auch wurde an den Streitkräftereformen von 2001 festgehalten.⁸⁷ Zwischen 2001 und 2008 wurden sowohl die Reform der Streitkräfte als auch die internationale Sicherheitskooperation mit der EU (*Battlegroups*), der NATO (*International Security Assistance Force, ISAF*) und den nordischen Staaten (*Nordic Defence Cooperation, NORDEF*) umgesetzt.⁸⁸

Diese Entwicklungen spiegeln sich im Bericht *Finnish Security and Defence Policy 2009* wider, der den Kurs seiner Vorgänger von 2001 und 2004 beibehielt. Obwohl Finnlands Interessen gemäss Weissbuch am effektivsten durch multilaterale Kooperation gefördert werden, hat die Territorialverteidigung weiterhin Priorität. Um die vielzähligen internationalen Aufgaben wahrzunehmen, sollen die Streitkräfte weiterhin mit dem Ziel einer kostenbewussten und interoperablen Einsatzarmee reformiert werden. Dafür wird der Streitkräftebestand um 100'000 Soldaten gesenkt. Die bündnisfreie und auf Reservisten aufbauende Territorialverteidigung wird weiterhin nicht infrage gestellt.⁸⁹

Österreich befand sich nach dem Ende des Kalten Kriegs nicht mehr in einer strategischen Sonder- und Pufferposition zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschau-

85 Möttölä, Kari, «Finland, the European Union and NATO – Implications for Security and Defence», in Gärtner, Heinz; Hyde-Price, Adrian; Reiter, Erich (Hrsg.), *Small States and Alliances*, Heidelberg: Physica-Verlag, 2001, S. 107–108; Jrvenp, Pauli, «What Comes After Madrid? A View from Helsinki», *NATO Review*, Bd. 45, Nr. 5, 1997, S. 30–33.

86 Prime Minister's Office, *Finnish Security and Defence Policy 2001, Report by the Government to Parliament*, 13. Juni 2001, <http://www.defmin.fi/files/1149/InEnglish.pdf> (Zugriff am 05.12.2012).

87 Prime Minister's Office, *Finnish Security and Defence Policy 2004, Government Report Nr. 6*, http://www.defmin.fi/files/311/2574_2160_English_White_paper_2004_1_.pdf (Zugriff am 05.12.2012).

88 Aikio, Hannu, «Finnish Defence Forces in Transformation», *Military Power Revue der Schweizer Armee*, Nr. 2, 2009, S. 47–54.

89 Prime Minister's Office, *Finnish Security and Defence Policy 2009, Government Report*, <http://vnk.fi/julkaisukansio/2009/j11-turvallisuus-j12-sakerhets-j13-finnish/pdf/en.pdf> (Zugriff am 05.12.2012).

er Pakt und konnte sich deshalb sicherheits- und verteidigungspolitisch neu orientieren. Die österreichische Regierung befreite sich von gewissen Zwängen des Staatsvertrags von 1955, reduzierte die Neutralität auf ihren Kern der militärischen Allianzfreiheit und trat 1995 der EU bei. Dabei übernahm Wien alle Bestimmungen bezüglich der GASP ohne Neutralitätsvorbehalt. Im selben Jahr trat Österreich auch der PfP bei. Bereits davor und beschleunigt durch den Grenzeinsatz während der Jugoslawienkrise begann die Reform des Bundesheeres. In einem ersten Schritt wurden 1991 das Armeekommando aufgelöst und die Verbände dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt. Im darauffolgenden Jahr kam mit der «Heeresgliederung 92» die eigentliche Reform, welche die Raumverteidigung aufgab, das Heer von 240'000 auf etwa 150'000 Soldaten reduzierte und die Flexibilität und Mobilität der Armee durch eine Unterteilung in Brigaden erhöhte. Mit der Umsetzung dieser Reform erfolgte auch eine neue Einsatzdoktrin, die sich auf die Bewältigung von Krisenszenarien und möglichen lokalen Konflikten mit einzelnen Nachbarstaaten ausrichtete. Zu Beginn der 1990er Jahre kam Wien jedoch auch vermehrt zu der Überzeugung, dass die grössten sicherheitspolitischen Herausforderungen im Ausland lagen. 1993 verabschiedete es ein internationales Einsatzkonzept für die Beteiligung an UNO-Missionen, das die österreichische Blauhelmtradition verstärkte.⁹⁰

Seit 1995 ist Österreich aktiv Teil des internationalen Krisenmanagements auf dem Balkan. Auslandseinsätze gehörten zunehmend zu einer selbstverständlichen und von der Politik getragenen Aufgabe der Streitkräfte. Die Heeresgliederung trug dieser Entwicklung durch die Einrichtung eines eigenständigen Kommandos für internationale Einsätze Rechnung. Ausserdem wurde erneut versucht, die Mobilität und Flexibilität durch eine Restrukturierung der Verbände zu erhöhen, wobei der Bestand von 150'000 auf 100'000 reduziert wurde. Auch wenn diese Teilreform die Abkehr von der Raumverteidigung bestätigte, bedeutete sie nicht die totale Internationalisierung der Streitkräfte. Sie stellte die Auslandseinsätze aber auf dieselbe Ebene wie die Inlandeinsätze.⁹¹

Im Jahr 2000 begann die österreichische Regierung, die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts konzeptionell zu verarbeiten. Das Resultat war eine neue «Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin», die im Dezember 2001 vom Parlament verabschiedet wurde. Die Doktrin sah die Risiken und Gefahren für Österreich kaum mehr in zwischenstaatlichen, sondern in innerstaatlichen Konflikten und in Bedrohungen wie dem Terrorismus, denen Österreich in Kooperation mit der UNO, der EU, der PfP und der OSZE begegnen sollte. Unter diesen Organisationen wurde die EU mit der GSVP jedoch eindeutig bevorzugt. Daraus gingen unter anderem folgende Beschlüsse bezüglich der Streitkräfte hervor: militärische Verteidigungsfähigkeit, um punktuellen Angriffen entgegentreten zu können; Befähigung des Bundesheeres am gesamten Spektrum der Petersberg-Aufgaben im Umfang einer Brigade; Herstellung der Interoperabilität für Einsätze im In- und Ausland; Beibehaltung der Wehrpflicht; Katastrophenhilfe im Inland; Förderung regionaler militärischer Zusammenarbeit; Ausschöpfung der Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der PfP.⁹² Um das Bundesheer diesen Anforderungen anzupassen, verabschiedete die österreichische Regierung 2005 eine Reform, die eine verstärkte

90 Krüger, Martin, «Austria», in Ojanen, Hanna (Hrsg.), *Neutrality and Non-Alignment in Europe Today*, FIIA Report Nr. 6, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003, S. 9–10; Schmidl, Erwin A. «Neutral und solidarisch: Das österreichische Bundesheer auf dem Weg ins 21. Jahrhundert», in Jaun, Rudolf (Hrsg.), *Strategische Wende – Technologische Wende: die Transformation der Streitkräfte am Übergang zum 21. Jahrhundert*, MILAK-Schrift Nr. 9, Birmensdorf: Militärakademie an der ETH Zürich, 2008, S. 35–37.

91 Niederberger, Judith, «Österreichs Sicherheitspolitik zwischen Solidarität und Neutralität», in Spillmann, Kurt R.; Wenger, Andreas (Hrsg.), *Bulletin 2001 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, Zürich: Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, 2001, *passim*; Hessel, Friedrich, «Österreichs Bundesheer: Die Streitkräfteentwicklung des Bundesheeres der Zweiten Republik», *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Nr. 2, 2005; Feichtinger, Walter, «Österreich im sicherheitspolitischen Wandel – von der Landesverteidigung zur solidarischen Friedenssicherung», *Military Power Revue der Schweizer Armee*, Nr. 3, 2007, S. 21–23.

92 Bundeskanzleramt Österreich, *Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin*, 12. Dezember 2001, http://www.bka.gv.at/2004/4/4/doktrin_d.pdf (Zugriff am 06.12.2012).

Professionalisierung des Bundesheeres mit einer ständigen Verfügbarkeit von 10'000 Soldaten für Katastropheneinsätze im Innern, eine Auslandverpflichtung für alle neu eintretenden Berufssoldaten, eine erhöhte Interoperabilität und eine Reduktion der Mobilmachungsstärke auf 55'000 Mann vorsah.⁹³

Im Dezember 2010 legte der sozialdemokratische Verteidigungsminister Norbert Darabos eine neue «Sicherheitsstrategie» vor, die im März 2011 von der Bundesregierung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. In Kontinuität mit der Doktrin von 2001 sieht diese Strategie die Rolle der österreichischen Streitkräfte in der Kooperation mit der UNO und insbesondere der EU im Rahmen der GSVP in Auslandoperationen. Dabei soll jedoch die Neutralität gewahrt werden, und im Gegensatz zu 2001 wurde die Beitrittsoption zur NATO aus der Sicherheitsstrategie entfernt.⁹⁴ Für diese zunehmend internationale Rolle des österreichischen Bundesheeres verteidigte Darabos ein auf Freiwilligkeit basierendes Militärmodell, das die Abschaffung der Wehrpflicht zur Folge gehabt hätte. Gemäss diesem Modell sollte das stark verkleinerte Bundesheer aus 8500 Berufssoldaten, 7000 Zeitsoldaten, 6500 Zivilbediensteten und 9300 Milizsoldaten bestehen.⁹⁵ Dieses Modell und insbesondere die Frage der Wehrpflicht waren in Österreich jedoch heftig umstritten und führten sogar zur zeitweiligen Entlassung des Generalstabchefs, der gegen das Vorhaben seines Verteidigungsministers ankämpfte.⁹⁶ Entgegen einer einheitlichen Meinung hatte Verteidigungsminister Darabos Pilotprojekte zur Professionalisierung der österreichischen Streitkräfte in Gang gesetzt.⁹⁷ Diese Bemühungen waren jedoch vergeblich, denn im Januar 2013 sprach sich die österreichische Bevölkerung eindeutig für die Wehrpflicht und gegen die Professionalisierung des Bundesheeres aus.⁹⁸

Auch in Schweden kam es zu sicherheitspolitischen Veränderungen, denn mit dem Ende des Kalten Kriegs hatte sich die Gefahr eines Angriffs auf das Land deutlich verringert. Die Neutralität wurde 1992 auf die militärische Allianzfreiheit in Friedenszeiten und zur Möglichkeit in Kriegszeiten reduziert. Diese weniger restriktive Auslegung der Neutralität ermöglichte 1995 den EU-Beitritt, den Schweden ab 1991 mit einem Beitrittsantrag angestrebt hatte. Während es demnach zwischen 1990 und 1995 zu grossen politischen Veränderungen gekommen war, blieben die grösstenteils auf die Territorialverteidigung ausgerichteten Streitkräfte relativ unberührt. Wie schon 1989 belief sich der Bestand auch 1995 noch auf über 750'000. Die wenigen organisatorischen Änderungen hatten zwar zur Aufhebung gewisser Einheiten geführt, jedoch wurde jenes Personal einfach auf andere Verbände umverteilt. Die erste Neuausrichtung begann erst nach dem EU-Beitritt mit der Übernahme der Ziele der GASP und dem PfP-Beitritt im selben Jahr.⁹⁹

93 Bundesministerium für Landesverteidigung, *Bericht der Bundesheerreformkommission, Bundesheer 2010*, http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/endbericht.pdf (Zugriff am 06.12.2012); Bundesministerium für Landesverteidigung, *ÖBH 2010: Die Realisierung*, Juni 2005, http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/dierealisierung.pdf (Zugriff am 06.12.2012).

94 Bundeskanzleramt Österreich, *Österreichische Sicherheitsstrategie*, 1. März 2011, <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=794> (Zugriff am 06.12.2012).

95 «Darabos: Weniger Berufssoldaten, mehr Zeitsoldaten», *derStandard.at*, 30. August 2012, <http://derstandard.at/1345165633326/Bundesheer-Darabos-Modell-hat-sich-geaendert> (Zugriff am 06.12.2012).

96 Seidl, Conrad, «General Entacher bleibt für Minister Darabos lästig», *derStandard.at*, 19. Oktober 2012, <http://derstandard.at/1350258900717/General-Entacher-bleibt-fuer-Minister-Darabos-laestig> (Zugriff am 06.12.2012).

97 Müller, Albrecht, «Austria Starts Test Run for Professional Army», *Defense News*, 24. Januar 2012, <http://www.defensenews.com/article/20120124/DEFREG01/301240008/Austria-Starts-Test-Run-Professional-Army> (Zugriff am 06.12.2012).

98 Agence France-Presse, «Austria to Keep the Draft, Bucking European Trend», *Defense News*, 21. Januar 2013, <http://www.defensenews.com/article/20130121/DEFREG01/301210006/Austria-Keep-Draft-Bucking-European-Trend?odyssey=nav%7Chead> (Zugriff am 06.12.2012).

99 Schüngel, Daniela, *Schwedens Sicherheitspolitik im Wandel: Zwischen militärischer Allianzfreiheit, NATO und ESVP*, HFSL-Report Nr. 14, Frankfurt a. M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 2005, S. 10–15, 24; Bjurner, Anders, «Sweden», in Ojanen, Hanna (Hrsg.), *Neutrality and Non-Alignment in Europe Today*, FIIA Report Nr. 6, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003, S. 41–45.

1995 und 1996 hatte die in zwei Gesetzesvorlagen verabschiedete Verteidigungsreform *The Renewal of Sweden's Defence* festgestellt, dass die potentielle Bedrohung nicht mehr von einem Grossmächtekonflikt ausging, sondern von den Auswirkungen regionaler Konflikte und neuen Gefahren wie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus sowie Natur- und Zivilkatastrophen. Demnach sollte Schwedens Verteidigung nicht nur auf einen militärischen Angriff ausgerichtet sein, sondern auch auf friedensfördernde Operationen im Ausland und Katastrophenbewältigung im Inland. Infolge dieser strategischen Neuausrichtung reduzierte die schwedische Regierung den Streitkräftebestand um fast die Hälfte auf ungefähr 300'000, setzte sich für eine militärische Fähigkeit der EU im internationalen Krisenmanagement ein und verstärkte die PfP-Kooperation mit der NATO.¹⁰⁰

1999 kam mit *The New Defence* bereits die nächste Reform zustande, welche die Internationalisierungsstrategie der schwedischen Verteidigungspolitik trotz Beibehaltung der militärischen Verteidigung und der Wehrpflicht weiter stärkte. Die Verteidigungsressourcen sollten reformiert und auf das internationale Krisenmanagement ausgerichtet werden. Deshalb wurde die Interoperabilität, Mobilität und Flexibilität der schwedischen Streitkräfte erhöht. Ausserdem strebte Stockholm die vermehrte zwischenstaatliche Kooperation nicht nur auf Ebene der EU und der PfP an, sondern auch auf skandinavischer Ebene. Schweden beteiligte sich zuerst mit 1500 Soldaten an der EU-Eingreiftruppe und dann mit 1100 Soldaten an der Nordischen *Battlegroup*.¹⁰¹

Infolge der Anschläge vom 11. September 2001 realisierten die schwedischen Behörden, dass – während die Gefahr eines militärischen Angriffs auf Schweden erneut abgenommen hatte – andere Gefahren wie Terrorismus und innerstaatliche Konflikte zugenommen hatten. Die Reform *Our Future Defence* von 2004 stellte die internationale Friedensförderung vor die Verteidigung Schwedens. Die Kapazität für internationale Operationen wurde deshalb sowohl quantitativ wie qualitativ erneut ausgebaut. Schweden sollte in der Lage sein, gleichzeitig zwei umfangreiche internationale Missionen und drei kleinere Operationen führen zu können. Das Bekenntnis zur internationalen Kooperation bedeutete eine Reduktion des Bestandes trotz Beibehaltung der Wehrpflicht sowie die Auflösung oder Verschmelzung gewisser Einheiten.¹⁰² Diese international ausgerichtete Verteidigungspolitik wurde von Schweden im Rahmen der GSVP, der NORDEFKO und der ISAF umgesetzt.¹⁰³

Während sich Schweden sicherheitspolitisch zunehmend als Teil eines Ganzen sah, verlangten die Anforderungen der kontinuierlichen und umfangreichen Friedenseinsätze nach einer zunehmenden Professionalisierung der Streitkräfte. Dies führte im März 2009 zu *A Functional Defence*, welche die Reform der schwedischen Streitkräfte für die Jahre 2010–2014 skizziert. Diese tiefgreifende Reorganisation soll die Interoperabilität, die Ausdauer und die Reaktionsfähigkeit der schwedischen Streitkräfte erhöhen. Um die militärische Bereitschaft zu verbessern, wurde die Wehrpflicht zugunsten einer Freiwilligenarmee ausgesetzt. Der Bestand wird auf 50'000 reduziert. Für eine erhöhte Interoperabilität soll die Armee grösstenteils in spezifische und vordefinierte Kampfgruppen organisiert werden. Schliesslich sollen die stra-

100 The Government and the Government Offices of Sweden, *The Renewal of Sweden's Defence: Phase 2, Unofficial shortened version of the Government Defence Bill 1996/97:4*, passed by Parliament on 20 November and 13 December 1996, <http://www.government.se/content/1/c6/02/56/49/e043d837.pdf> (Zugriff am 06.12.2012); Schüngel, *op. cit.*, S. 16–17, 24.

101 The Government and the Government Offices of Sweden, *The New Defence – Prepared for the Next Millennium, A Short Version of the Government Bill 1999/2000:30*, 18. November 1999, <http://www.government.se/content/1/c6/02/73/90/a8f1a1d8.pdf> (Zugriff am 06.12.2012); Schüngel, *op. cit.*, S. 18–19.

102 The Government and the Government Offices of Sweden, *Summary of the Swedish Government Bill 2004/05:5, Our Future Defence – The Focus of Swedish Defence Policy 2005–2007*, 21. Oktober 2004, <http://www.government.se/content/1/c6/03/21/19/224a4b3c.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).

103 The Government and the Government Offices of Sweden, *A Summary of the Defence Commission Report Defence in Use (Ds 2008:48)*, 16. Juni 2008, <http://www.government.se/content/1/c6/10/74/98/17275d20.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).

regische Mobilität sowie die *Jointness* mit der Marine und der Luftwaffe verbessert werden.¹⁰⁴ Diese tiefgreifende Militärreform, die auch eine rüstungstechnische Modernisierung mit sich bringt, ist in Schweden jedoch nicht unumstritten. Kritische Stimmen, sowohl aus politischen als auch militärischen Kreisen, haben sich seither für eine Stärkung der Territorialverteidigung ausgesprochen – nicht zuletzt aus Sorge um ein militärisch wiedererstarktes Russland.¹⁰⁵

104 The Government and the Government Offices of Sweden, *A Functional Defence, Summary of the Bill dated 19 March 2009*, 11. Januar 2010, <http://www.government.se/content/1/c6/13/77/05/1705333d.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).

105 Mölling, Brune, Dickow, *op. cit.*, S. 22–23.

5. Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben seit 1990

Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen seit dem Ende des Kalten Kriegs wurden einerseits von finanziellen Regierungsvorgaben beeinflusst, andererseits wirkten sie sich auf die Entwicklung der Verteidigungsausgaben aus. In Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Finnland, Österreich und Schweden haben sich die Verteidigungsausgaben seit 1990 kontinuierlich verändert. Diese Entwicklung wird in diesem Kapitel komparativ und länderübergreifend untersucht.

Der erste Teil befasst sich mit der Entwicklung der gesamten nationalen Verteidigungsausgaben. Um die Zahlen verständlicher zu machen und aufzuzeigen, welche Priorität die verschiedenen Staaten der Verteidigung und ihren Streitkräften einräumen, werden die Verteidigungsausgaben nicht nur als solche oder in ihren jährlichen Schwankungen, sondern auch in Bezug auf das BIP, die Staatsausgaben und die Bevölkerung dargestellt. Mit der Betrachtung der Verteidigungsausgaben in Bezug auf die Armeeingehörigen wird ausserdem die Kostenintensität der Streitkräfte untersucht.

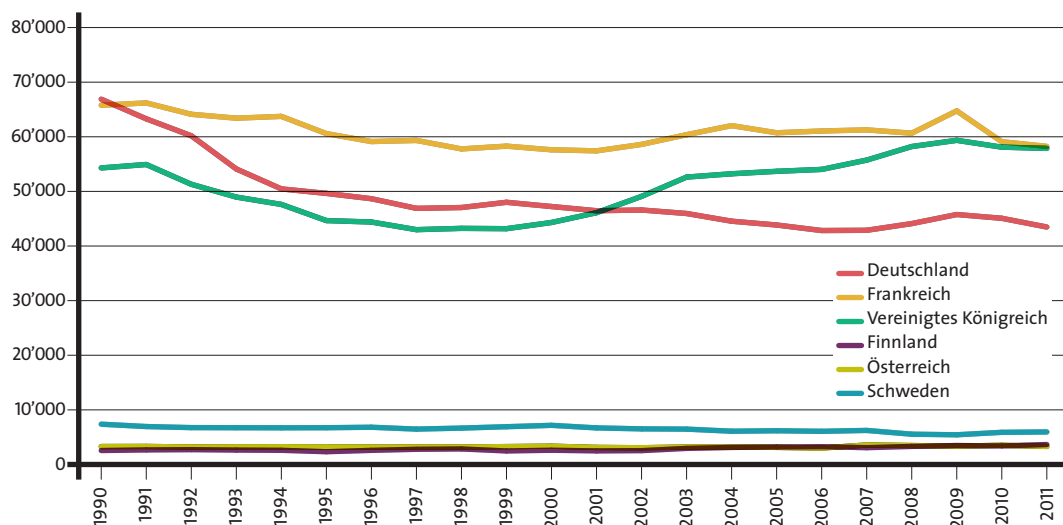
Im zweiten Teil werden trotz lückenhaftem Datenmaterial die Verteidigungsausgaben aufgeschlüsselt. Dabei soll – insofern möglich – vergleichend untersucht werden, wie sich die jeweiligen nationalen Verteidigungsausgaben nach Kategorien (Personal, Ausrüstung, Infrastruktur und andere Ausgaben) und Ressourcenkosten (Forschungs- und Entwicklungskosten, Beschaffungs- und Baukosten sowie Operationskosten) verteilen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden auch individuell betrachtet. Schliesslich wird auch die Verteilung der Verteidigungsausgaben auf die Teilstreitkräfte und deren Anteil am Verteidigungsbudget untersucht.

5.1. Gesamte Verteidigungsausgaben

Grafik 6

Verteidigungsausgaben 1990–2011

Konstante US\$ (2010) in Millionen



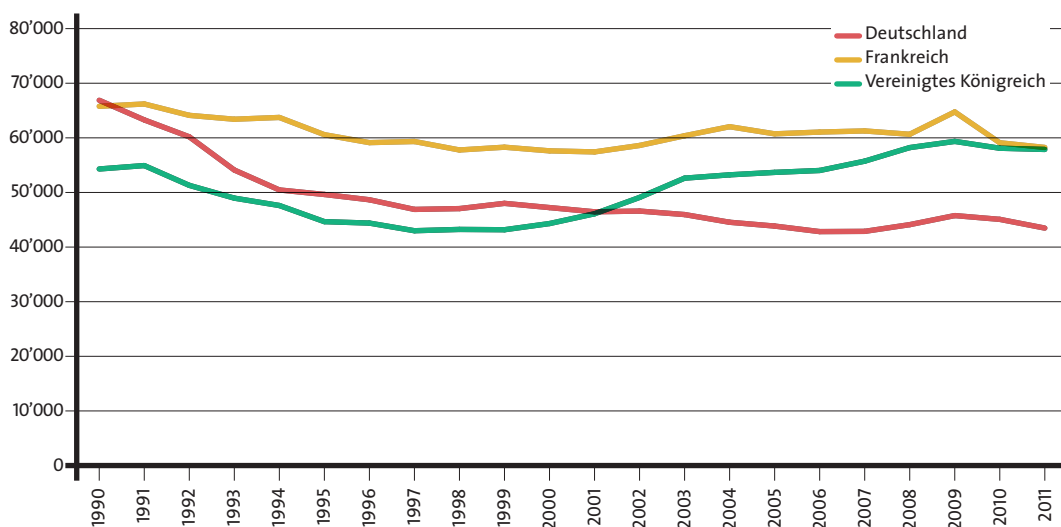
Quelle: SIPRI

Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben von Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Finnland, Österreich und Schweden haben sich seit dem Ende des Kalten Kriegs, wie dies aus Grafik 6 hervorgeht, ziemlich unterschiedlich entwickelt. In konstanten US\$ (2010) haben die Verteidigungsausgaben zwischen 1990 und 2011 im Vereinigten Königreich, in Finnland und in Österreich zugenommen, während sie in Deutschland, Frankreich und Schweden abgenommen haben. Die Abnahme der schwedischen und insbesondere der deutschen Verteidigungsausgaben war ziemlich konstant. Die französischen und britischen Verteidigungsausgaben gingen während der 1990er Jahre zwar ebenfalls kontinuierlich zurück, doch um die Jahrtausendwende setzte wieder ein Aufwärtstrend ein, der in beiden Staaten infolge der Finanzkrise und ihrer Auswirkungen ein Ende fand. Auch der Aufwärtstrend der deutschen Verteidigungsausgaben war wegen der Finanzkrise gegen Ende des letzten Jahrzehnts von kurzer Dauer. In Österreich blieben die Verteidigungsausgaben relativ stabil, nur Finnland kann einen kontinuierlichen, wenn auch moderaten Anstieg seiner Verteidigungsausgaben vorweisen. Ungeachtet der jeweiligen nationalen Entwicklungen seit der Überwindung des Ost-West-Konflikts sind die Verteidigungsbudgets der Regionalmächte um vieles grösser als jene der relativ kleinen neutralen respektive allianzfreien Staaten. Deshalb findet die genauere Betrachtung der Entwicklung der Verteidigungsausgaben innerhalb dieser beiden «sicherheitspolitischen Gruppen» statt.

Grafik 7

Verteidigungsausgaben 1990–2011

Konstante US\$ (2010) in Millionen



Quelle: SIPRI

Zum Ende des Kalten Kriegs befanden sich die Verteidigungsausgaben der drei Regionalmächte auf einem hohen Niveau, wie dies aus obiger Grafik ersichtlich ist. Mit Ausgaben von 66'876 Millionen konstanten US\$ (2010) für Verteidigung lag Deutschland knapp vor Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Danach fielen die Verteidigungsausgaben jedoch drastisch, bis sie 1997 mit 46'896 Millionen US\$ einen ersten Tiefpunkt erreichten. Nach einem relativ unbedeutenden Anstieg gegen Ende der 1990er Jahre fielen sie erneut, bis sie schliesslich 2006 mit 42'835 Millionen US\$ ihren vorläufigen Tiefststand erreichten. Es folgte ein moderater Anstieg, der jedoch von der Finanzkrise beendet wurde. Nachdem sich die Verteidigungsausgaben 2009 auf 45'769 Millionen US\$ beliefen, fielen sie bis 2011 auf 43'478 Millionen US\$. Deutschlands Militärausgaben werden in den kommenden Jahren weiterhin sinken. 2010 entschied die Regierung unter Angela Merkel, die Verteidigungsausgaben zwischen 2011 und

2014 um 8,3 Milliarden € zu kürzen. Die Hälfte der Kostenreduktion soll beim Personal anfallen – nicht zuletzt weil die angestrebte Reform zu einer bedeutenden Verkleinerung der Bundeswehr führen soll. Mittlerweile ist sich die deutsche Regierung jedoch bewusst geworden, dass die Restrukturierung der Bundeswehr anfängliche Mehrkosten erzeugt, bevor sie zu Einsparungen führt. Deshalb waren die bisher erfolgten Kürzungen weniger drastisch als ursprünglich vorgesehen.¹⁰⁶

Die französischen Verteidigungsausgaben lagen 1990 mit 65'774 Millionen US\$ nur knapp tiefer als jene Deutschlands. Danach wurden sie kontinuierlich reduziert, bis sie 2001 mit 57'426 Millionen US\$ schliesslich ihren vorläufigen Tiefststand erreichten. Der Rückgang der Verteidigungsausgaben fiel jedoch im Vergleich zu Deutschland relativ moderat aus. Danach stiegen die Militärausgaben in Frankreich erneut. Mit einem markanten Anstieg zwischen 2008 und 2009 befanden sie sich 2009 mit 64'747 Millionen US\$ beinahe wieder auf demselben Niveau wie zum Ende des Kalten Kriegs. Danach fielen sie jedoch abrupt, und 2011 investierte Frankreich noch 58'244 Millionen US\$ in seine Verteidigung. Auch wenn das französische Verteidigungsministerium seit 2009 Budgetkürzungen hinnehmen musste, die unter anderem den Abbau von 54'000 Stellen zur Folge haben, kam es im Vergleich zu anderen Staaten bisher relativ glimpflich davon. Zwischen 2011 und 2012 kürzte Paris das Verteidigungsbudget um lediglich 1%. Durch die anhaltenden Auswirkungen der Finanzkrise wird es jedoch zunehmend schwierig, die Verteidigungsausgaben auf dem bisherigen Niveau zu halten oder sie sogar zu erhöhen, wie dies für die Jahre 2013–2017 ursprünglich vorgesehen war. Man kann deshalb davon ausgehen, dass die Verteidigungsausgaben unter Präsident François Hollande den Spardruck verstärkt spüren werden.¹⁰⁷

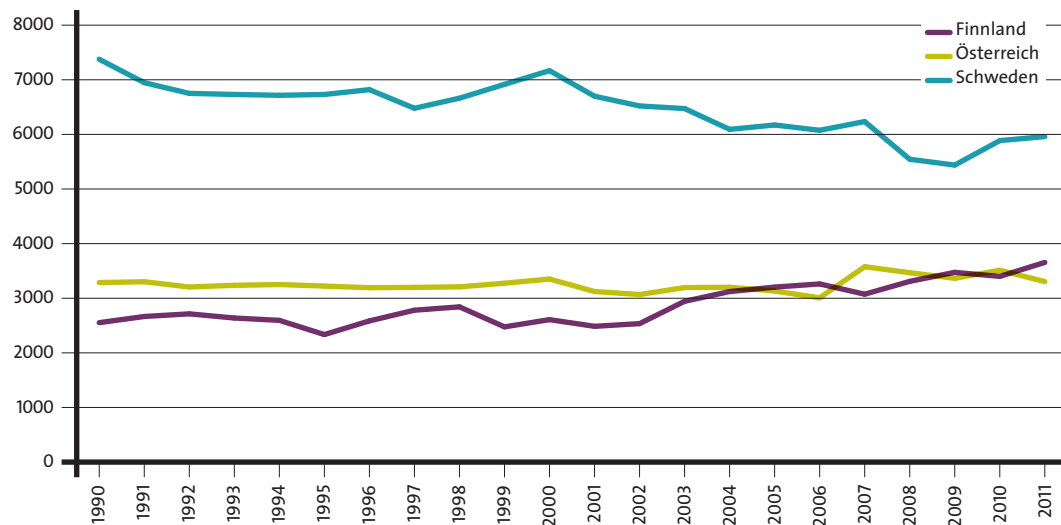
Im Vereinigten Königreich befanden sich die Verteidigungsausgaben 1990 mit 54'298 Millionen US\$ auf einem tieferen Niveau als in Deutschland und Frankreich. Dennoch beanspruchte die britische Regierung die «Friedensdividende» und reduzierte während der 1990er Jahre kontinuierlich seine Verteidigungsausgaben, die sich 1997 nur noch auf 42'994 Millionen US\$ beliefen. Dann kam die Trendwende und die Militärausgaben stiegen konstant, bis sie 2009 mit 59'350 Millionen US\$ ihren vorläufigen Höchststand erreichten. Seither gingen die Verteidigungsausgaben zurück und beliefen sich 2011 noch auf 57'875 Millionen US\$. Damit ist das Vereinigte Königreich die einzige der drei Regionalmächte, die 2011 mehr für die Verteidigung ausgab als zum Ende des Kalten Kriegs. Der Abwärtstrend wird jedoch anhalten, denn infolge der Finanzkrise entschied die britische Regierung 2010, das Verteidigungsbudget innerhalb der nächsten vier Jahre um 7,5% zu kürzen.¹⁰⁸

106 Giegerich, Bastian, «III. Germany», O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 15–17; Mölling, Brune, Dickow, *op. cit.*, S. 7; Keller, Patrick, «Germany in NATO: The Status Quo Ally», *Survival*, Bd. 54, Nr. 3, 2012, S. 99.

107 Grand, Camille, «IV. France», O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 19–21; Foucault, Martial, *Les budgets de défense de la France, entre déni et déclin*, Focus stratégique, Nr. 36, Institut français des relations internationales, April 2012, S. 8; Mölling, Brune, Dickow, *op. cit.*, S. 19.

108 Dorman, Andrew, «II. The United Kingdom», in O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 10; Chalmers, *op. cit.*, S. 44; Mölling, Brune, Dickow, *op. cit.*, S. 13.

Grafik 8
Verteidigungsausgaben 1990–2011
 Konstante US\$ (2010) in Millionen



Quelle: SIPRI

Im Gegensatz zu den Regionalmächten war bei der Gruppe der neutralen respektive allianzfreien Staaten die Ausgangslage sehr unterschiedlich, wie dies aus Grafik 8 hervorgeht. Finnlands Verteidigungsausgaben lagen 1990 deutlich unter jenen Österreichs und beliefen sich nicht einmal auf die Hälfte jener Schwedens. 1990 investierte Finnland gerade einmal 2553 Millionen konstante US\$ (2010) in seine Verteidigung. Die 1990er Jahre waren von einem moderaten Auf und Ab gekennzeichnet, das 1999 zu einem Tiefststand von 2476 Millionen US\$ führte. Nach der Jahrtausendwende stiegen die Verteidigungsausgaben jedoch kontinuierlich an und erreichten 2011 mit 3656 Millionen US\$ – über eine Milliarde mehr als noch 1990 – ihren vorläufigen Höchststand. Es ist möglich, dass die Militärausgaben in Finnland weiterhin zunehmen werden, denn bis 2015 war ein Wachstum des Verteidigungsbudgets um 2% vorgesehen. Die Auswirkungen der Finanzkrise scheinen nun aber auch das finnische Verteidigungsministerium erreicht zu haben. So will die finnische Regierung die Verteidigungsausgaben in der Budgetperiode 2012–2015 um mehr als 280 Millionen US\$ kürzen. Solche Budgetkürzungen sind jedoch politisch sehr umstritten.¹⁰⁹

Mittlerweile geben die Finnen mehr für ihre Verteidigung aus als die Österreicher, die 1990 mit 3287 Millionen US\$ noch eindeutig vorne lagen. Im Gegensatz zu Finnland sind die Verteidigungsausgaben in Österreich über die letzten zwei Jahrzehnte jedoch nicht angestiegen, sondern haben mit leichten Fluktuationen auf demselben Niveau verharrt. 2006 erreichten sie einen vorläufigen Tiefststand von 3008 Millionen US\$, von dem sie sich nach einem rapiden Anstieg auf 3577 Millionen US\$ im darauffolgenden Jahr gewissermassen erholt haben. 2011 beliefen sich die Verteidigungsausgaben noch auf 3305 Millionen US\$. Damit liegen die österreichischen knapp hinter den finnischen Verteidigungsausgaben. Die Abnahme der Verteidigungsausgaben zwischen 2010 und 2011 spiegelt bereits die Sparvorgabe der österreichischen Regierung wider, die 2010 entschied, das Verteidigungsbudget bis 2014 um 530 Millionen € zu kürzen.¹¹⁰

109 Keymer, Eleanor, «Finland: Homeland Security», *Jane's Defence Weekly*, 10. November 2010, *passim*; O'Dwyer, Gerard, «Additional Finn Budget Bites Raise Opposition», *Defense News*, 5. Januar 2012, <http://www.defensenews.com/article/20120105/DEFREG01/301050004/Additional-Finn-Budget-Bites-Raise-Opposition> (Zugriff am 10.12.2012).

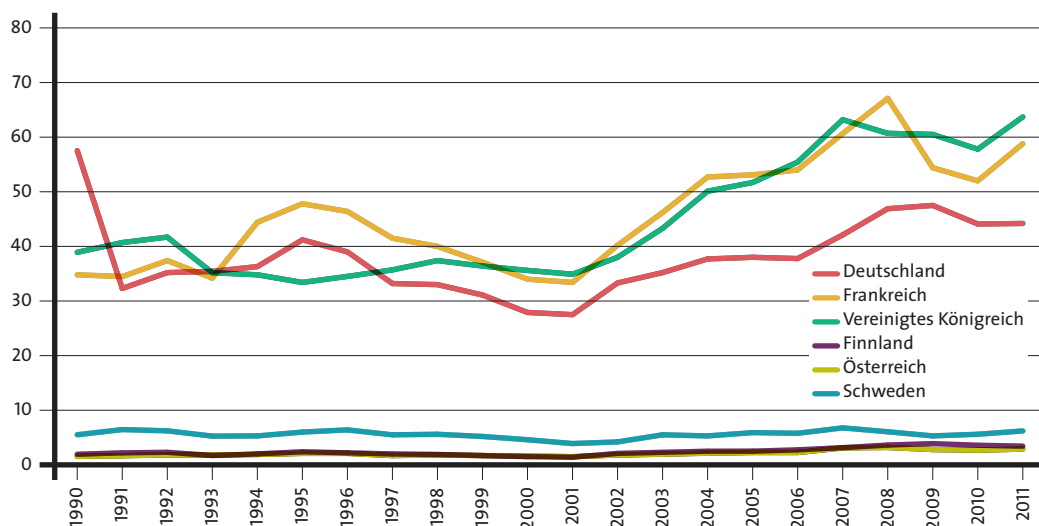
110 Mader, Georg, «Austria Cuts Land Systems to Meet Budget», *Jane's Defence Weekly*, 22. Dezember 2010, S. 12.

Auch wenn in Schweden seit dem Ende des Ost-West-Konflikts die Verteidigungsausgaben stetig abgenommen haben, sind sie noch immer bedeutend höher als jene Finnlands und Österreichs. 1990 gab Schweden 7375 Millionen US\$ für seine Verteidigung aus. Danach gingen die Verteidigungsausgaben zurück und erreichten 1997 mit 6478 Millionen US\$ einen ersten Tiefpunkt. Danach verzeichneten sie einen Anstieg, und 2000 waren sie mit 7167 Millionen US\$ fast wieder auf demselben Niveau wie noch 1990. Dieser Zustand war jedoch nicht von Dauer, und in den darauffolgenden Jahren gingen die Verteidigungsausgaben kontinuierlich zurück, bis sie 2009 mit 5438 Millionen US\$ einen vorläufigen Tiefststand erreichten. Hierauf hob die schwedische Regierung die Militärausgaben erneut an, 2011 beliefen sie sich auf 5960 Millionen US\$. In laufenden US\$ waren dies 6811 Millionen US\$. Da sich die Folgen der Finanzkrise bisher kaum auf Schweden ausgewirkt haben, konnten die Verteidigungsausgaben auf diesem Niveau gehalten werden, und für 2013 ist trotz punktueller und umstrittener Einsparungen sogar eine weitere Budgeterhöhung auf 7900 Millionen US\$ geplant.¹¹¹

Grafik 9

Verteidigungsausgaben 1990–2011

Laufende US\$ in Milliarden



Quelle: Military Balance

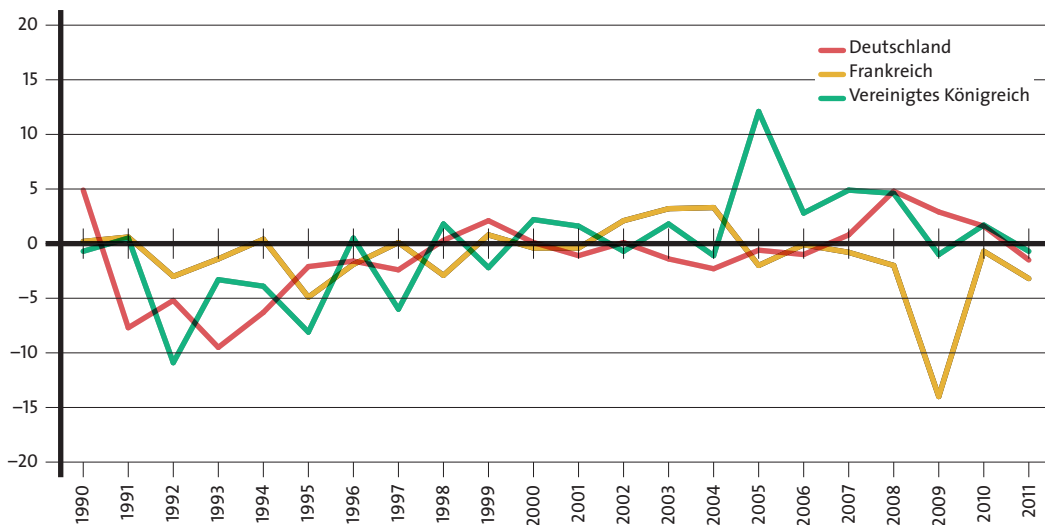
Wie in Schwedens Fall kann der Ist-Zustand der Militärausgaben in laufenden US\$ angegeben werden. Will man aber die historische Entwicklung der Verteidigungsausgaben aufzeigen, ist es irreführend, die jährlichen Verteidigungsausgaben in laufenden US\$ anzugeben. Denn wie aus der obigen Grafik, die auf der jährlich erscheinenden IISS-Publikation *Military Balance* basiert, ersichtlich ist, wird dadurch die Analyse verfälscht. Im Gegensatz zu den bisher verwendeten SIPRI-Zahlen, die der Inflation Rechnung tragen, erhält man hier fälschlicherweise den Eindruck, dass die Verteidigungsausgaben seit dem Ende des Kalten Kriegs mit Ausnahme Deutschlands stetig gestiegen sind.

111 O'Dwyer, Gerard, «Swedish Audit Exposes Funding Shortages for Core Military Units», *Defense News*, 6. Dezember 2012, <http://www.defensenews.com/article/20121206/DEFREG01/312060007/Swedish-Audit-Exposes-Funding-Shortages-Core-Military-Units> (Zugriff am 10.12.2012); Mölling, Brune, Dickow, *op. cit.*, S. 22.

Grafik 10

Jährliche Schwankungen der Verteidigungsausgaben 1990–2011

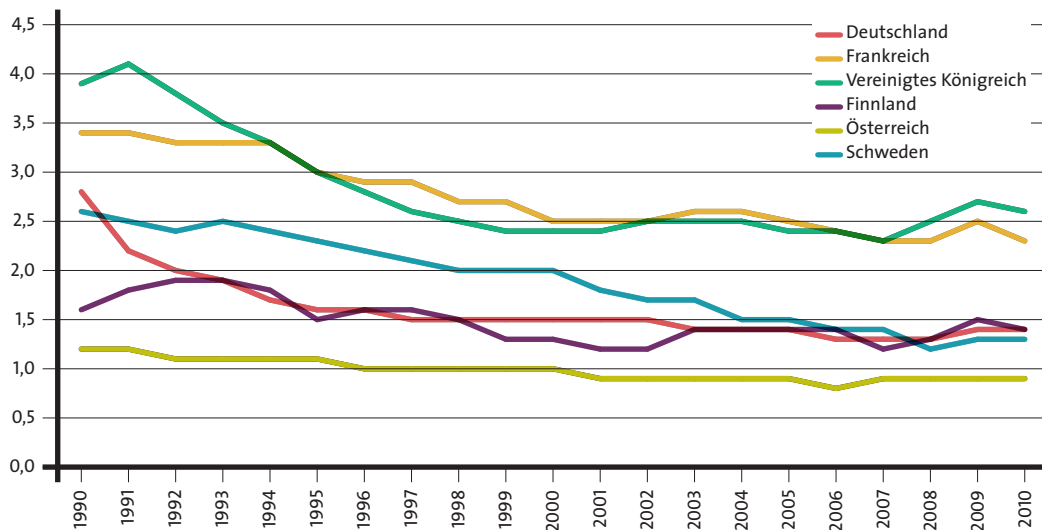
In Prozent



Quelle: NATO

Die auf NATO-Daten basierende Grafik zu den jährlichen Schwankungen der Verteidigungsausgaben Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs zeigt eindeutig auf, dass kein kontinuierlicher Trend nach oben, sondern eher ein Trend nach unten existiert. Sozusagen über den gesamten Zeitraum der 1990er Jahre nahmen die Verteidigungsausgaben bei allen drei Regionalmächten ab. Erst im darauffolgenden Jahrzehnt ist eine Trendwende festzustellen. Insbesondere im Vereinigten Königreich, das die Militärausgaben in den 1990er Jahren drastisch abgebaut hatte, kam es während mehrerer Jahre zu einem bedeutenden Zuwachs. Deutschland hingegen hob die Verteidigungsausgaben erst gegen Ende des Jahrzehnts an. In Frankreich war es gerade umgekehrt: Erst stiegen die Militärausgaben im neuen Jahrzehnt an, dann reduzierten sie sich wieder. Die Schwankungen in den drei Ländern verliefen unterschiedlich stark. Besonders markant waren sie im Vereinigten Königreich: 1992 gab es ein Minus von 10,9%, und 2005 nahmen die Verteidigungsausgaben um 12,1% zu. In Deutschland nahmen die Verteidigungsausgaben in den 1990er Jahren ähnlich drastisch ab und verzeichneten 1993 ein Minus von 9,5%. Das spät einsetzende Wachstum fiel jedoch moderat aus, und der Höchstwert wurde 2008 mit 4,8% erreicht. In Frankreich waren die Schwankungen zunächst moderater. Den grössten Verlust der 1990er Jahre verzeichnete das Jahr 1995 mit 4,9%, der grösste Zuwachs des nächsten Jahrzehnts erfolgte 2004 mit 3,3%. 2009 kam es jedoch mit einem Minus von 14% zu einer starken Schwankung. Da diese aber in keinem von uns verwendeten Datenmaterial reflektiert wird, kann man vorsichtig davon ausgehen, dass sie durch eine veränderte Datenerhebungsmethode verursacht wurde.

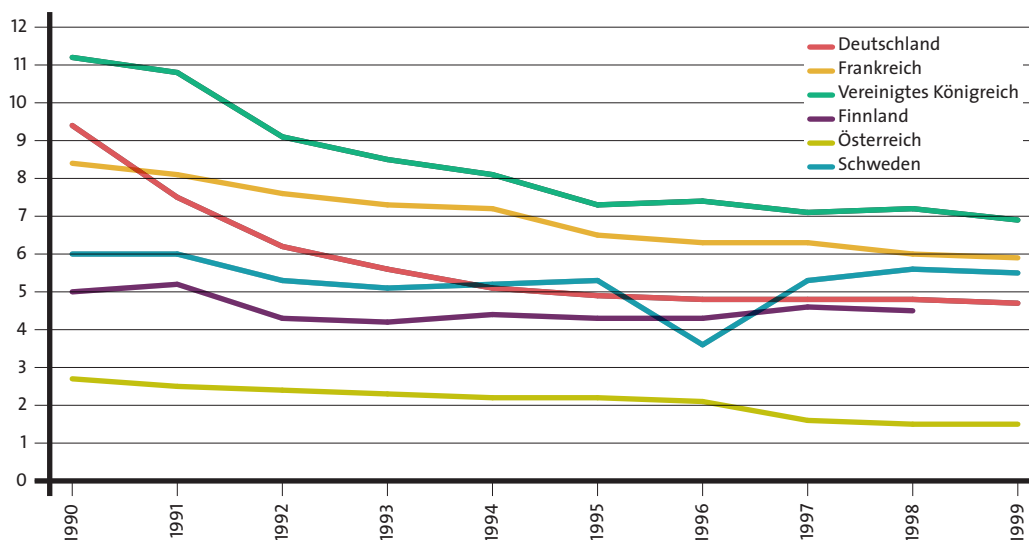
Grafik 11
Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP 1990–2010
 In Prozent



Quelle: SIPRI

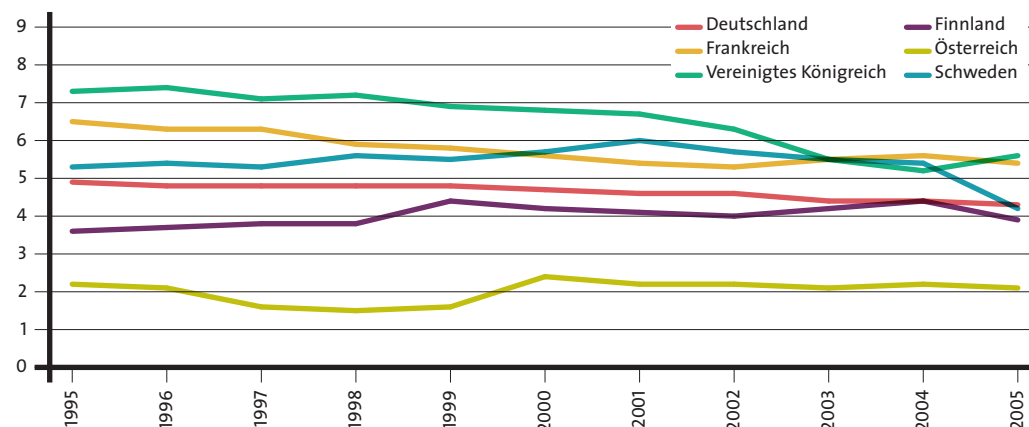
Auch wenn die Verteidigungsausgaben bei einigen der untersuchten Staaten mittlerweile nicht unbedingt tiefer sind als noch 1990 oder sogar höher oder verlorene Prozentpunkte wieder gutgemacht werden konnten, nahm der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP seit dem Ende des Kalten Kriegs sowohl bei den drei Regionalmächten als auch bei den drei neutralen respektive allianzfreien Staaten ab, wie dies in Grafik 11 ersichtlich ist. In Deutschland halbierte sich der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP innerhalb von 20 Jahren von 2,8 auf 1,4%. Nachdem Frankreich 1990 noch 3,4% des BIPs für seine Verteidigung ausgab, waren es 2010 nur noch 2,3%. Dies ist ein Minus von 1,1%. Das Vereinigte Königreich reduzierte den Anteil der Militärausgaben am BIP zwischen 1990 und 2010 sogar von 3,9 um 1,3 auf 2,6%. In Finnland und Österreich nahm der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP in diesem Zeitraum nur wenig ab. Während die Finnen 1990 1,6% des BIPs für ihre Verteidigung aufwendeten, waren es 2010 1,4%. In Österreich fiel dieser Anteil zwischen 1990 und 2010 von 1,2 auf 0,9%. Ein Minus von 0,2 respektive 0,3% erscheint auf den ersten Blick zwar unbedeutend, im Hinblick auf die bereits niedrigen Anteile zum Ende des Kalten Kriegs ist es dennoch beachtlich. Schweden hingegen konnte mit einem Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP von 2,6% schon fast mit den Regionalmächten mithalten. Doch wie in Deutschland wurde dieser Anteil mittlerweile halbiert. Mit einem Anteil von 1,3% gaben die Schweden 2010 sogar 0,1% ihres BIPs weniger an die Verteidigung ab als ihre finnischen Nachbarn. Neben diesen länderspezifischen Veränderungen kann man feststellen, dass von 1990 bis 2011 die Briten den größten und die Österreicher den kleinsten Anteil am BIP für ihre Verteidigung ausgaben.

Grafik 12
Anteil der Verteidigungsausgaben an den Staatsausgaben 1990–1999
 In Prozent



Quelle: ACDA WMEAT (1999–2000)¹¹²

Grafik 13
Anteil der Verteidigungsausgaben an den Staatsausgaben 1995–2005
 In Prozent



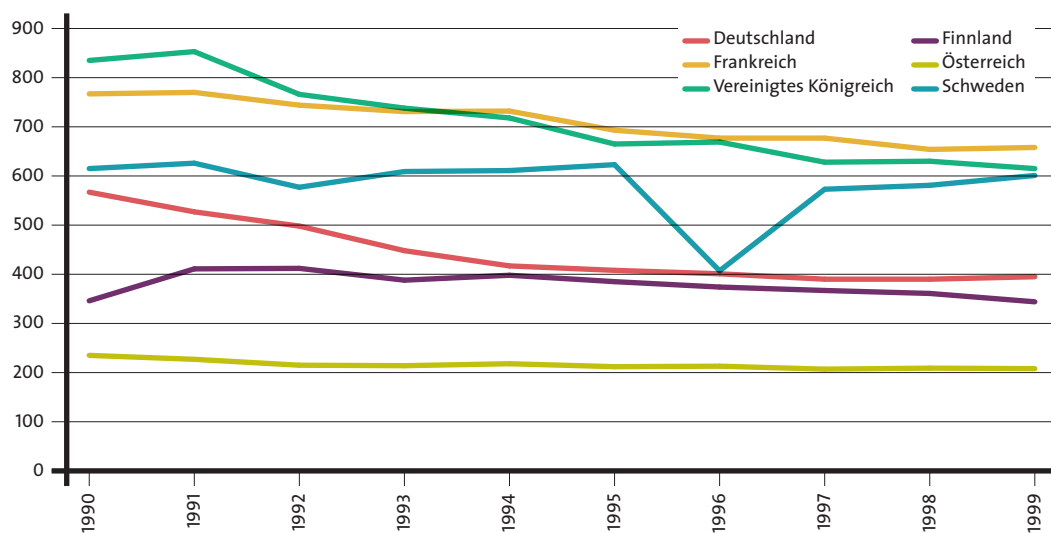
Quelle: ACDA WMEAT (2005)

Die Verteidigungsausgaben der untersuchten Staaten haben nicht nur in Bezug auf das BIP, sondern auch im Verhältnis zu den Staatsausgaben abgenommen. Dies geht eindeutig aus den zwei in den Grafiken 12 und 13 dargestellten «ACDA WMEAT»-Datensätzen hervor, obwohl sie nur die Zeit bis 2005 abdecken. Insbesondere bei den Regionalmächten nahm der Anteil der Verteidigungs- an den Staatsausgaben drastisch ab. Während Deutschland 1990 noch 9,4% des Staatshaushalts für Verteidigung ausgab, waren es 2005 nur noch 4,3%. Dies entspricht einem Minus von 5,1% – mehr als die Hälfte. In Frankreich ging der Anteil um ungefähr ein Drittel von 8,4 auf 5,4% zurück. Die britische Regierung reduzierte innerhalb dieses Zeitraums den Anteil der Militärausgaben am Staatshaushalt um beinahe die Hälfte von 11,2 auf 5,6%.

112 Es gibt für Finnland im Jahr 1999 keine Daten.

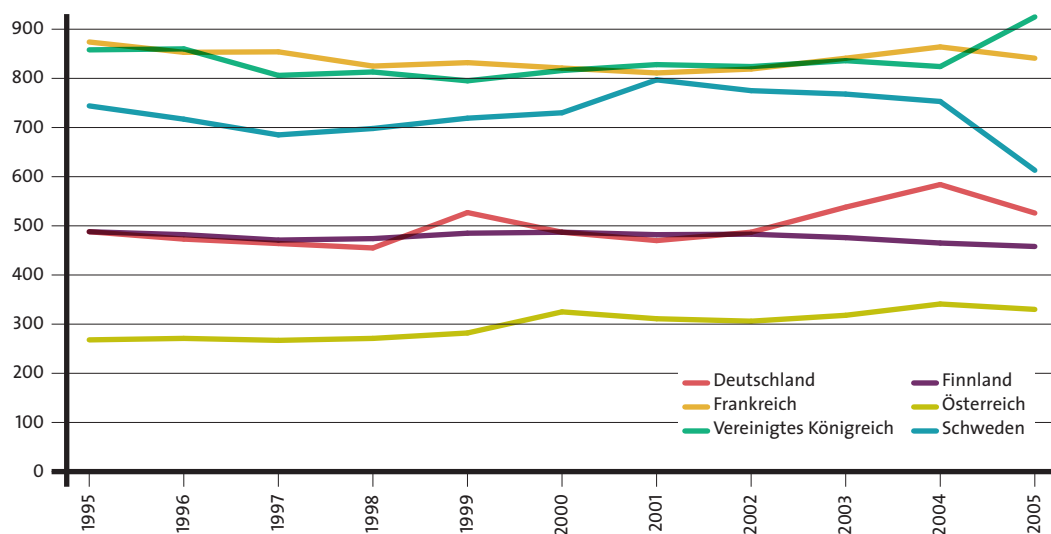
Bei den neutralen und allianzfreien Staaten ging der Anteil der Verteidigungs- an den Staatsausgaben weniger stark zurück. Die Kürzungen erfolgten jedoch von einem bereits tiefen Niveau. Zwischen 1990 und 2005 fiel der Anteil in Finnland von 5 auf 3,9% (-1,1%), in Österreich von 2,7 auf 2,1% (-0,6%) und in Schweden von 6 auf 4,2% (-1,8%). Es ist davon auszugehen, dass der Anteil der Verteidigungs- an den Staatsausgaben bei den untersuchten Staaten seither weiterhin abgenommen hat. Ähnlich wie bei den Anteilen der Verteidigungsausgaben am BIP lässt sich anhand der vorhandenen Daten feststellen, dass das Vereinigte Königreich im Gegensatz zu den anderen untersuchten Staaten auch 2005 einen grösseren Anteil der Staatsausgaben für die Verteidigung ausgab. Frankreich kam innerhalb dieser 15 Jahre fast auf Augenhöhe mit dem Vereinigten Königreich. Österreich hingegen wendete über den gesamten Zeitraum den bei weitem kleinsten Anteil der Staatsausgaben für seine Verteidigung auf.

Grafik 14
Verteidigungsausgaben pro Kopf 1990–1999
 Konstante US\$ (1999)



Quelle: ACDA WMEAT (1999–2000)

Grafik 15
Verteidigungsausgaben pro Kopf 1995–2005
 Konstante US\$ (2005)



Quelle: ACDA WMEAT (2005)

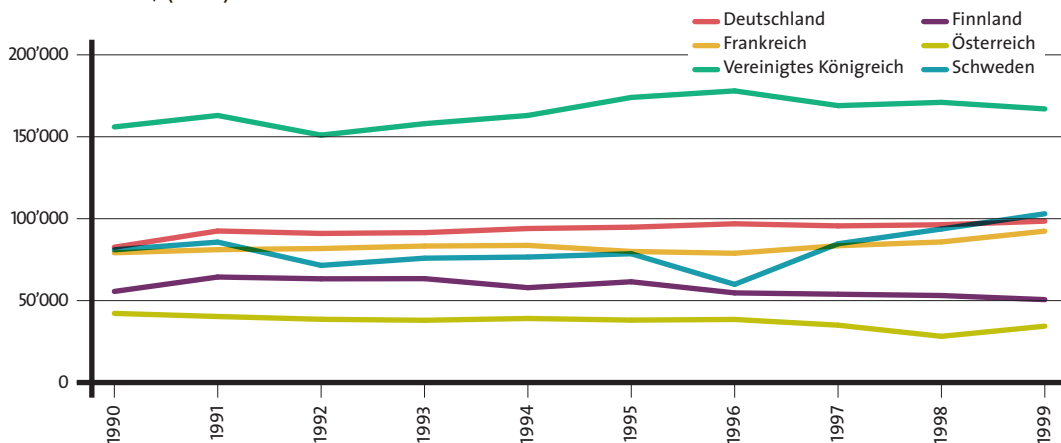
Auch bei den Verteidigungsausgaben pro Kopf bildet Österreich das Schlusslicht, das Vereinigte Königreich steht an oberster Stelle. Im Gegensatz zu den Verteidigungsausgaben als Anteil des BIPs oder der Staatsausgaben lässt sich jedoch aufgrund der beiden «ACDA WMEAT»-Datensätze, die in den Grafiken 14 und 15 dargestellt sind und wegen unterschiedlicher finanzieller Referenzpunkte gesondert betrachtet werden müssen, nicht eindeutig ein generalisierter Abwärtstrend feststellen. In den 1990er Jahren, wie aus Grafik 14 hervorgeht, gingen in allen der untersuchten Staaten die Verteidigungsausgaben pro Kopf zurück. In Grafik 15 lässt sich jedoch erkennen, dass zwischen 1995 und 2005 in Deutschland, Frankreich und Schweden die Militärausgaben pro Einwohner zurückgingen, während sie im Vereinigten Königreich sowie in Finnland und Österreich zunahmen. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Verteidigung waren zwischen 1990 und 2005 in Frankreich und dem Vereinigten Königreich eindeutig am höchsten. Als nächstes folgt Schweden, dann Deutschland und Finnland, und schliesslich, wie bereits erwähnt und weit zurück, Österreich.

In der Periode zwischen 1990 und 1999 sanken die Verteidigungsausgaben pro Kopf in konstanten US\$ (1999) in Deutschland von 576 auf 395, in Frankreich von 767 auf 658, im Vereinigten Königreich von 835 auf 615, in Finnland von 346 auf 344, in Österreich von 235 auf 208 und in Schweden von 615 auf 601. Wenn man die Zehnjahresperiode von 1995 bis 2005 betrachtet, so gingen die Verteidigungsausgaben pro Einwohner in konstanten US\$ (2005) in Deutschland von 488 auf 458, in Frankreich von 874 auf 841 und in Schweden von 744 auf 613 zurück. Die anderen drei Staaten verzeichneten in derselben Zeitperiode jedoch einen Anstieg der Pro-Kopf-Ausgaben für Verteidigung in konstanten US\$ (2005): im Vereinigten Königreich von 858 auf 925, in Finnland von 488 auf 526 und in Österreich von 268 auf 330. Dieses Wachstum fand hauptsächlich nach der Jahrtausendwende statt.

Grafik 16

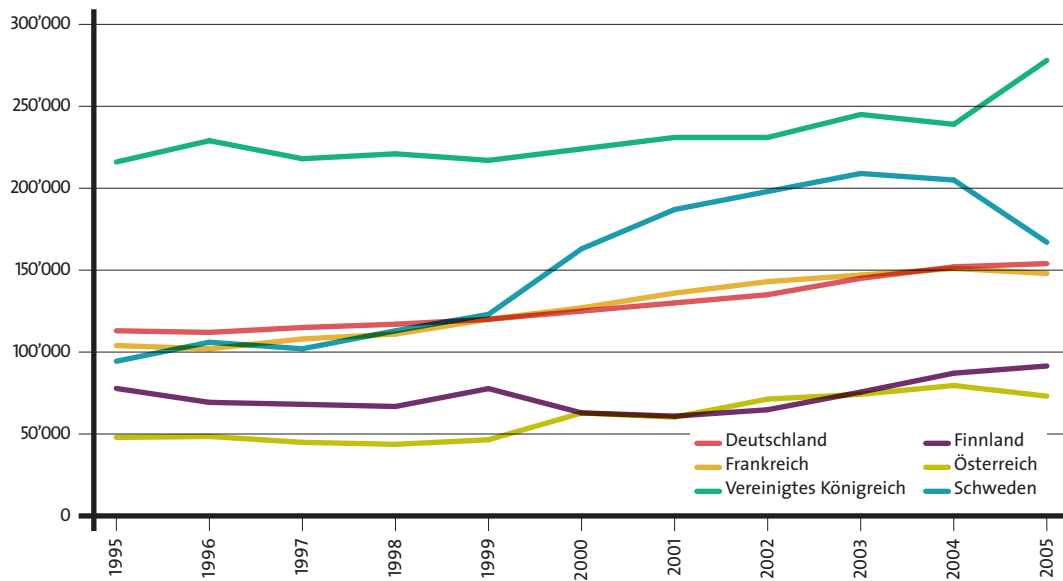
Ausgaben pro Armeeingehörigen (Verteidigungsausgaben / Aktivbestand der Streitkräfte) 1990–1999

Konstante US\$ (1999)



Quelle: ACDA WMEAT (1999–2000)

Grafik 17
Ausgaben pro Armeeingehörigen (Verteidigungsausgaben / Aktivbestand der Streitkräfte) 1995–2005
 Konstante US\$ (2005)



Quelle: ACDA WMEAT (2005)

Anders als bei den Verteidigungsausgaben pro Kopf lässt sich bei den Ausgaben pro Armeeingehörigen aufgrund der zwei «ACDA WMEAT»-Datensätze, die in den Grafiken 16 und 17 dargestellt sind und wegen unterschiedlicher finanzieller Referenzpunkte gesondert betrachtet werden müssen, für alle untersuchten Staaten zwischen 1990 und 2005 eine eindeutige Tendenz feststellen. Im Gegensatz zum Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP zeigt diese nach oben, das heisst, die Kosten für den einzelnen Soldaten sind sowohl bei den Regionalmächten als auch bei den neutralen respektive allianzfreien Staaten gestiegen. Da dies höchstwahrscheinlich durch die kontinuierliche Reduktion der Bestände sowie durch die fortschreitende Professionalisierung und Modernisierung der Streitkräfte verursacht wurde, kann man davon ausgehen, dass dieser Trend mehr oder weniger bis heute anhält. Aus den beiden Grafiken lässt sich auch erkennen, dass das Vereinigte Königreich in diesen 15 Jahren eindeutig am meisten pro Armeeingehörigen ausgab. Mit einem ziemlich grossen Abstand folgen Deutschland, Frankreich und Schweden, die trotz nicht unbedeutender Abweichungen Schwedens gewissermassen eine Gruppe im Mittelfeld bilden. Zuunterst liegt einmal mehr Österreich, das im Durchschnitt nur knapp weniger pro Soldaten ausgab als Finnland.

Wenn man die Datensätze respektive die Grafiken einzeln betrachtet, sieht man, dass in der Periode zwischen 1990 und 1999 die Ausgaben pro Armeeingehörigen in konstanten US\$ (1999) in Deutschland von 82'600 auf 98'500, in Frankreich von 79'200 auf 92'400, im Vereinigten Königreich von 156'600 auf 167'000 und in Schweden von 81'000 auf 103'000 stiegen. In dieser Zeitspanne gab es jedoch zwei Ausnahmen: In Finnland und Österreich fielen die Ausgaben pro Armeeingehörigen in US\$ von 55'600 auf 50'600 respektive von 42'200 auf 34'400. Die generelle Tendenz zeigt jedoch nach oben, zwischen 1995 und 2005 stiegen die Ausgaben pro Soldat in konstanten US\$ (2005) in allen sechs Staaten: in Deutschland von 113'000 auf 154'000, in Frankreich von 104'000 auf 148'000, im Vereinigten Königreich von 216'000 auf 278'000, in Finnland von 77'800 auf 91'500, in Österreich von 47'900 auf 73'100 und in Schweden von 94'400 auf 167'000.

5.2. Aufgeschlüsselte Verteidigungsausgaben

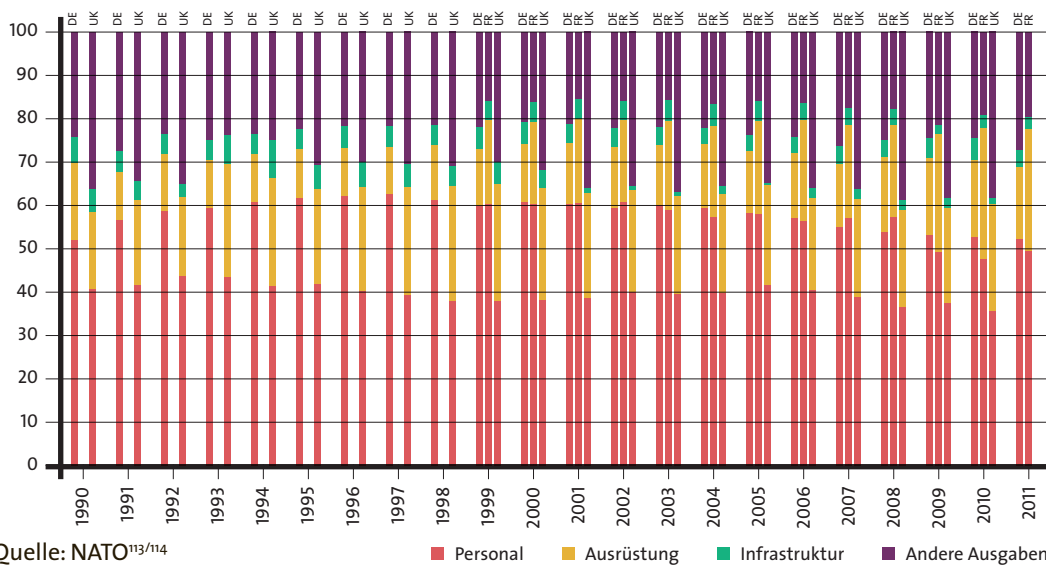
Die Aufschlüsselung der Verteidigungsausgaben der sechs untersuchten Staaten gestaltet sich schwierig – insbesondere für die Gruppe der Neutralen und Allianzfreien. Die wohl beste Quelle für international vergleichbare Daten zu Verteidigungsausgaben, SIPRI, erhebt und veröffentlicht aber keine strukturierten Angaben zu den Militärausgaben einzelner Staaten. Demgegenüber publiziert die Europäische Verteidigungsagentur präzise Zahlen zur Komposition der Verteidigungsausgaben ihrer Mitgliedstaaten. Die jährlich erscheinende Publikation ist für diese Studie jedoch kaum von Nutzen. Einerseits existiert sie, wie bereits erwähnt, erst seit wenigen Jahren und erlaubt somit nicht, historische Entwicklungen oder Tendenzen aufzuzeigen. Andererseits sind die darin enthaltenen Daten nur vereinzelt für länder- und jahresübergreifende Vergleiche verwendbar.

Die geeignetsten Zahlen, um die nationalen Verteidigungsausgaben im Langjahresvergleich aufzuschlüsseln, sind jene der NATO. In dieser Studie können sie jedoch nur für Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich verwendet werden, da Finnland, Österreich und Schweden nicht Mitglieder der atlantischen Allianz sind. Ausserdem liegt für Frankreich Zahlenmaterial erst ab 1999 vor, da Paris erst gegen Ende der 1990er Jahre den Weg zurück in die zentralen NATO-Strukturen fand. Das UNODA hingegen sammelt sehr detaillierte Angaben zu den Verteidigungsausgaben der UNO-Mitgliedstaaten. Wie jedoch in der Einführung bereits angedeutet, ist die Datenlage lückenhaft, da die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet sind, Daten zu liefern. Ausserdem werden die Daten in den jeweiligen Landeswährungen und nach individuellen nationalen Buchhaltungsmethoden erhoben, und es scheint vonseiten der UNO keine Bestrebungen zu geben, die Vergleichbarkeit der Daten zu fördern oder zu verbessern. Des Weiteren reicht die Berichterstattung der untersuchten Staaten bestenfalls bis 1999 zurück, fehlt in einzelnen Jahren aber gänzlich. Dennoch decken diese Daten immerhin ein Jahrzehnt ab und können die Grundlage für eine Aufschlüsselung der Verteidigungsausgaben in Prozent bilden. Deshalb finden die UNODA-Daten hier trotzdem Verwendung. Die OECD wiederum stellt ausführliche und vergleichbare Daten für die hier untersuchte Periode zur Verfügung, jedoch nur für die militärische Forschung und Entwicklung.

Grafik 18

Verteilung der gesamten Verteidigungsausgaben nach Kategorie 1990–2011

In Prozent



Quelle: NATO^{113/114}

113 Es gibt für Frankreich vor 1999 und für das Vereinigte Königreich im Jahr 2011 keine Daten.

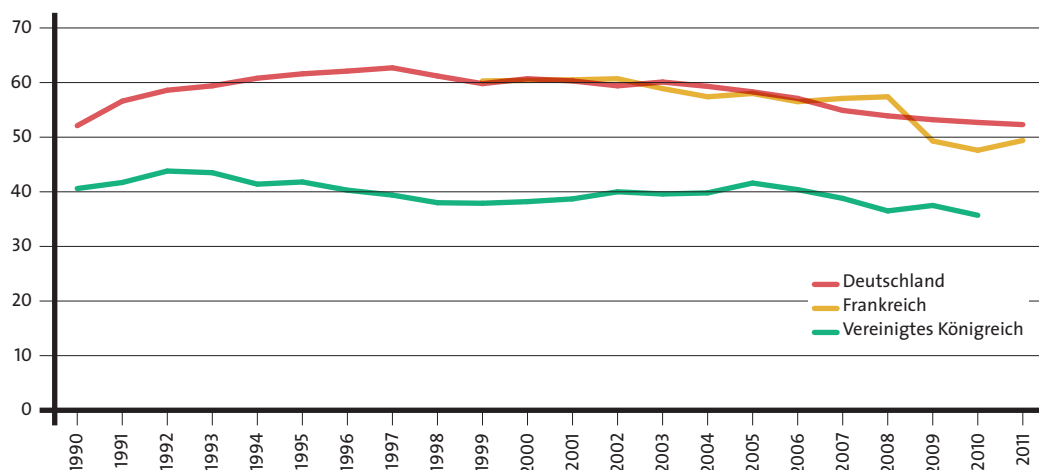
114 Die Kategorie «andere Ausgaben» beinhaltet Operations- und Unterhaltskosten sowie andere Ausgaben für Forschung und Entwicklung und Ausgaben, die nicht einer der anderen Kategorien zugeordnet sind.

Anhand der NATO-Datensätze lässt sich die Verteilung der gesamten Verteidigungsausgaben auf die Kategorien Personal, Ausrüstung, Infrastruktur und andere Ausgaben¹¹⁵ in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich länderübergreifend betrachten. Der Langzeitvergleich ist jedoch nur zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich möglich, da die Daten für Frankreich – wie eingangs erwähnt – erst ab 1999 vorliegen. Für den Zeitraum von 1990 bis 2011 sind nur die deutschen Daten komplett, die britischen Daten für das Jahr 2011 fehlen. Dennoch lässt sich anhand obiger Grafik erkennen, dass alle drei Regionalmächte in der hier berücksichtigten Periode den Grossteil der Verteidigungsausgaben für das Personal aufwendeten. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich bildeten die sogenannten anderen Ausgaben den zweitgrössten Budgetposten. In Frankreich hingegen kamen die Ausrüstungsausgaben an zweiter Stelle. Die dritte Position besetzten in Frankreich die anderen Ausgaben, in Deutschland und im Vereinigten Königreich war es die Ausrüstung. Die Infrastrukturkosten kamen bei allen drei Staaten eindeutig an vierter und letzter Stelle.

Grafik 19

Anteil der Personalausgaben an den gesamten Verteidigungsausgaben 1990–2011

In Prozent



Quelle: NATO¹¹⁶

Anhand von Grafik 19 erkennt man, dass der Anteil der Personalausgaben an den gesamten Verteidigungsausgaben in allen drei Staaten trotz kontinuierlich sinkender Streitkräftebestände relativ konstant war. Dies bedeutet, dass sich das Personal in dieser Zeit erheblich verteuerte. Jedoch wendeten Deutschland und Frankreich einen grösseren Teil ihrer Verteidigungsausgaben für Personal auf – meist mehr als die Hälfte – als das Vereinigte Königreich. 1990 wurden 52,1% der deutschen Verteidigungsausgaben für Personalkosten verwendet. Dieser Anteil stieg bis 1997 auf 62,7% und verharrte bis ins neue Jahrtausend auf diesem Niveau. Gegen Ende des letzten Jahrzehnts nahm er wieder ab und belief sich 2011, fast gleich wie noch 1990, auf 52,3%. Ähnlich wie Deutschland gab Frankreich 1999 beachtliche 60,3% der Verteidigungsausgaben für Personal aus. Bis 2011 fiel dieser Anteil jedoch auf 49,4%. Im Vereinigten Königreich betrug 1990 der Anteil der Personalkosten an den Verteidigungsausgaben 40,6%. Abgesehen von leichten Schwankungen verharrte dieser Anteil fast während des gesamten Untersuchungszeitraums auf diesem Niveau und fiel erst gegen Ende des letzten Jahrzehnts. 2010 belief er sich noch auf 35,7%.

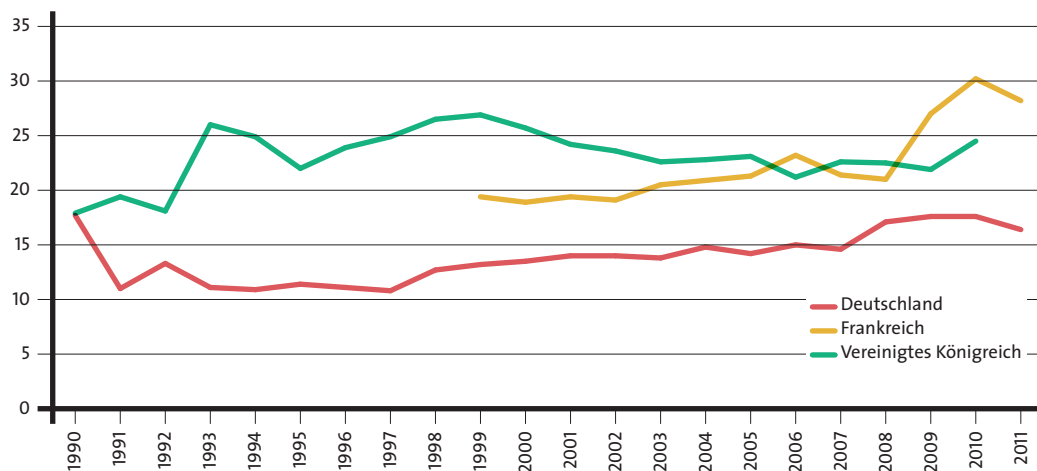
115 Siehe Fussnote 113.

116 *Ibid.*

Grafik 20

Anteil der Ausrüstungsausgaben an den gesamten Verteidigungsausgaben
1990–2011

In Prozent

Quelle: NATO¹¹⁷

Der Anteil der Ausrüstungsausgaben an den gesamten Verteidigungsausgaben war zwischen 1990 und 2011 in allen drei Staaten, wie aus Grafik 20 ersichtlich, einer grösseren Fluktuation ausgesetzt als jener der Personalausgaben. Dies überrascht nicht, da die Anschaffung grosser Waffensysteme sowie Rüstungs- und Modernisierungsprogramme die Kosten emporschnellen lassen können, auch wenn sie sich über mehrere Jahre erstreckt. Der Anteil der Ausrüstungs- an den Verteidigungsausgaben war während des in dieser Studie berücksichtigten Zeitraums im Vereinigten Königreich am höchsten und in Deutschland am niedrigsten. Auch wenn Frankreich noch zur Jahrtausendwende einen kleineren Anteil für die Ausrüstung seiner Streitkräfte ausgab als das Vereinigte Königreich, nahm dieser Anteil gegen Ende des letzten Jahrzehnts zu und übertraf schliesslich jenen des Vereinigten Königreichs. In Deutschland wurden 1990 17,7% der Verteidigungsausgaben für die Ausrüstung verwendet. Im Jahr darauf fiel dieser Anteil jedoch auf 11% und verharrte bis 1997 auf diesem Niveau. Danach begann ein moderater und mehrheitlich kontinuierlicher Anstieg, der 2009 zu einem Anteil von 17,6% führte. Während sich dieser Anteil im darauffolgenden Jahr noch halten konnte, sank er 2011 auf 16,4%. In Frankreich belief sich 1999 der Anteil der Ausrüstungs- an den Verteidigungsausgaben auf 19,4%. Bis 2008 blieb dieser Anteil relativ konstant. 2009 stieg er jedoch deutlich an und erreichte 2010 ein Maximum von 30,2%. Danach sank er wieder und belief sich 2011 auf 28,2%. Das Vereinigte Königreich gab 1990 einen Anteil von 17,9% seiner Verteidigungsausgaben für Ausrüstung aus. In den 1990er Jahren stieg dieser Anteil trotz gewisser Schwankungen und erreichte 1999 26,9%. Innerhalb des letzten Jahrzehnts ging dieser Anteil leicht zurück und betrug 2010 infolge eines moderaten Anstiegs nach 2009 24,5%.

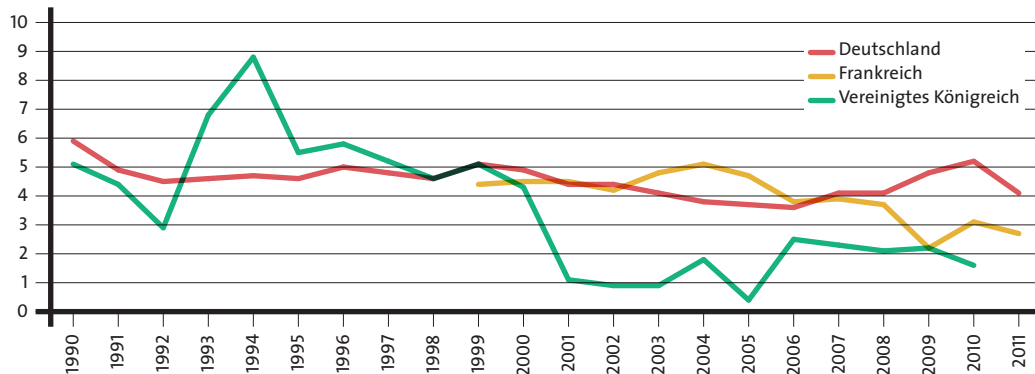
117 *Ibid.*

Grafik 21

Anteil der Infrastrukturausgaben an den gesamten Verteidigungsausgaben

1990–2011

In Prozent

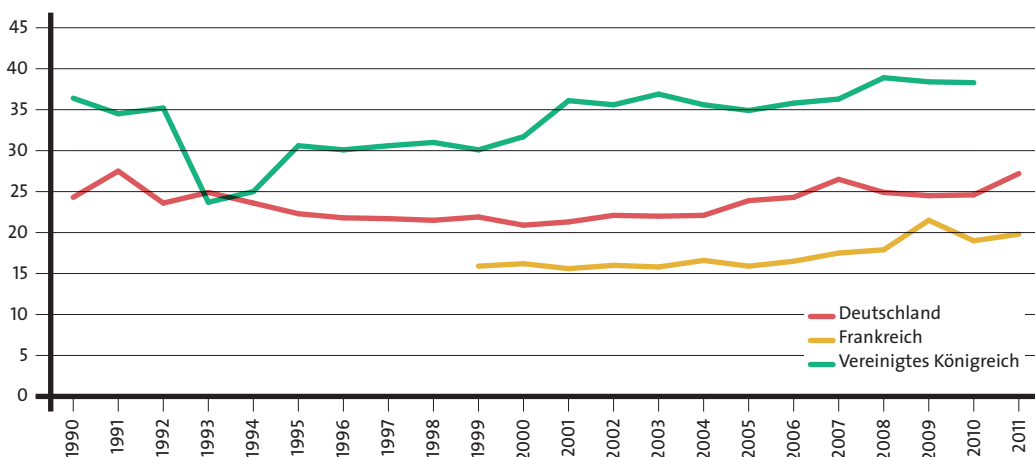
Quelle: NATO¹¹⁸

Die Infrastrukturausgaben hielten, wie bereits erwähnt und aus obiger Grafik ersichtlich, bei allen drei Regionalmächten den niedrigsten Anteil an den Verteidigungsausgaben. Innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte nahm der Anteil ausserdem in allen drei Staaten ab. Während er sich bis zur Jahrtausendwende in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich mehrheitlich auf demselben Niveau hielt, taten sich innerhalb des letzten Jahrzehnts Unterschiede auf. 1990 belief sich der Anteil der Infrastruktur- an den Verteidigungsausgaben in Deutschland auf 5,9%. Trotz stetigem Auf und Ab ging dieser Anteil über die letzten beiden Jahrzehnte moderat zurück und betrug 2011 noch 4,1%. Die Franzosen wendeten 1999 4,4% der Verteidigungsausgaben für Infrastruktur auf. Seither ging dieser Anteil fast kontinuierlich zurück und betrug 2011 noch 2,7%. Der Anteil der Infrastruktur- an den Verteidigungsausgaben reduzierte sich im Vereinigten Königreich besonders stark. 1990 belief sich dieser Anteil auf 5,1%. Mit beachtlichen Schwankungen sank er jedoch innerhalb der letzten 20 Jahre drastisch und machte 2010 gerade noch 1,6% aus.

Grafik 22

Anteil der anderen Ausgaben an den gesamten Verteidigungsausgaben 1990–2011

In Prozent

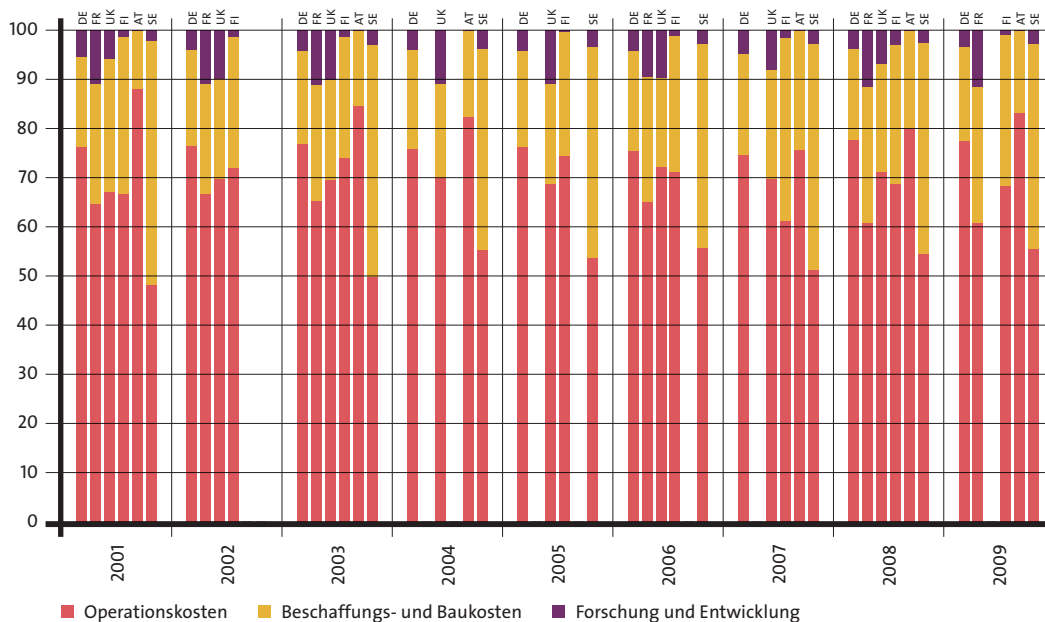
Quelle: NATO¹¹⁹118 *Ibid.*119 *Ibid.*

Der in obiger Grafik dargestellte Anteil der sogenannten anderen Ausgaben an den Verteidigungsausgaben war über die letzten 20 Jahre hinweg relativ stabil. Im Vereinigten Königreich war er eindeutig am höchsten. Der Anteil war in Deutschland durchschnittlich etwa 10% niedriger. Frankreich hingegen wendete einen eindeutig kleineren Anteil der Verteidigungsausgaben für andere Ausgaben auf als die beiden anderen Regionalmächte. In Deutschland belief sich 1990 der Anteil der anderen Ausgaben an den Verteidigungsausgaben auf 24,3%. 2011 waren es mit 27,2% leicht mehr. In Frankreich stieg der Anteil zwischen 1999 und 2011 von 15,9 um 3,9 auf 19,8%. Das Vereinigte Königreich verzeichnete innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte einen moderaten Anstieg von 36,4 (1990) auf 38,3% (2010).

Grafik 23

Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten 2001–2009

In Prozent



Quelle: UNODA¹²⁰

Anhand von UNODA-Daten kann die Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten innerhalb des letzten Jahrzehnts für alle sechs untersuchten Staaten mehr oder weniger präzise in Prozent berechnet und trotz beachtlicher Datenlücken in der obigen Grafik dargestellt werden. Zwischen 2001 und 2009 wendeten sowohl die Regionalmächte als auch die Neutralen respektive Allianzfreien den grössten Teil ihrer Verteidigungsausgaben für die Operationskosten auf. Darin enthalten sind neben den eigentlichen Operations- auch die Unterhalts- sowie die Personalkosten. An zweiter Stelle stehen in allen sechs Staaten die Beschaffungs- und Baukosten. Die Forschung und Entwicklung hingegen hatte in allen der untersuchten Länder den bei weitem kleinsten Anteil an den Verteidigungsausgaben.

Im länderübergreifenden Vergleich war der Anteil der Operationskosten an den Verteidigungsausgaben in Österreich am grössten. An zweiter Stelle folgt Deutschland. Dann kommen das Vereinigte Königreich und Finnland, die gewissermassen das Mittelfeld bilden. Der Anteil der Operationskosten an den Verteidigungsausgaben in Frankreich war bereits kleiner und in Schweden war er schliesslich am niedrigsten. Bei den Beschaffungs- und Baukosten hingegen hatte Schweden über das letzte Jahrzehnt hinweg den grössten Anteil. Darauf folgten in ab-

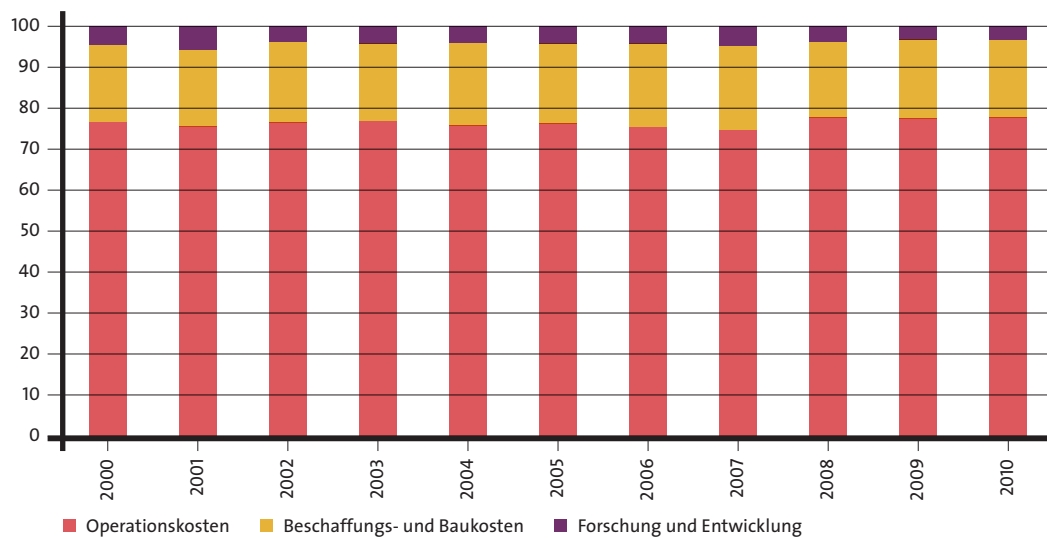
120 Es fehlen die Daten für folgende Staaten und Jahre: Frankreich (2004, 2005, 2007), Vereinigtes Königreich (2009), Finnland (2004), Österreich (2002, 2005, 2006), Schweden (2002).

steigender Reihenfolge Finnland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, Deutschland und schliesslich Österreich. Für die Forschung und Entwicklung wendete Frankreich vor dem Vereinigten Königreich den grössten Anteil der Verteidigungsausgaben auf. An dritter Stelle steht Deutschland, gefolgt von Schweden. Den deutlich kleinsten Anteil hatten die Forschungs- und Entwicklungskosten schliesslich in Finnland und insbesondere in Österreich, wo der Anteil so verschwindend klein war, dass er auf der Grafik nicht einmal ersichtlich ist. Um diesen und andere länderspezifische Aspekte genauer aufzuzeigen, befassen sich die folgenden Grafiken (24–29) spezifisch mit der Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten in den jeweiligen Ländern.

Grafik 24

Deutschland – Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten 2000–2010

In Prozent

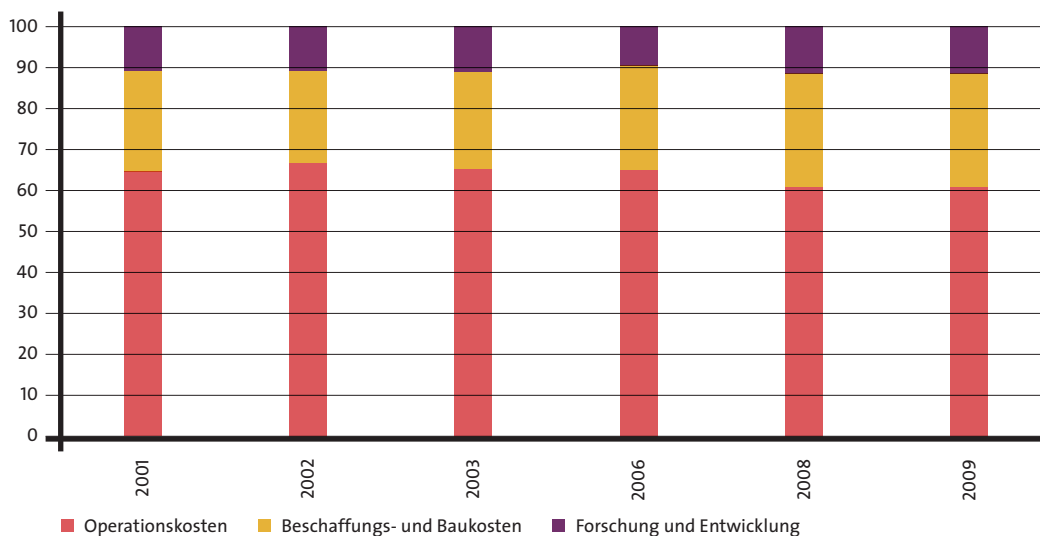


Quelle: UNODA

In Deutschland blieben die Anteile der Forschungs- und Entwicklungs-, der Beschaffungs- und Bau- sowie der Operationskosten zwischen 2000 und 2010 äusserst konstant. 2000 belief sich der Anteil der Operationskosten auf 76,5%, 2010 war er mit 77,5% nur wenig höher. Der Anteil der Beschaffungs- und Baukosten belief sich sowohl 2000 als auch 2010 auf 19%. Der Anteil der Forschung und Entwicklung an den Verteidigungsausgaben hingegen sank in diesem Zeitraum von 4,5 auf 3,5%.

Grafik 25
Frankreich – Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten
2001–2009

In Prozent

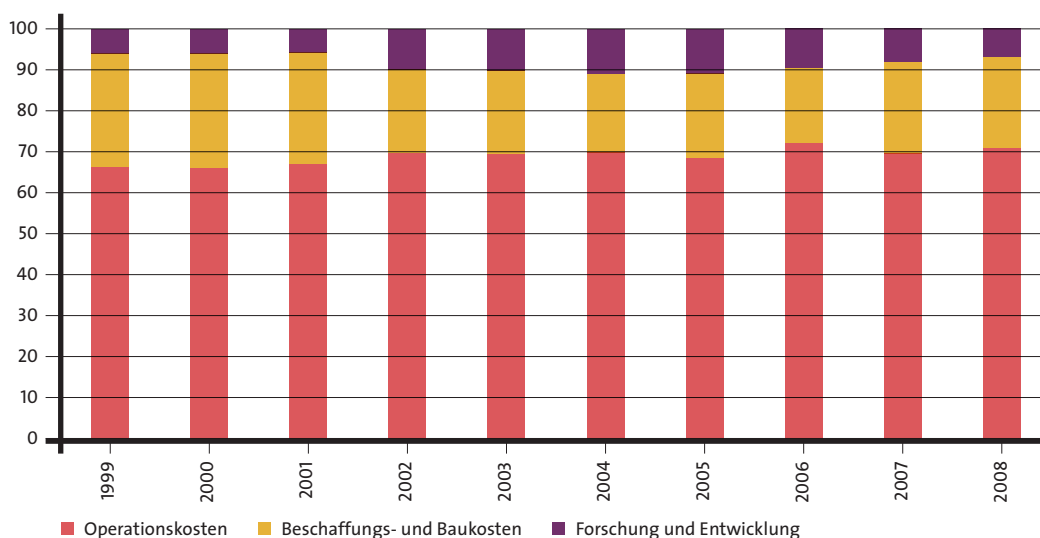


Quelle: UNODA¹²¹

Auch in Frankreich blieben die Anteile der verschiedenen Ressourcenkosten innerhalb des letzten Jahrzehnts ziemlich konstant. 2001 belief sich der Anteil der Operationskosten an den Verteidigungsausgaben auf 64,5%. Trotz eines moderaten Anstiegs im folgenden Jahr sank er bis 2009 jedoch auf 61%. Die Beschaffungs- und Baukosten beanspruchten zu Beginn des neuen Jahrtausends einen Anteil von 24,5%. Bis 2009 stieg dieser auf 27,5% an. Der Forschungs- und Entwicklungsanteil war am stabilsten und vergrößerte sich zwischen 2001 und 2009 um lediglich 0,5 von 11 auf 11,5%.

Grafik 26
Vereinigtes Königreich – Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten
1999–2008

In Prozent



Quelle: UNODA¹²²

121 Die Datenlage zu Frankreich ist lückenhaft.

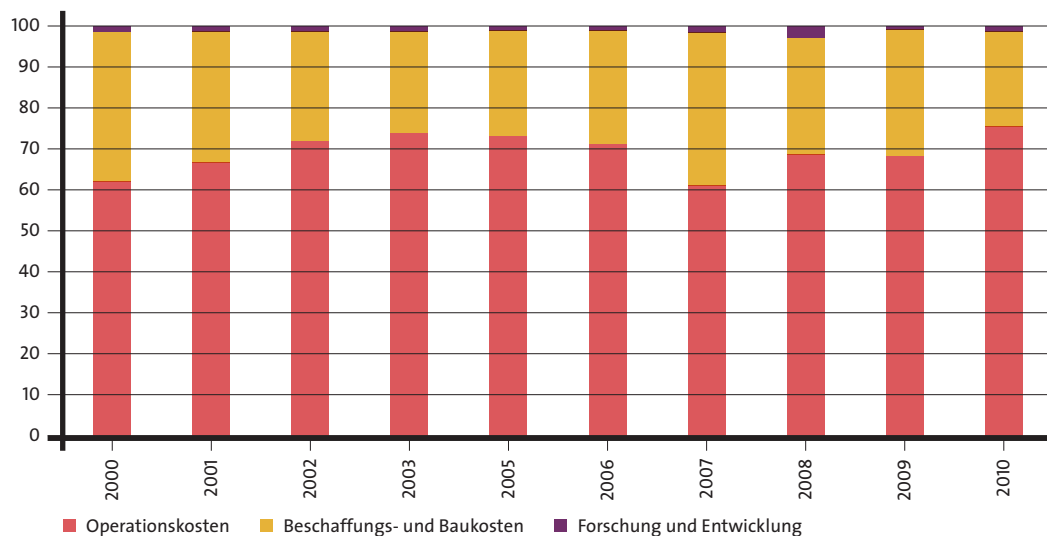
122 Für 2009 fehlen die Daten.

Im Vereinigten Königreich blieb die Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten innerhalb des letzten Jahrzehnts ebenfalls relativ konstant. Zwischen 1999 und 2008 fand dennoch eine leichte Umverteilung von den Beschaffungs- und Konstruktions- auf die Operationskosten statt. Während die Operationskosten 1999 noch 66% der Verteidigungsausgaben in Anspruch nahmen, stieg ihr Anteil bis 2008 um 5 auf 71%. Der Anteil der Beschaffungs- und Baukosten hingegen reduzierte sich in derselben Zeit von 28 auf 22%. Der Forschungs- und Entwicklungsanteil blieb relativ stabil und vergrößerte sich zwischen 1999 und 2008 von 6 auf 7% um nur 1%.

Grafik 27

Finnland – Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten 2000–2010

In Prozent



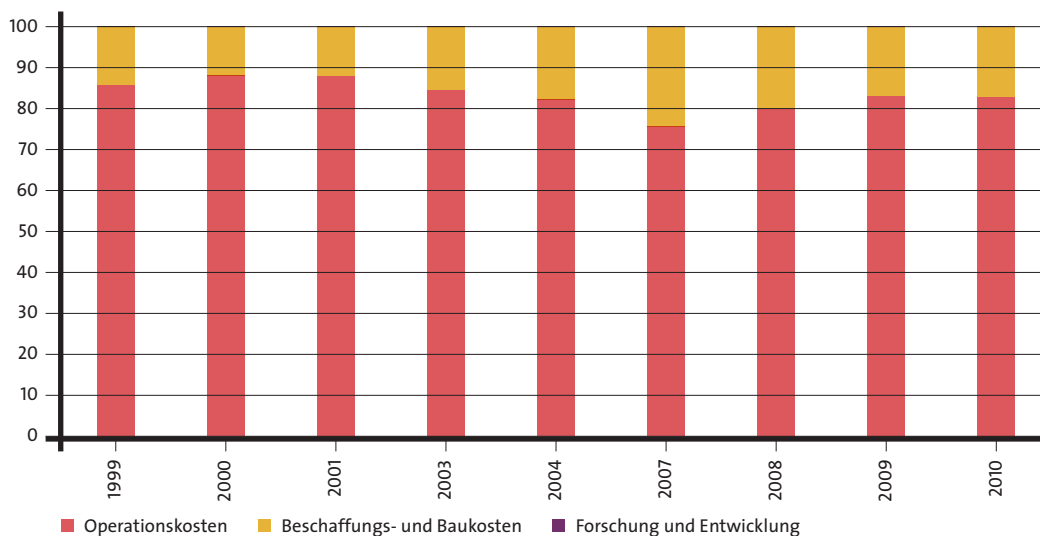
Quelle: UNODA¹²³

Wie im Vereinigten Königreich fand innerhalb des letzten Jahrzehnts auch in Finnland eine Umverteilung von den Beschaffungs- und Bau- auf die Operationskosten statt. Der Anteil für die Forschung und Entwicklung an den Verteidigungsausgaben stagnierte hingegen auf niedrigem Niveau. Zwischen 2000 und 2010 stieg der Anteil der Operationskosten um 13,5% von 62 auf 75,5%. Gleichzeitig gingen diese 13,5% beim Anteil der Beschaffungs- und Baukosten verloren, der von 36,5 auf 23% abnahm. Der Forschungs- und Entwicklungsanteil betrug sowohl 2000 als auch 2010 1,5%.

123 Für 2004 fehlen die Daten.

Grafik 28
Österreich – Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten
1999–2010

In Prozent

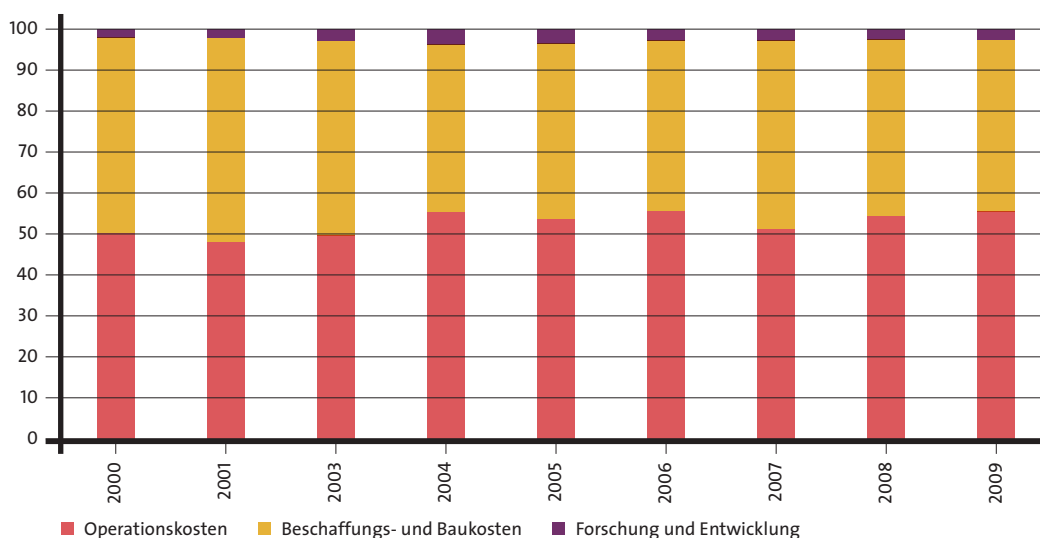


Quelle: UNODA¹²⁴

Im Gegensatz zum Vereinigten Königreich und Finnland fand in Österreich innerhalb des letzten Jahrzehnts eine sehr moderate Umverteilung von den Operations- auf die Beschaffungs- und Baukosten statt. Der Anteil der Forschung und Entwicklung an den Verteidigungsausgaben war jedoch über den gesamten betrachteten Zeitraum dermassen klein – meist bedeutend weniger als 0,1% –, dass er durch das Aufrunden der berechneten Prozentsätze in dieser Beschreibung sogar weggelassen werden muss. Der Anteil der Operationskosten an den Verteidigungsausgaben reduzierte sich zwischen 1999 und 2010 um 3% von 86 auf 83%. Im Gegenzug nahm der Anteil der Beschaffungs- und Baukosten um 3% von 14 auf 17% zu.

Grafik 29
Schweden – Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten
2000–2009

In Prozent



Quelle: UNODA¹²⁵

124 Die Datenlage zu Österreich ist lückenhaft.

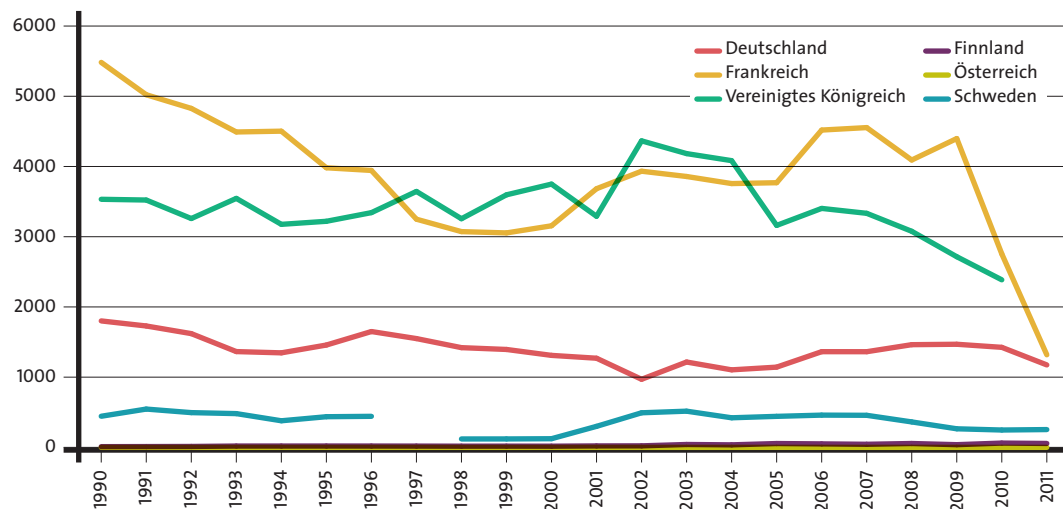
125 Für 2002 fehlen die Daten.

Anders als in Österreich, doch wie im Vereinigten Königreich und in Finnland, fand in Schweden innerhalb des letzten Jahrzehnts eine moderate Umverteilung von den Beschaffungs- und Bau- auf die Operationskosten statt. Gleichzeitig verzeichnete der Forschungs- und Entwicklungsanteil an den Verteidigungsausgaben eine leichte Zunahme. Zwischen 2000 und 2009 stieg der Anteil der Operationskosten um 5,5% von 50 auf 55,5%. Der Anteil der Beschaffungs- und Baukosten nahm hingegen um 6% von 48 auf 42% ab. Davon «profitierte» auch die Forschung und Entwicklung, ihr Anteil wuchs um bescheidene 0,5% von 2 auf 2,5%.

Grafik 30

Haushaltsbewilligungen oder Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung 1990–2011

Mio. US\$ nach Kaufkraftparität



Quelle: OECD¹²⁶

Die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung lassen sich anhand der OECD-Daten für alle Staaten über den gesamten Untersuchungszeitraum genauer betrachten. Die in Grafik 30 dargestellten Zahlen, die in Millionen US\$ nach Kaufkraftparität umgerechnet sind, zeigen sowohl bei den Regionalmächten als auch bei den Neutralen und Allianzfreien – mit Ausnahme von Finnland, wo die Tendenz nach oben zeigt – eine Abnahme der Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit dem Ende des Kalten Kriegs auf. Gleichzeitig lässt sich erkennen, dass die beiden NATO-Mächte und permanenten Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats eindeutig am meisten finanzielle Mittel für die militärische Forschung und Entwicklung aufwendeten. Dabei lag Frankreich bis zum Ende des letzten Jahrzehnts meist vor dem Vereinigten Königreich – trotz des schwer zu erklärenden Sinkflugs der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung ab 2009.

Auch wenn Deutschland über die grösste Volkswirtschaft Europas verfügt, waren die staatlichen Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung verglichen mit denen der anderen beiden Regionalmächte relativ bescheiden. Dagegen ist es kaum überraschend, dass in den kleineren neutralen respektive allianzfreien Staaten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung niedrig bis verschwindend klein waren. Schweden bildet wegen seiner umfangreichen Rüstungsindustrie und insbesondere wegen des fortlaufenden Kampfflugzeugprogramms eine Ausnahme. Die schwedische Regierung wendete eindeutig mehr finanzielle Mittel für die militärische Forschung und Entwicklung auf als Finnland und insbesondere Österreich. Da

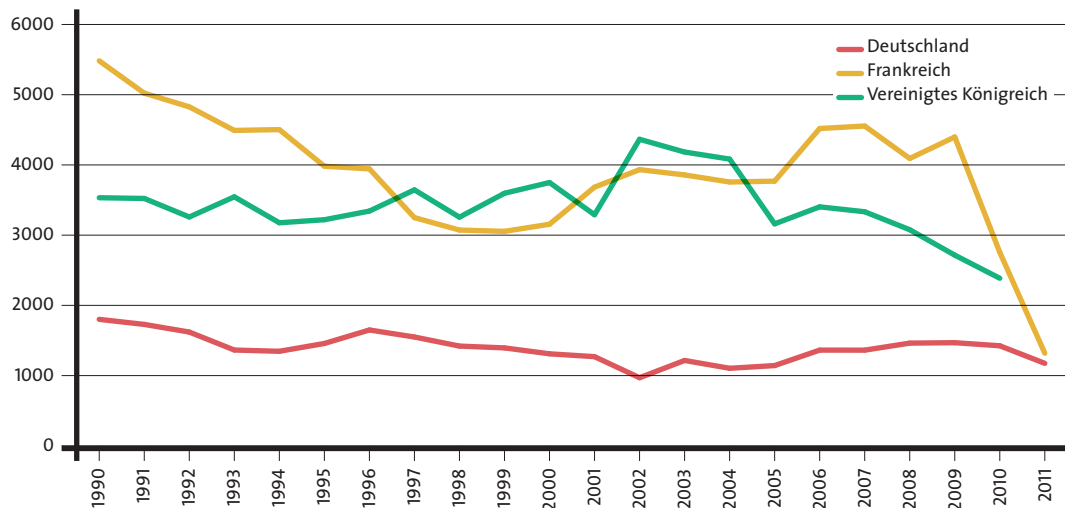
126 Es gibt für Schweden im Jahr 1997 und für das Vereinigte Königreich im Jahr 2011 keine Daten.

die finanziellen Aufwendungen der Regionalmächte für Forschung und Entwicklung um vieles grösser waren als jene der relativ kleinen neutralen respektive allianzfreien Staaten, findet die genauere Betrachtung der Haushaltsbewilligungen und Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung zwischen 1990 und 2011 innerhalb der jeweiligen «sicherheitspolitischen Gruppen» statt (siehe Grafiken 31 und 32).

Grafik 31

Haushaltsbewilligungen oder Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung 1990–2011

Mio. US\$ nach Kaufkraftparität



Quelle: OECD¹²⁷

In Deutschland nahmen die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung zwischen 1990 und 2011 kontinuierlich und relativ moderat, jedoch von einem bereits tiefen Niveau ab. Im Vereinigten Königreich blieben die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf einem deutlich höheren Niveau zunächst ziemlich stabil und nahmen zu Beginn des neuen Jahrtausends sogar deutlich zu. Nach 2004 setzte jedoch ein markanter und anhaltender Abwärtstrend ein. In Frankreich fielen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung über die gesamten 1990er Jahre. Erst um die Jahrtausendwende stiegen sie wieder an, verzeichneten jedoch, wie bereits erwähnt, nach 2009 einen dramatischen Absturz. Der Grund ist wahrscheinlich in der Datenerhebung oder den französischen Buchhaltungsmethoden zu suchen. In Deutschland beliefen sich die militärischen Forschungs- und Entwicklungskosten 1990 auf 1800,754 Millionen US\$ (nach Kaufkraftparität). 2011 waren es mit 1174,232 Millionen US\$ bedeutend weniger. Wenn man den OECD-Zahlen Vertrauen schenkt, so wurden in Frankreich zwischen 1990 und 2011 die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung um mehr als 4000 von 5482,329 auf 1318,386 Millionen US\$ gekürzt. Im Vereinigten Königreich wurden die Forschungs- und Entwicklungskosten ebenfalls gesenkt, jedoch weniger drastisch. Zwischen 1990 und 2010 fielen sie von 3532,811 auf 2386,15 Millionen US\$.

127 Es gibt für das Vereinigte Königreich im Jahr 2011 keine Daten.

Grafik 32 Haushaltsbewilligungen oder Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung 1990–2011

Mio. US\$ nach Kaufkraftparität



Quelle: OECD¹²⁸

Wie bereits erwähnt, bildet Finnland eine Ausnahme, da es das einzige der untersuchten Länder ist, in dem die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte zunahm. Dieses Wachstum erfolgte in zwei Schritten: zuerst zu Beginn der 1990er Jahre und dann während des letzten Jahrzehnts. In Österreich hingegen wurden die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung fast halbiert. Diese Tendenz ist in der Grafik jedoch nicht ersichtlich, da die österreichischen Beträge so tief waren. In Schweden verzeichneten die staatlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben über den gesamten Zeitraum, jedoch insbesondere gegen Ende der 1990er Jahre, einen drastischen Rückgang. Zwar ging es zu Beginn des neuen Jahrtausends kurz steil nach oben, doch nur wenige Jahre später zeigt die Kurve bereits wieder nach unten. In Finnland wurden die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung zwischen 1990 und 2011 mit einem Anstieg von 10,242 auf 55,75 Millionen US\$ mehr als verfünffacht. In Österreich gingen die Forschungs- und Entwicklungskosten im selben Zeitraum von 0,223 auf 0,131 Millionen US\$ weiter zurück und wurden noch unbedeutender. Auch die schwedische Regierung reduzierte innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte die Forschungs- und Entwicklungskosten, jedoch auf einem kaum vergleichbar hohen Niveau, von 443,254 auf 253,536 Millionen US\$.

Die Verteidigungsausgaben können und sollten auch in Bezug auf die Teilstreitkräfte betrachtet werden. Wie bei der Verteilung der Verteidigungsausgaben nach Ressourcenkosten können die Anteile der Teilstreitkräfte an den Militärausgaben innerhalb des letzten Jahrzehnts anhand von UNODA-Daten für alle sechs untersuchten Staaten mehr oder weniger präzise in Prozent berechnet und trotz beachtlicher Datenlücken dargestellt werden. Die folgende Serie von Grafiken untersucht im länderübergreifenden Vergleich die Anteile der Armee, der Marine und der Luftwaffe an den Verteidigungsausgaben.¹²⁹

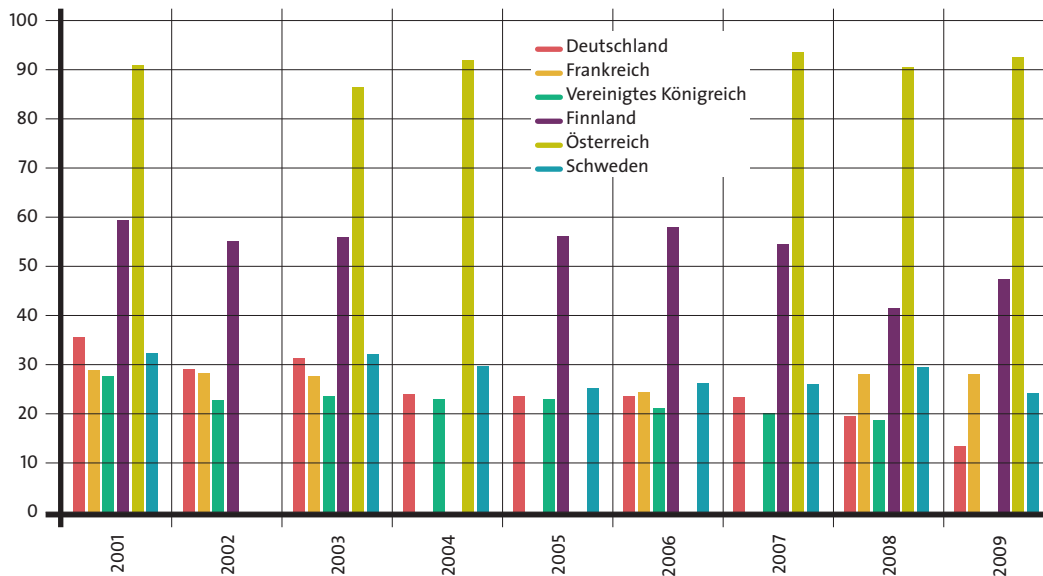
¹²⁸ Es gibt für Schweden im Jahr 1997 keine Daten.

¹²⁹ Wenn man die Anteile der Teilstreitkräfte auf nationaler Ebene zusammenrechnet, ergibt das Resultat nicht 100%, da die Summe der UNODA-Daten auch stark variierende und teils kaum aussagekräftige Zahlen zu anderen Budgetposten, wie Kommando, Unterstützung, Peacekeeping etc., beinhalten.

Grafik 33

Armee – Anteil an den gesamten Verteidigungsausgaben 2001–2009

In Prozent

Quelle: UNODA^{130/131}

Innerhalb des letzten Jahrzehnts nahm der in Grafik 33 dargestellte Anteil der Armee an den gesamten Verteidigungsausgaben in allen Staaten ausser in Österreich ab. Die Abnahme war insbesondere in Deutschland bedeutend, wo der Armeanteil fast um die Hälfte reduziert wurde. Jedoch auch im Vereinigten Königreich ging der Anteil der Armee mit einem Minus von ungefähr 10% markant zurück. Auch der Anteil der schwedischen Armee verlor beinahe 10%, während jener der französischen und der finnischen Armee mit einem relativ unbedeutenden Minus eher stagnierte. Wie bereits erwähnt, nahm der Armeanteil in Österreich zwischen 2001 und 2009 im Gegensatz zu den anderen Staaten leicht zu. Im länderübergreifenden Vergleich hatte die österreichische Armee ausserdem über die Jahre hinweg den mit Abstand grössten Anteil an den Verteidigungsausgaben. Dies ist dadurch bedingt, dass Österreich als Binnenland keine Marine besitzt und die Luftwaffe als Teil der Armee miteingerechnet wurde. Den nächstgrössten Anteil hielt die finnische Armee. An dritter Stelle stand zur Jahrtausendwende die deutsche Armee. Dieser Platz wurde 2009 jedoch von Frankreich eingenommen, das 2001 noch an zweitletzter Stelle gestanden hatte. Die schwedische Armee hingegen konnte innerhalb des letzten Jahrzehnts trotz reduziertem Anteil ihre vierte Position halten. Die Armee des Vereinigten Königreichs hielt gegen Ende des letzten Jahrzehnts vor Deutschland den zweitkleinsten Anteil und rückte damit eine Position vor.

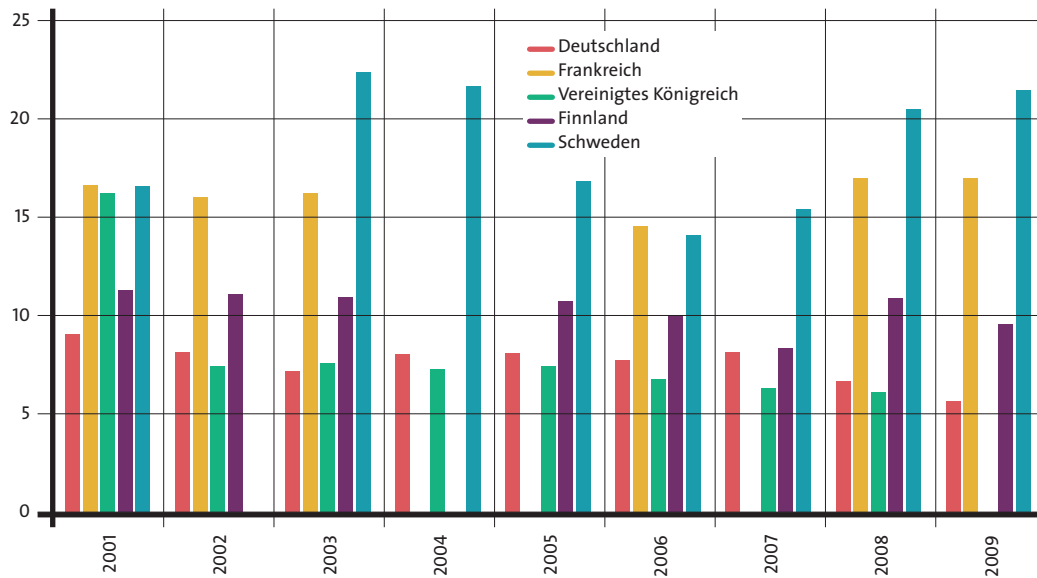
130 Es fehlen die Daten für folgende Staaten und Jahre: Frankreich (2004, 2005, 2007), Vereinigtes Königreich (2009), Finnland (2004), Österreich (2002, 2005, 2006), Schweden (2002).

131 Die Daten zu Österreich beinhalten auch die Luftwaffe.

Grafik 34

Marine – Anteil an den gesamten Verteidigungsausgaben 2001–2009

In Prozent

Quelle: UNODA¹³²

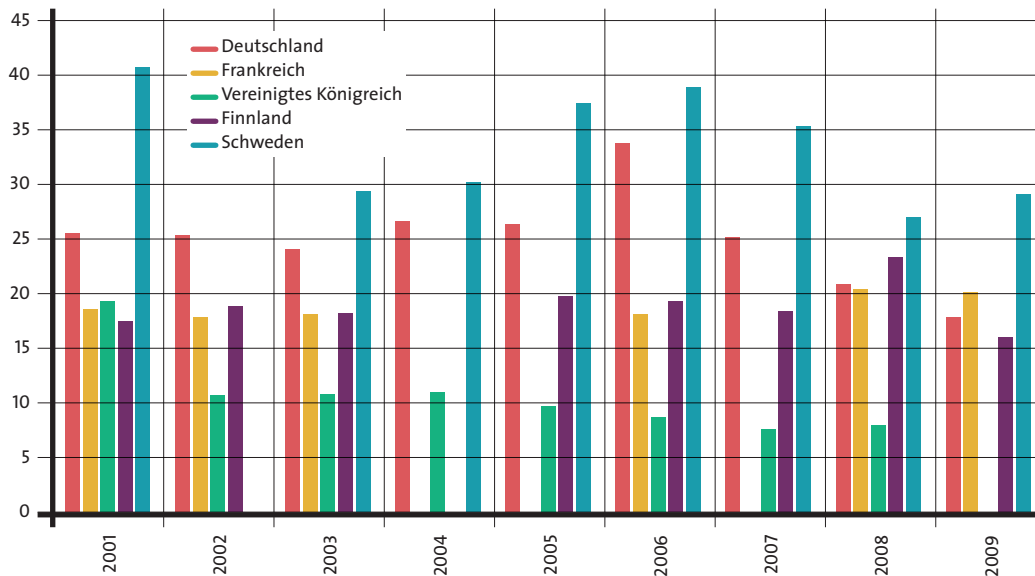
Wie aus Grafik 34 ersichtlich, nahm der Anteil der Marine an den gesamten Verteidigungsausgaben zwischen 2001 und 2009 in Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Finnland ab. Während die finnische Marine nur wenig von ihrem Anteil einbüßte, ging dieser in Deutschland und insbesondere im Vereinigten Königreich erheblich zurück. In Frankreich und Schweden nahm er hingegen zu. Im Fall der französischen Marine war der Anstieg sehr moderat. Der Anteil der schwedischen Marine verzeichnete jedoch eine bedeutende Zunahme. Zu Beginn des Jahrtausends wendeten Frankreich, das Vereinigte Königreich und Schweden den grössten Anteil für die Marine auf. Der Anteil der finnischen Marine kam an vierter und jener der deutschen Marine an fünfter und letzter Stelle. Während gegen Ende des letzten Jahrzehnts Deutschland noch immer den kleinsten Anteil für die Marine aufwendete, gab Schweden den mit Abstand grössten Anteil für die Marine aus. Auf Schweden folgten in absteigender Reihenfolge Frankreich, Finnland und das Vereinigte Königreich.

132 Es fehlen die Daten für folgende Staaten und Jahre: Frankreich (2004, 2005, 2007), Vereinigtes Königreich (2009), Finnland (2004), Schweden (2002).

Grafik 35

Luftwaffe – Anteil an den gesamten Verteidigungsausgaben 2001–2009

In Prozent

Quelle: UNODA^{133/134}

Der Anteil der Luftwaffe an den gesamten Verteidigungsausgaben nahm innerhalb des letzten Jahrzehnts mit Ausnahme von Frankreich in allen in Grafik 35 aufgeführten Staaten ab. Im Vereinigten Königreich und in Schweden war die Abnahme mit einem Minus von mehr als 10% besonders bezeichnend. In Deutschland büsste die Luftwaffe immerhin mehr als ein Fünftel ihres Anteils ein. Die finnische Luftwaffe konnte ihren Anteil trotz leichtem Minus mehr oder weniger halten. Die französische Luftwaffe hingegen baute ihren Anteil, wie bereits erwähnt, leicht aus. Schweden wendete sowohl 2001 als auch 2009 den grössten Teil für die Luftwaffe auf. Zu Beginn des neuen Jahrtausends folgten darauf in absteigender Reihenfolge Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und schliesslich Finnland. Gegen Ende des letzten Jahrzehnts hingegen folgten auf Schweden in absteigender Reihenfolge Frankreich, Deutschland, Finnland und schliesslich das Vereinigte Königreich.

133 *Ibid.*

134 Österreich ist in dieser Grafik nicht enthalten, da die Luftwaffe – wie bereits erwähnt – mit der Armee zusammengefasst wurde.

6. Schlussfolgerung

Das Ende des Kalten Kriegs führte zu grundlegenden Veränderungen in der sicherheitspolitischen Landschaft Europas. Anstelle von konventionellen Konflikten traten zunehmend asymmetrische und transnationale Gefahren und Risiken in den Vordergrund. Dies führte in den europäischen Verteidigungsministerien zu einem erheblichen Spardruck. Die Streitkräfte mussten nicht nur den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasst werden, sondern auch den verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen. Dies sowie steigende Betriebs- und Investitionskosten führten zu Verteidigungsreformen. Die Transformation der Streitkräfte und insbesondere deren Professionalisierung verursachten zusätzliche Kosten, die wiederum militärische Reformen anstießen. Obwohl die Verteidigungsetats ab der Jahrtausendwende stabilisiert oder sogar angehoben werden konnten, hält dieser Zyklus bis heute an. Denn einerseits konnten die Militärausgaben nicht mit der Inflation im Verteidigungsbereich mithalten, andererseits wurde diesem «Aufwärtstrend» durch die globale Finanzkrise und deren Folgen ein abruptes Ende gesetzt. Seit ein paar Jahren muss die Mehrheit der europäischen Verteidigungsminister wieder sparen.

Eine wichtige Ausnahme in Europa bildet Russland. Ungeachtet der wirtschaftlichen Fluktuationen hob der Kreml die Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich und bedeutend an. Russland scheint jedoch einen gewissen «Nachholbedarf» gehabt zu haben. Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion waren die einst beeindruckenden Verteidigungsausgaben dermassen gesunken, dass sie unter anderem ausschlaggebend für den Rückgang der weltweiten Verteidigungsausgaben während der 1990er Jahre waren. Die globalen Ausgaben für Verteidigung stiegen erst wieder ab der Jahrtausendwende. Dafür war jedoch nicht Russland, sondern dessen ehemaliger Widersacher aus dem Kalten Krieg, die Vereinigten Staaten, ausschlaggebend. Neben Amerika trugen jedoch auch fast alle anderen Weltregionen zu diesem Anstieg bei. In Afrika, in Asien und Ozeanien und im Nahen Osten waren die Verteidigungsausgaben 2011 bedeutend höher als noch 1990. Einzig in Europa nahmen die Militärausgaben während dieser Periode ab. Die Reduktion ging jedoch von einem sehr hohen Niveau aus, und Europa ist noch immer für fast ein Viertel der weltweiten Verteidigungsausgaben verantwortlich. Trotz unterschiedlicher Entwicklungen der Verteidigungsetats in Europas Subregionen wird der Anteil voraussichtlich kontinuierlich weiter abnehmen.

In Zusammenwirkung mit den neuen strategischen Anforderungen haben die reduzierten Verteidigungsbudgets seit 1990 zu einer drastischen Verkleinerung der europäischen Streitkräfte geführt. Dabei verlagerte sich auch das Aufgabenspektrum weg von der Territorialverteidigung hin zu Krisenmanagementoperationen und Auslandseinsätzen in einem mehrheitlich multilateralen Rahmen. Auch die hier untersuchten Regionalmächte – Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich – und die neutralen respektive allianzfreien Staaten – Finnland, Österreich und Schweden – waren alle in verschiedenlichem Ausmass Teil dieser Transformationsprozesse. Auch wenn sich die Verteidigungsausgaben dieser Staaten innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte nicht durchgehend nach demselben Muster entwickelten, mussten sie sich alle verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen anpassen.

Obwohl die Verteidigungsausgaben als solche bei einigen der untersuchten Staaten mittlerweile nicht unbedingt niedriger, sondern sogar höher sind als noch 1990, hat sowohl der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP als auch jener an den Staatsausgaben bei allen Regionalmächten und Neutralen respektive Allianzfreien abgenommen. Gleichzeitig stiegen jedoch bei allen sechs Staaten die Ausgaben pro Armeeeingehörigem. Dabei wurde trotz deutlich kleinerer Streitkräftebestände der Grossteil für das Personal und andere sogenannte Operations-

kosten aufgewendet. Die Ausrüstung und die Infrastruktur erhielten weit weniger finanzielle Mittel, während die Forschung und Entwicklung den bei weitem kleinsten Anteil an den Verteidigungsausgaben ausmachte. Mit Ausnahme von Finnland wurden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in allen Staaten reduziert. In Bezug auf die Anteile der Teilstreitkräfte an den Verteidigungsausgaben lässt sich trotz der sich in verschiedenen Staaten zuspitzenden Verteilungskämpfe zwischen Armee, Marine und Luftwaffe kein bedeutender und generalisierbarer Trend feststellen.

Es ist jedoch absehbar, dass kostenintensive Teilstreitkräfte wie die Luftwaffe unter dem kürzlich wiederentfachten und rigorosen Spardruck leiden werden. Bereits seit dem Ende des Kalten Kriegs sahen sich die untersuchten Staaten damit konfrontiert, ein stetig wachsendes Aufgabenspektrum mit proportional und kontinuierlich schwindenden Mitteln abdecken zu müssen. Dies wird wie in der jüngeren Vergangenheit auch in Zukunft zu bedeutenden Kapazitätseinbußen führen. Die Streitkräfte werden weiter schrumpfen, kostenintensive Einheiten werden verkleinert oder gar ausgemustert und Anschaffungen von neuen Waffensystemen und -plattformen werden in der Stückzahl nach unten korrigiert, aufgeschoben oder gar gestrichen. Diese Entwicklung betrifft nicht nur die hier untersuchten, sondern die Mehrheit der europäischen Staaten. Eine Schwächung der militärischen Verteidigungs- und Expeditionsfähigkeit Europas scheint unausweichlich, denn die Bemühungen der EU, die Kräfte unter den Schlagwörtern «pooling» und «sharing» im Rahmen der GSVP zu vereinen, drohen an den nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten zu scheitern.

7. Bibliographie

Übersichtswerke

- International Institute for Strategic Studies, *Military Balance 1990–2012*, Abingdon: Routledge, 1990–2012.
- Stockholm International Peace Research Institute, *SIPRI Yearbook 1990–2011: Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford: Oxford University Press, 1990–2011.

Methode

- Brzoska, Michael, «World Military Expenditures», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 45–67.
- Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995.
- Hartley, Keith; Sandler Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 2*, Amsterdam etc.: Elsevier, 2007.
- Hartley, Keith; Sandler, Todd, «Introduction», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 1–11.
- Hartley, Keith; Sandler, Todd, «Defense in a Globalized World: An Introduction», in Hartley, Keith; Sandler Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 2*, Amsterdam etc.: Elsevier, 2007, S. 607–621.
- McGuire, Martin C., «Defense Economics and International Security», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 13–43.
- McGuire, Martin C., «Economics of Defense in a Globalized World», in Hartley, Keith; Sandler Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 2*, Amsterdam etc.: Elsevier, 2007, S. 623–648.
- Ram, Rati, «Defense Expenditure and Economic Growth», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 251–273.
- Sandler, Todd; Hartley, Keith, *The Economics of Defense*, Cambridge: Cambridge University Press, 1995.
- Smith, Ron, «The Demand for Military Expenditure», in Hartley, Keith; Sandler, Todd (Hrsg.), *Handbook of Defense Economics, Volume 1*, Amsterdam etc.: Elsevier, 1995, S. 69–87.
- Smith, Ron, *Military Economics: The Interaction of Power and Money*, Basingstoke etc.: Palgrave Macmillan, 2009.

Sekundärliteratur

Länderübergreifend

- Alexander, Michael; Garden, Timothy, «The Arithmetic of Defence Policy», *International Affairs*, Bd. 77, Nr. 3, 2001, S. 509–529.
- Bove, Vincenzo; Cavatorta, Elisa, «From Conscription to Volunteers: Budget Shares in NATO Defence Spending», *Defence and Peace Economics*, Bd. 23, Nr. 3, 2012, S. 273–288.
- Dyson, Tom, «Convergence and Divergence in Post-Cold War British, French, and German Military Reforms: Between International Structure and Executive Autonomy», *Security Studies*, Bd. 17, Nr. 4, 2008, S. 725–774.
- Giegerich, Bastian, «Budget Crunch: Implications for European Defence», *Survival*, Bd. 52, Nr. 4, 2010, S. 87–98.
- Hofbauer, Joachim; Levy, Roy; Sanders, Gregory, *European Defense Trends: Budgets, Regulatory Frameworks, and the Industrial Base: A Report of the CSIS Defense-Industrial Initiatives Group*, Washington DC: Center for Strategic and International Studies, 2010.
- King, Anthony, *The Transformation of Europe's Armed Forces: From the Rhine to Afghanistan*, Cambridge: Cambridge University Press, 2011.
- Mampey, Luc, *Dépenses militaires, production et transferts d'armes: Compendium 2012*, Brüssel: Groupe de recherche et d'information sur la paix et la sécurité (GRIP), 2012.
- Möller, Ulrika; Bjereld, Ulf, «From Nordic Neutrals to Post-Neutral Europeans: Differences in Finnish and Swedish Policy Transformation», *Cooperation and Conflict*, Bd. 45, Nr. 4, 2010, S. 363–386.
- Mölling, Christian; Brune, Sophie-Charlotte; Dickow, Marcel, *Finanzkrise und Verteidigungskooperation: Materialien zu acht europäischen Ländern*, Arbeitspapier, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2010.
- Mölling, Christian; Brune, Sophie-Charlotte, *The Impact of the Financial Crisis on European Defence*, Directorate-General for External Policies of the Union, Policy Department, Brüssel: Europäisches Parlament, 2011.
- Mölling, Christian, «Europe without Defence», *SWP Comments*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2011.
- Mölling, Christian, «I. Trends within the European Union», in O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 6–7.
- O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012.
- Rickli, Jean-Marc, «European Small States' Military Policies after the Cold War: From Territorial to Niche Strategies», *Cambridge Review of International Affairs*, Bd. 21, Nr. 3, 2008, S. 307–325.

Länderspezifisch

Deutschland

- Agüera, Martin, «Reform of the Bundeswehr: Defense Policy Choices for the Next German Administration», *Comparative Strategy*, Bd. 21, Nr. 3, 2002, S. 179–202.
- Brück, Tilman; de Groot, Olaf J.; Schneider, Friedrich, «The Economic Costs of the German Participation in the Afghanistan War», *Journal of Peace Research*, Bd. 48, Nr. 6, 2011, S. 793–805.
- Die Neuausrichtung der Bundeswehr: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten*, Berlin: Bundesministerium der Verteidigung, März 2012.
- Dyson, Tom, «German Military Reform 1998–2004: Leadership and the Triumph of Domestic Constraint over International Opportunity», *European Security*, Bd. 14, Nr. 3, 2005, S. 361–386.
- Fischer, Sebastian, «De Maizière schrumpft die Armee», *Spiegel Online*, 18.05.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrreform-de-maiziere-schrumpft-die-armee-a-763273.html> (Zugriff am 12.10.2012).
- Giegerich, Bastian, «III. Germany», in O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 15–18.
- Keller, Patrick, «Germany in NATO: The Status Quo Ally», *Survival*, Bd. 54, Nr. 3, 2012, S. 95–110.
- Lange, Sascha, *Neue Bundeswehr auf altem Sockel*, SWP-Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005.
- Longhurst, Kerry, «The Reform of the German Armed Forces», *European Security*, Bd. 9, Nr. 4, 2000, S. 31–44.
- Meiers, Franz-Josef, «The Reform of the Bundeswehr: Adaptation or Fundamental Renewal?», *European Security*, Bd. 10, Nr. 2, 2001, S. 1–22.
- Meiers, Franz-Josef, «Germany's Defence Choices», *Survival*, Bd. 47, Nr. 1, 2005, S. 153–165.
- Peters, Susanne, «Germany's Security Policy after Unification: Taking the Wrong Models», *European Security*, Bd. 6, Nr. 1, 1997, S. 18–47.
- Sperling, James, «Germany and European Security Governance: How Well Does the Birmingham Model Perform», *European Security*, Bd. 18, Nr. 2, 2009, S. 125–150.

Frankreich

- Aufrant, Marc, «France and its Allies: A Comparative Study of Defence Spending Trends Since 1985», *Defence and Peace Economics*, Bd. 10, Nr. 1, 1999, S. 79–102.
- Coulomb, Fanny; Fontanel, Jacques, «An Economic Interpretation of French Military Expenditures», *Defence and Peace Economics*, Bd. 16, Nr. 4, 2005, S. 297–315.

- Foucault, Martial, *Les budgets de défense de la France, entre déni et déclin*, Focus stratégique, Nr. 36, Institut français des relations internationales, April 2012.
- Gautier, Louis, *La défense de la France après la guerre froide: Politique militaire et forces armées depuis 1989*, Paris: Presses Universitaires de France, 2009.
- Grand, Camille, «IV. France», in O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 19–22.
- Premier Ministre, «Livre blanc sur la défense et la sécurité nationale», *Portail du Gouvernement*, <http://www.gouvernement.fr/gouvernement/livre-blanc-sur-la-defense-et-la-securite-nationale-0> (Zugriff am 03.12.2012).
- Rynning, Sten, «French Defence Reforms after Kosovo: On Track or Derailed?», *European Security*, Bd. 9, Nr. 2, 2000, S. 61–80.

Vereinigtes Königreich

- Brown, David (Hrsg.), *The Development of British Defence Policy: Blair, Brown, and Beyond*, Farnham: Ashgate, 2010.
- Chalmers, Malcolm, «The Lean Years: Defence Consequences of the Fiscal Crisis», in Codner, Michael; Clarke, Michael (Hrsg.), *A Question of Security: The British Defence Review in an Age of Austerity*, RUSI Defence Studies Series, New York: I.B. Tauris, 2011, S. 33–75.
- Codner, Michael; Clarke, Michael (Hrsg.), *A Question of Security: The British Defence Review in an Age of Austerity*, RUSI Defence Studies Series, New York: I.B. Tauris, 2011.
- Dorman, Andrew, «II. The United Kingdom», in O'Donnell, Clara Marina (Hrsg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Washington DC: Center on the United States and Europe and Brookings, Juli 2012, S. 10–14.
- Hartley, Keith, «The Cold War, Great-Power Traditions and Military Posture: Determinants of British Defence Expenditure after 1945», *Defence and Peace Economics*, Bd. 8, Nr. 1, 1997, S. 17–35.
- Hartley, Keith; MacDonald, Peter, «Country Survey XXI: The United Kingdom», *Defence and Peace Economics*, Bd. 21, Nr. 1, 2010, S. 43–63.
- Self, Robert, *British Foreign and Defence Policy since 1945: Challenges and Dilemmas in a Changing World*, Basingstoke etc.: Palgrave Macmillan, 2010.

Finnland

- Aikio, Hannu, «Finnish Defence Forces in Transformation», *Military Power Revue der Schweizer Armee*, Nr. 2, 2009, S. 44–55.
- Himanen, Hannu, «Finland», in Ojanen, Hanna (Hrsg.), *Neutrality and Non-Alignment in Europe Today*, FIIA Report Nr. 6, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003, S. 19–26.

- Jrvenp, Pauli, «What Comes After Madrid? A View from Helsinki», *NATO Review*, Bd. 45, Nr. 5, 1997, S. 30–33.
- Keymer, Eleanor, «Finland: Homeland Security», *Jane's Defence Weekly*, 10. November 2010, S. 22–27.
- Locher, Anna, «EU-Mitgliedschaft, Krisenmanagement und Territorialverteidigung: Die finnische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wandel», in Wenger, Andreas et al. (Hrsg.), *Bulletin 2010 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, Zürich: Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, 2010, S. 27–53.
- Möttölä, Kari, «Finland, the European Union and NATO – Implications for Security and Defence», in Gärtner, Heinz; Hyde-Price, Adrian; Reiter, Erich (Hrsg.), *Small States and Alliances*, Heidelberg: Physica-Verlag, 2001, S. 99–125.
- O'Dwyer, Gerard, «Additional Finn Budget Bites Raise Opposition», *Defense News*, 5. Januar 2012, <http://www.defensenews.com/article/20120105/DEFREG01/301050004/Additional-Finn-Budget-Bites-Raise-Opposition> (Zugriff am 10.12.2012).
- Prime Minister's Office, *Finnish Security and Defence Policy 2001, Report by the Government to Parliament*, 13. Juni 2001, <http://www.defmin.fi/files/1149/InEnglish.pdf> (Zugriff am 05.12.2012).
- Prime Minister's Office, *Finnish Security and Defence Policy 2004, Government Report Nr. 6*, http://www.defmin.fi/files/311/2574_2160_English_White_paper_2004_1_.pdf (Zugriff am 05.12.2012).
- Prime Minister's Office, *Finnish Security and Defence Policy 2009, Government Report*, <http://vnk.fi/julkaisukansio/2009/j11-turvallisuus-j12-sakerhets-j13-finnish/pdf/en.pdf> (Zugriff am 05.12.2012).

Österreich

- Agence France-Presse, «Austria to Keep the Draft, Bucking European Trend», *Defense News*, 21. Januar 2013, <http://www.defensenews.com/article/20130121/DEFREG01/301210006/Austria-Keep-Draft-Bucking-European-Trend?odyssey=nav%7Chead> (Zugriff am 06.12.2012).
- Bundeskanzleramt Österreich, *Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin*, 12. Dezember 2001, http://www.bka.gv.at/2004/4/4/doktrin_d.pdf (Zugriff am 06.12.2012).
- Bundeskanzleramt Österreich, *Österreichische Sicherheitsstrategie*, 1. März 2011, <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=794> (Zugriff am 06.12.2012).
- Bundesministerium für Landesverteidigung, *Bericht der Bundesheerreformkommission, Bundesheer 2010*, http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/endbericht.pdf (Zugriff am 06.12.2012).
- Bundesministerium für Landesverteidigung, *ÖBH 2010: Die Realisierung*, Juni 2005, http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/dierealisierung.pdf (Zugriff am 06.12.2012).

- «Darabos: Weniger Berufssoldaten, mehr Zeitsoldaten», *derStandard.at*, 30. August 2012, <http://derstandard.at/1345165633326/Bundesheer-Darabos-Modell-hat-sich-geaendert> (Zugriff am 06.12.2012).
- Feichtinger, Walter, «Österreich im sicherheitspolitischen Wandel – von der Landesverteidigung zur solidarischen Friedenssicherung», *Military Power Revue der Schweizer Armee*, Nr. 3, 2007, S. 18–27.
- Hessel, Friedrich, «Österreichs Bundesheer: Die Streitkräfteentwicklung des Bundesheeres der Zweiten Republik», *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Nr. 2, 2005.
- Krüger, Martin, «Austria», in Ojanen, Hanna (Hrsg.), *Neutrality and Non-Alignment in Europe Today*, FIIA Report Nr. 6, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003, S. 9–13.
- Mader, Georg, «Austria Cuts Land Systems to Meet Budget», *Jane's Defence Weekly*, 22. Dezember 2010, S. 12.
- Müller, Albrecht, «Austria Starts Test Run for Professional Army», *Defense News*, 24. Januar 2012, <http://www.defensenews.com/article/20120124/DEFREG01/301240008/Austria-Starts-Test-Run-Professional-Army> (Zugriff am 06.12.2012).
- Niederberger, Judith, «Österreichs Sicherheitspolitik zwischen Solidarität und Neutralität», in Spillmann, Kurt R.; Wenger, Andreas (Hrsg.), *Bulletin 2001 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, Zürich: Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, 2001, S. 69–91.
- Pleiner, Horst; Stupka, Andreas W., «Einsam und doch gemeinsam», *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Nr. 1, 2011, S. 14–27.
- Schmidl, Erwin A. «Neutral und solidarisch: Das österreichische Bundesheer auf dem Weg ins 21. Jahrhundert», in Jaun, Rudolf (Hrsg.), *Strategische Wende – Technologische Wende: die Transformation der Streitkräfte am Übergang zum 21. Jahrhundert*, MILAK-Schrift Nr. 9, Birmensdorf: Militärakademie an der ETH Zürich, 2008, S. 33–46.
- Seidl, Conrad, «General Entacher bleibt für Minister Darabos lästig», *derStandard.at*, 19. Oktober 2012, <http://derstandard.at/1350258900717/General-Entacher-bleibt-fuer-Minister-Darabos-laestig> (Zugriff am 06.12.2012).

Schweden

- Bjurner, Anders, «Sweden», in Ojanen, Hanna (Hrsg.), *Neutrality and Non-Alignment in Europe Today*, FIIA Report Nr. 6, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003, S. 41–45.
- O'Dwyer, Gerard, «Swedish Audit Exposes Funding Shortages for Core Military Units», *Defense News*, 6. Dezember 2012, <http://www.defensenews.com/article/20121206/DEFREG01/312060007/Swedish-Audit-Exposes-Funding-Shortages-Core-Military-Units> (Zugriff am 10.12.2012).
- Schüngel, Daniela, *Schwedens Sicherheitspolitik im Wandel: Zwischen militärischer Allianzfreiheit, NATO und ESVP*, HFSL-Report Nr. 14, Frankfurt a. M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 2005.

- The Government and the Government Offices of Sweden, *The Renewal of Sweden's Defence: Phase 2, Unofficial shortened version of the Government Defence Bill 1996/97:4*, passed by Parliament on 20 November and 13 December 1996, <http://www.government.se/content/1/c6/02/56/49/e043d837.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).
- The Government and the Government Offices of Sweden, *The New Defence – Prepared for the Next Millennium, A Short Version of the Government Bill 1999/2000:30*, 18. November 1999, <http://www.government.se/content/1/c6/02/73/90/a8f1a1d8.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).
- The Government and the Government Offices of Sweden, *Summary of the Swedish Government Bill 2004/05:5 Our Future Defence – The Focus of Swedish Defence Policy 2005–2007*, 21. Oktober 2004, <http://www.government.se/content/1/c6/03/21/19/224a4b3c.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).
- The Government and the Government Offices of Sweden, *A Summary of the Defence Commission report Defence in Use (Ds 2008:48)*, 16. Juni 2008, <http://www.government.se/content/1/c6/10/74/98/17275d20.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).
- The Government and the Government Offices of Sweden, *A Functional Defence, Summary of the Bill dated 19 March 2009*, 11. Januar 2010, <http://www.government.se/content/1/c6/13/77/05/1705333d.pdf> (Zugriff am 06.12.2012).

Das **Center for Security Studies (CSS)** der ETH Zürich ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Es bietet sicherheitspolitische Expertise in Forschung, Lehre und Beratung und betreibt das International Relations and Security Network (ISN). Das CSS fördert das Verständnis für sicherheitspolitische Herausforderungen. Es arbeitet unabhängig, praxisrelevant und wissenschaftlich fundiert.

